

SCHWERPUNKT

Transatlantischer
Dialog **3**

VORDENKEN

Zustand der Demokratie
in Deutschland **17**

MITWIRKEN

Neue wirtschafts-
politische Impulse **29**

TEILHABEN

Chancengerechte
Integrationspolitik **44**

VERNETZEN

50 Jahre deutsche
Entwicklungspolitik **52**

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



FES-INFO 2/2011

SCHWERPUNKT

Aufstieg hier, Niedergang dort? Potenzial in der Zusammenarbeit	3
Vom Traum zum Albtraum? Strategiedialog zu Wegen aus der Krise	5
Neue Schwerpunkte, aber keine Schwächung Interview mit Hans-Ulrich Klose	7
„Go East“ – Die globalen Atlantiker in Peking	13

GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT / SOZIALE DEMOKRATIE

Vertrauensverluste überwinden Der Zustand der Demokratie in Deutschland	16
Genossen in der Krise? Gespräch über Sozialdemokratie in Europa	18
Nicht nur dagegen, sondern auch für etwas Rückblicke auf die Atomdebatten	24
Anknüpfen an lange Traditionen Das FES-Büro in Tokio	28

WIRTSCHAFT / ARBEIT / SOZIALES

Gemeinsame Verantwortung, gemeinsame Lösung Vorschläge für Wirtschaftspolitische Impulse und zu Eurobonds	29
Der Ausstieg ist machbar Energiepolitische Szenarien für den Atomausstieg	32
Überforderung durch Pflege Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme	42

INTEGRATION / BILDUNG / KULTUR

Anerkennung und Bereicherung Wege zu einer chancengerechten Integrationspolitik	44
Ruhrgebiet reloaded Perspektiven einer Region im Wandel	48
Normalität des Eingesperrtseins 22. Bautzen-Forum	51

EUROPA UND DIE WELT

Lehren für die zukünftige Politik 50 Jahre deutsche Entwicklungspolitik	52
Ein Marshallplan für Nordafrika? Europa vor sicherheitspolitischen Herausforderungen	55
Gefühl der Bedrohung Israel und der politische Islam	57
Zwei Staaten suchen ihre Zukunft Der Sudan nach der Teilung	65
Gegensätze ziehen an Die FES-Büros in Nigeria	68
Reformen gegen Widerstände Paraguays Präsident bei der FES in Berlin	70

PUBLIKATIONEN

Neue Publikationen der FES	72
----------------------------------	----

TEXTBEITRÄGE IN DIESER AUSGABE

Merin Abbass; Vasyl Andriyko; Julia Bläsius; Pia Bungarten; Hermann Bünz; Michael Czogalla; Anja Dargatz; Rebecca Demars; Knut Dethlefsen; Sebastian Ehreiser; Michael Ehrke; Felix Eikenberg; Matthias Eisel; Jan Niklas Engels; Sabine Fandrych; Alina Fuchs; Alexander Geiger; Peter Gey; Martin Gräfe; Rainer Gries; Björn Hacker; Anne Haller; Deniss Hanovs; Frank Hantke; Mirko Hempel; Felix Hett; Silke Hillesheim; Daniela Iller; Marei John-Ohnesorg; Martin Johr; Friederike Kamm; Türkan Karakurt; Ursula Koch-Laugwitz; Hans Komorowski; Helene Kortländer; Sarah Kraus; Christos Katsioulis; Florian Ladage; Stefanie Lang; Christina Lauer; Yvonne Lehmann; Annette Lohmann; Thomas Manz; Thomas Mättig; Bettina Malter; Beate Martin; Katharina Meier; Finja Meyer; Tonio Oeftering; Knut Panknin; Tobias Paul; Alexander Petratschkov; Stephan Reichert; Franziska Richter; Stefanie Ricken; Ayla Ritter; Ilka Ritter; Simone Reperger; Patrick Rüter; Hilmar Ruminski; Sven Saaler; Cathrina Schläger; Horst Schmidt; Katrin Schömann; Janett-Li Schrader; Beyhan Sentürk; Jessica Schober; Juliane Schulte; Julia Schultz; Anne Seyfferth; Markus Sievers; Sebastian Sperling; Benedikt Springer; Stephan Thalhofer; Yvonne Theemann; Markus Trömmel; Urban Überschär; Lukas von Nordheim; Achim Wachendorfer; Anja Wehler-Schöck; Martin Weinert; Sidonie Wetzig; Gaby Wittpohl; Meik Woyke

IMPRESSUM

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Telefon: 0228/883-0
Internet: www.fes.de
E-Mail: presse@fes.de

Redaktion: Peter Donaiski,
Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Telefon: 030/269 35-7038
Telefax: 030/269 35-9244
E-Mail: peter.donaiski@fes.de

Satz, Layout, Herstellung:
Publix, H. Eschenbach, Berlin
Druck: Saarländische Druckerei &
Verlag GmbH, Saarwellingen
Foto auf der Titelseite und auf Seite 2:
fotolia.com
Titelgestaltung / Montage:
Wolfgang Rabe, Berlin

Printed in Germany, September 2011
Gedruckt auf 90 g matt gestrichen
ISSN 0942-1351/ISSN 0942-1351

TRANSATLANTISCHER DIALOG



AUFSTIEG HIER, NIEDERGANG DORT?

*Einleitung zum
Schwerpunktthema*

POTENZIAL IN DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEUTSCHLAND/EUROPA UND DEN USA

Bei allen Unterschieden in den Ausgangspositionen haben Deutschland und die USA derzeit viel gemeinsam. Für Deutschland gilt innerhalb Europas, was für die USA weltweit zutrifft: beide Länder verfügen über großen Einfluss, erfahren aber, dass sie als einzelne Macht nicht die Agenda bestimmen. Globale Herausforderungen und Multipolarität machen Kooperationsfähigkeit zur *conditio sine qua non* des 21. Jahrhunderts. Die viel beschworene, doch nie einfache transatlantische Kooperation verdeutlicht fast täglich das Potenzial und die Probleme der Bemühungen um konkrete Zusammenarbeit.

Deutschland-in-Europa: Die aktuelle Einschätzung Deutschlands in den USA ist ambivalent. Einerseits hat Deutschland für viele Analysten derzeit schon fast Modellcharakter. Trotz Globalisierung und Konkurrenz durch Billiglohnländer ist Deutschland in den Augen vieler amerikanischer Analysten dank seiner Reformen ein wettbewerbsfähiger Industriestandort, eine erfolgreiche Exportnation und ein „Hochlohn“-Land mit starken Gewerkschaften, wo die Ar-

beitslosigkeit in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht massiv gestiegen, sondern sogar gesunken ist.

Andererseits macht Deutschland derzeit auf Amerikaner den Eindruck, seine für die EU und damit global so wichtige Verantwortung ambivalent zu betrachten und eher verunsichert zurückzuweisen, statt sie pragmatisch anzunehmen.

Als größtes und ökonomisch wichtigstes Land der EU wird Deutschland in den USA als das EU-Mitglied wahrgenommen, das am meisten von der EU profitiert und die größte Verantwortung für ihre Weiterentwicklung trägt. Deutschlands wichtigste Partner – in Europa wie in den USA – hoffen auf Führung in Kombination mit einem hohen Maß an Sensibilität. Nicht nur in der Bewältigung aktueller Herausforderungen, sondern auch bei der Entwicklung einer konsensfähigen politischen Vision samt strategischem Konzept für ein „globales Europa im 21. Jahrhundert“, wie Ulrike Guérot, die Leiterin des European Council on Foreign Relations, feststellte. Deutschland wird in Washington von manchen Beobachtern als „aufsteigende Macht“ mit „un-

klarer Ausrichtung“ beschrieben, das bekannte und verlässliche Grundpositionen aufzugeben scheint.

USA: Amerika ist politisch, wirtschaftlich und sozial mit einem tiefgreifenden Strukturwandel konfrontiert. Trotz wichtiger Reformerfolge der Regierung Obama ist die Verunsicherung angesichts vieler, als existenziell empfundener Probleme derzeit groß.

Die aktuelle Verunsicherung spiegelt sich in einer – keineswegs zum ersten Mal geführten – Debatte über Amerikas „Niedergang“ wider. Für die einen bedeuten Wirtschaftskrise, endlos erscheinende Kriege und hohe Staatsverschuldung einen Machtverlust und das Ende von Amerikas Rolle als internationale Ordnungsmacht. Andere argumentieren mit Amerikas Flexibilität und Fähigkeit zur Erneuerung und gehen davon aus, dass das Land weiter als führende Macht agieren will – und wird.

Mitten in der erbittert geführten inneramerikanischen Debatte bemüht sich Präsident Obama um einen Neuanatz, der den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts unsentimental Rechnung trägt, ohne den Führungsanspruch der US-Politik aufzugeben. Anstelle eines moralisierenden, sich vor allem auf Militärmacht stützenden Unilateralismus, setzt Obama auf einen pragmatischen Ansatz. Ausgehend von gemeinsamen Interessen und wechselseitigem Respekt stellt er Partnerschaft und multilaterale Kooperation in den Mittelpunkt. Dabei hoffen die USA – konfrontiert mit neuen eigenen Einschränkungen – auf die Kooperation mit Europa, was sich unmittelbar in Erwartungen an Deutschland darstellt. Amerika braucht Europa und hat zugleich wenig Vertrauen. Die Hoffnung auf die Übernahme von mehr Verantwortung und auf eine gemeinsame außenpolitische Linie ist aus US-amerikanischer Sicht schon wiederholt enttäuscht worden.

Admiral Mike Mullen, Vorsitzender des „Joint Chief of Staff“, hat die Finanz- und Wirtschaftskrise als „größte Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA“ eingestuft. Haushaltsdefizite und Schuldenprobleme in Folge der Krisen behindern spürbar die Umsetzung der politischen Neuanätze in der US-amerikanischen Außen- und Innenpolitik.

Die „Große Rezession“ hat den USA einen traumatischen Einbruch beschert, der Arbeitsplätze,

Wohlstand und Hoffnungen zerstört und strukturelle Probleme offenbart hat. In den letzten 30 Jahren hat Amerika einen tiefgreifenden, sozioökonomischen Wandel von einer stark gewerkschaftlich organisierten Industrie- zu einer weitgehend gewerkschaftsfreien Dienstleistungsgesellschaft erlebt. Einst war General Motors das größte Unternehmen in den USA, nun ist der größte Arbeitgeber Walmart, der für einen deregulierten Niedriglohn-Sektor steht.

Die Durchsetzung zentraler Reformen im Krankenversicherungswesen und Finanzsektor belegt Amerikas Reformfähigkeit. Den konservativen Antagonisten ist Präsident Obama dabei viel zu weit gegangen, vielen seinen progressiven Unterstützern aber nicht einmal annähernd weit genug.

In ihrer transatlantischen Arbeit setzt die FES in Berlin und Washington an Entwicklungen an, bei denen Deutschland und die USA von Erfahrungen des jeweils anderen profitieren und erfolgreiche Kooperation für die Lösung konkreter Probleme unabdingbar ist:

- Der „Deutsch-amerikanisch-russische Dialog“ macht Erfahrungen der deutsch-russischen Zusammenarbeit fruchtbar und macht „lessons learned“ für die „Reset Politik“ der Regierung Obama zugänglich.
- Der „Transatlantische Reformdialog“ fördert den Austausch über Strukturreformen in Deutschland und in den USA unter Einbeziehung von Gewerkschaftern, Politikern und Wirtschaftsfachleuten.
- Die „Globalen Atlantiker“ vernetzen deutsche und amerikanische Abgeordnete, Analysten und Berater durch eine seit 2003 laufende Konferenzserie, die gemeinsame globale Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sowie zu zentralen innenpolitischen Trends thematisiert.
- Der Dialog über Klima- und Energiefragen vermittelt Einblick in politische Prozesse, Ansätze und Lösungen auf beiden Seiten des Atlantiks.
- Die „Transatlantic Working Lunches“ in Berlin schaffen eine informelle Plattform für die Diskussion aktueller politischer und gesellschaftlicher Fragen für Experten und Politiker.

GEMEINSAME HERAUSFORDERUNGEN

Erfahrungsaustausch

TRANSATLANTISCHER DIALOG ZUR DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Obwohl Demokratieförderung sowohl für die sechs deutschen als auch für die drei US-amerikanischen politischen Stiftungen (National Democratic Institute, International Republican Institute und National Endowment for Democracy) ein zentrales Element ihrer Arbeit darstellt, existierte bislang kein Forum, das einen regelmäßigen Austausch über Analysen, Methoden und Evaluierung dieses Arbeitsfeldes ermöglicht. Diesen Mangel konnten die FES Büros in Brüssel und Washington mit einer gemeinsamen Initiative beheben, indem sie Stiftungsvertreter zu einem transatlantischen Dialog über Demokratieförderung nach Brüssel einluden. Dieses Treffen wurde dazu genutzt, sich über die jeweiligen politischen Landschaften zu informieren, die sich nach dem Regierungswechsel in den USA und in Deutschland entwickelt haben.

In den USA gibt es weniger markante Veränderungen, als man von außen wahrnimmt. Zwar bemüht sich die Regierung Obama um neue An-

sätze und Schwerpunkte in der Demokratieförderung, dies aber ohne eine Kehrtwende gegenüber der Politik seines Vorgängers Bush einläuten zu wollen. Ebenso zeichnet sich in Deutschland in diesem Politikbereich eine gewisse Kontinuität ab.

Während es für die Arbeit der Stiftungen beider Länder wichtig ist, einen politischen Raum für Zivilgesellschaft zu schaffen, unterscheiden sie sich in der Selbstwahrnehmung. Wo die amerikanischen Stiftungen vor allem den internationalen Charakter ihrer Arbeit wahrnehmen, da sehen sich die deutschen Stiftungen vor allem als Spiegelbild der deutschen politischen Pluralität. Dennoch zeigte die Veranstaltung mehr Gemeinsamkeiten, als ursprünglich erwartet. So ist beabsichtigt, den Dialog aufrecht zu erhalten und auf die Arbeitsebenen auszuweiten. Es bietet sich beispielsweise ein Erfahrungsaustausch über die Evaluierung der Arbeit an, eine Herausforderung, vor die sich beide Seiten gestellt sehen.

VOM TRAUM ZUM ALBTRAUM?

Veranstaltungsreihe

STRATEGIEDIALOG ÜBER WEGE AUS DER WIRTSCHAFTSKRISE

„Der Sozialvertrag in den USA gilt heute nicht mehr. Wurden niedrige Sozialleistungen des Staates bisher damit begründet, dass Arbeitssuchende schnell wieder einen Job fanden und nie lange auf Hilfe angewiesen waren, so gehört dieser Konsens der Vergangenheit an.“ Mit drastischen Worten beschrieb Ron Bloom, industriepolitischer Berater von Präsident Obama, im Rahmen einer Expertendiskussion mit dem thüringischen Wirtschaftsminister Matthias Machnig die dramatische wirtschaftliche und soziale Lage Amerikas. Ron Bloom ist einer der Experten, die das FES-Büro Washington in seinen transatlantischen Reformdialog zur Wirtschaftspolitik eingebunden hat. Seit 2010 wurden in einer Reihe von Veranstaltungen Strategien für eine neue, nachhaltige Wirtschaftspolitik nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Dabei konnte die FES auf eine Kerngruppe von deutschen und US-amerikanischen Politikern, Gewerkschaftern und progressiven Wirtschaftsexperten zurückgreifen. Am Reformdialog nahmen von deutscher Seite bisher neben Matthias

Machnig u. a. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz und der Leiter der Hans-Böckler-Stiftung, Nik Simon teil. Aus den USA konnten neben Ron Bloom auch Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, der Chef-Ökonom des US-Gewerkschafts-



Auf der Suche nach Strategien für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik: der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz beim Reformdialog der FES

dachverbandes AFL-CIO, Ron Blackwell, der Washington Post-Kolumnist Harold Meyerson sowie Wirtschaftsexperten des Präsident Obama nahestehenden „Center for American Progress“ gewonnen werden.

Ron Blooms düstere Einschätzung wird von aktuellen Arbeitsmarktdaten gestützt: Die US-Arbeitslosigkeit lag im Juni 2011 offiziell bei 9,2 Prozent, doch die tatsächliche Zahl dürfte etwa 16 Prozent betragen. In der Statistik tauchen nämlich nur diejenigen auf, die sich in den vier Wochen vor dem Stichtag um die Aufnahme einer Beschäftigung bemüht haben. Zudem ist Langzeitarbeitslosigkeit zum ersten Mal zu einem ernststen Problem geworden: Fast jeder Zweite der 14 Mio. Arbeitslosen sucht seit mehr als sechs Monaten einen Job, 3 Mio. von ihnen haben seit mehr als drei Jahren keine neue Stelle gefunden. Da das Arbeitslosengeld in den USA maximal 99 Wochen lang gezahlt wird, erhalten viele überhaupt keine staatliche Hilfe mehr. Das Arbeitsmarktproblem wurde durch die Wirtschaftskrise zwar verschärft, ist jedoch im Kern struktureller Natur. Nach den letzten beiden Rezessionen 1990/91 und 2000 gab es bereits „jobless recoveries“, d. h. die Wirtschaft erholte sich, ohne nennenswerte Zuwächse am Arbeitsmarkt. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass es bis zu fünf Jahre dauern wird, um allein die in der Krise 2008/2009 verlorenen 7 Mio. Arbeitsplätze wieder zu schaffen.

Diese Daten stehen in starkem Kontrast zu den Zahlen aus Deutschland. Dort lag die Arbeitslosenquote im Juli 2011 bei 7 Prozent, selbst auf dem Höhepunkt der Krise 2009 stieg sie kaum über 8 Prozent. Die US-Amerikaner sprechen deshalb mit Blick auf Deutschland von einem „Beschäftigungswunder“ und viele US-Arbeitsmarktexperten kennen die deutschen Worte „Kurzarbeit“ und „Mitbestimmung“.

Die rasche Erholung der deutschen Konjunktur führt in den USA mitunter aber auch zu einer ver-

zerrten Wahrnehmung, bei der die Kosten langfristiger Strukturanpassungen und negative Entwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt wie etwa der wachsende Niedriglohnsektor ausgeblendet werden. Hier leistet der Reformdialog der FES einen wichtigen Beitrag, dessen Ziele nicht die Vermarktung eines „Modells Deutschland“, sondern vielmehr eine umfassende Analyse und ein gemeinsamer Strategiedialog sind.

Im Zentrum der Diskussionen stehen dabei folgende Fragen: In welcher Weise haben politische Instrumente wie die Kurzarbeit zur Krisenbewältigung beigetragen? Welche Rolle spielen öffentliche Investitionen bei Wirtschaftsreformen und wo gibt es Anknüpfungspunkte für nachhaltige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Strategien?

Die gemeinsame Suche nach Instrumenten für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik geht dabei über einen auf Umweltfragen beschränkten Begriff der Nachhaltigkeit hinaus. Zentrales Element des transatlantischen Reformdialogs ist der Beitrag der Gewerkschaften zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung. Die positiven Effekte des betrieblichen Mitbestimmungsmodells auf die Kommunikationsstruktur und Innovationsfähigkeit deutscher Unternehmen, auf das Wachstum und die Chance auf Krisenbewältigung können als wertvolle Argumente in die US-Debatte eingebracht werden. Dies ist umso wichtiger, als sich die US-Gewerkschaften in einer existenziellen Krise befinden und in Politik und Wirtschaft eher als Teil des Problems denn als Teil der Lösung betrachtet werden.

Der Reformdialog wird im November 2011 mit einer Konferenz in Washington fortgesetzt, deren Schwerpunkt auf deutschen und US-amerikanischen Strategien zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegen wird.

Zentrale Arbeitslinie

NEUE WACHSTUMSMODELLE

CONGRESSIONAL STUDY GROUP ON GERMANY IN DER FES

Die Frage nach den notwendigen wirtschafts- und finanzpolitischen Reformen als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise sowie die Diskussion über neue, nachhaltige Wachstumsmodelle stellt eine zentrale Arbeitslinie der transatlan-

tischen Aktivitäten der FES dar. Wie hat Deutschland es geschafft, wieder relativ gute Wachstumszahlen und sinkende Arbeitslosenzahlen zu erreichen, wollten auch die Teilnehmer/innen des Seminars der Congressional Study Group on

Germany wissen. Sie diskutierten darüber mit Dr. Thomas Fricke, Chefökonom der Financial Times Deutschland, Professor Dr. Irwin Collier, Direktor des John F. Kennedy Instituts für Nordamerikastudien der FU und Dr. Michael Dauderstädt, Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte für das diesjährige Seminar in Berlin und Wittenberg die

Partnerschaft übernommen und dabei eng mit dem Vorsitzenden der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe, Hans-Ulrich Klose, kooperiert. Andere Themen des Seminars dieser überparteilichen Parlamentarierorganisation waren das Verhältnis zwischen den USA und der EU, die Schuldenkrise, der arabische Frühling, die sicherheitspolitischen Herausforderungen sowie energiepolitische Themen.



*Große Runde:
Teilnehmerinnen
und Teilnehmer des
deutsch-amerikanischen Seminars*

NEUE SCHWERPUNKTE, ABER KEINE SCHWÄCHUNG

Interview

INTERVIEW MIT DEM BUNDESTAGSABGEORDNETEN UND VORSTANDSMITGLIED DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, HANS-ULRICH KLOSE. DIE FRAGEN STELLTE ANJA WEHLER-SCHÖCK, FES.

Anja Wehler-Schöck (AWS): Wie würden Sie den gegenwärtigen Zustand der transatlantischen Beziehungen charakterisieren?

Hans-Ulrich Klose (HK): Sie sind anders als vor zehn Jahren, weil sich die politische Geografie verändert hat. Es gibt keinen Eisernen Vorhang mehr, Deutschland ist nicht mehr geteilt und steht nicht mehr im Zentrum des amerikanischen Interesses, welches sich deutlich in Richtung Osteuropa, Naher Osten und Asien verlagert hat. Daraus folgt nicht, dass die USA an Deutschland nicht mehr interessiert wären und umgekehrt. Das Interesse ist jedoch nicht mehr so stark politisch bzw. militärisch geprägt, sondern eher ökonomisch. Deutschland wird von manchen amerikanischen Experten als best-practice-Beispiel angeführt, wenn es um die Überwindung der Krise und die Schaffung von Arbeitsplätzen geht. Der Ökonom Harold Meyerson beispielsweise, der kürzlich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin war, analysiert in seinen Kolumnen regelmäßig die Übertragbarkeit wirtschaftspolitischer Ansätze aus Deutschland auf die USA.

AWS: Gegenwärtig gibt es insbesondere mit Blick auf den Umgang mit der Euro-Krise Differenzen zwischen Deutschland, der EU und den USA. In der amerikanischen Medienberichterstattung darüber stößt man auf Skeptizismus, teilweise sogar auf offene Feindseligkeit. Könnte dies zu einem nachhaltigen Einschnitt in den transatlantischen Beziehungen führen?

HK: In einer zentralen Frage – nämlich der nach der Höhe des Exportüberschusses – bestehen Meinungsverschiedenheiten. Die USA haben, wie wir wissen, Schwierigkeiten mit ihrer Handelsbilanz. Auf der anderen Seite gibt es Länder wie China, Japan und Deutschland, die erhebliche Exportüberschüsse erzielen „zu Lasten“ der USA, wie man es dort empfindet. Es hat Versuche gegeben, Exporte durch ein Regelwerk zu begrenzen. Das kann aber nicht funktionieren, weil es einen Eingriff in den freien Welthandel wäre.

Mit Blick auf die Euro-Krise haben die Amerikaner sich gewundert, dass das europäische „Powerhouse“ Deutschland nicht ganz selbstverständlich die Führung übernommen und zu lange gezögert hat, sich um das Problem wirklich zu

kümmern. Es herrscht Unverständnis und ein gewisses Maß an Enttäuschung darüber, dass Deutschland – das von den Amerikanern ganz eindeutig in einer Führungsposition in Europa gesehen wird – diese Führung gar nicht haben will.

Ich glaube jedoch nicht, dass dies zu einem nachhaltigen Einschnitt führen wird. Grundlegend dafür ist, dass man permanent im Gespräch bleibt. Gerade auf diesem Gebiet leisten die politischen Stiftungen in Deutschland einen großen Beitrag. Die transatlantischen Dialogprogramme, die die Friedrich-Ebert-Stiftung seit vielen Jahren organisiert, haben dazu beigetragen, dass über den Atlantik hinweg tragfähige Kontakte zwischen Entscheidungsträgern und Experten bestehen.



Hans-Ulrich Klose erläutert seine Sicht auf die transatlantischen Beziehungen

AWS: Gelegentlich entsteht der Eindruck, dass in Washington wenig Verständnis dafür herrscht, wie die politischen Institutionen der Europäischen Union funktionieren und wie die Kompetenzen verteilt sind. Werden wir in den kommenden Jahren trotzdem eine Vertiefung der Beziehungen der USA zu den Entscheidungsträgern auf EU-Ebene erleben?

HK: Mit der amerikanischen Congressional Study Group on Germany, die sich jährlich mit Mitgliedern der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe trifft, wollen wir einen solchen Trend unterstützen, indem wir immer auch Mitglieder des Europäischen Parlaments einbinden. Damit wollen wir deutlich machen, dass Außenpolitik – obwohl nicht vergemeinschaftet – doch zu einem Großteil über die EU gemacht wird bzw. gemacht werden sollte. Dieser Ansatz hat bereits erste Früchte gezeigt. Beim diesjährigen Treffen mit der Congressional Study Group in Berlin, das unter anderem in der Friedrich-Ebert-Stiftung stattfand, war schon

deutlich zu spüren, dass die europäische Dimension mitgedacht wird.

Ich stimme Ihnen zu, dass die Kenntnisse zur EU in den USA immer noch erstaunlich gering sind. Ich habe meinen amerikanischen Partnern nach Verabschiedung des Lissabon-Vertrags den Hinweis gegeben, in stärkerem Maß auf das Europäische Parlament zu achten, welches eindeutig einflussreicher geworden ist. Ein hilfreicher „wake-up call“ für die Amerikaner war in dieser Hinsicht, dass das Europäische Parlament 2009 die Neuverhandlung des SWIFT-Abkommens über den Austausch von Bankdaten zwischen der EU und den USA erwirkt hat.

AWS: Was sind für Sie die zentralen Anknüpfungspunkte, um auch in Zukunft eine starke transatlantische Partnerschaft zu gewährleisten?

HK: Das Wichtigste ist,

dass die Europäer lernen, ein verlässlicher und leistungsfähiger Partner der Vereinigten Staaten zu sein bzw. zu werden. Möglicherweise durchlaufen wir derzeit eine Phase von Renationalisierung – das ist in

Zeiten einer ökonomischen Krise immer eine Möglichkeit. Wir sollten jedoch unbeirrbar an der europäischen Idee festhalten. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern nahebringen, was die europäische Integration wirklich bedeutet – auch hierbei können die politischen Stiftungen eine zentrale Rolle spielen. Derzeit fehlt es an einer augenscheinlichen Begründung für Europa, weil die friedenspolitische Idee an Dringlichkeit verloren hat.

Darüber hinaus sollten wir uns dessen bewusst bleiben, dass wir es den Amerikanern verdanken, in Europa heute in Freiheit leben zu können. Niemand hat so sehr von der NATO profitiert wie wir Deutschen. Deshalb sollten wir an diesem Bündnis unbedingt festhalten und unter Wahrung eigener Interessen möglichst eng mit den Amerikanern zusammenarbeiten. Die USA werden auch in den nächsten fünfzig Jahren die „indispensable nation“ bleiben.

SICHTBARKEIT UND EFFEKTIVITÄT

Expertengespräch

DIALOG ZU NACHHALTIGER ENTWICKLUNGSPOLITIK

Mit dem Lissabon-Vertrag hat die EU Armutsbekämpfung zu einem Ziel ihrer Außenpolitik erhoben. Ende letzten Jahres setzte die Europäische Kommission daher zu einer Neuausrichtung ihrer Entwicklungszusammenarbeit an. Diskussionen zur EU-Afrika-Strategie, zur Entwicklungspolitik und zum Thema Budgethilfe wurden angestoßen. Gleichzeitig ergeben sich veränderte Rahmenbedingungen durch neue, konkurrierende Akteure und Haushaltskürzungen in Zeiten der Krise. Entwicklungszusammenarbeit muss daher umso besser begründet und koordiniert werden. Sichtbarkeit und Effektivität spielen eine bedeutende Rolle.

Das Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung lud in enger Abstimmung mit der FES-Washington Entwicklungskommissar Andris Piebalgs zu einem transatlantischen Expertengespräch ein. Noam Unger vom amerikanischen Brookings Institute ergänzte die Debatte um eine US-amerikanische Perspektive. Piebalgs wies darauf hin,

dass sich die entwicklungspolitischen Aufgaben in den letzten Jahren verändert haben. Die Welt erscheine weniger sicher, die Herausforderungen würden globaler und es sei schwierig, Verantwortlichkeit zuzuordnen. Hier sieht er eine Möglichkeit für die EU, ihre Rolle zu stärken und Herausforderungen besser zu antizipieren. Das Mittel der Budgethilfe ist für ihn eines der effektivsten in der Entwicklungszusammenarbeit. Aber, da war er sich mit dem Amerikaner Unger einig, ein politisch höchst umstrittenes. Daher ist es für ihn unbedingt erforderlich, Budgethilfe an die Einhaltung von Menschenrechten zu knüpfen, nicht zuletzt, um öffentliche Unterstützung zu sichern. Zum Jahresende wird eine EU-Strategie zur Entwicklungspolitik erwartet. Es ist abzuwarten, ob darin der Vorschlag aus der Debatte aufgegriffen wird, Budgethilfe mit politischem Dialog zu flankieren, der durch den neuen Europäischen Auswärtigen Dienst geführt werden könnte.

US-KLIMAPOLITIK IM GEGENWIND

Frühstücksrunde

IDEEN FÜR KOOPERATIONEN IN WASHINGTON

Die Folgen der Energieproduktion und des Energieverbrauchs markieren die wohl größte Herausforderung der jüngeren Geschichte: den Klimawandel.

Der „Transatlantic Climate Breakfast Club“ – eine von der FES Washington gestartete Initiative – bringt Aktivisten und Politikexperten zusammen, die davon überzeugt sind, dass dem Klimawandel in einer zielgerichteten und kooperativen Weise begegnet werden kann und muss. Bei den monatlichen Frühstückstreffen kommen Vertreter verschiedener deutscher und US-amerikanischer Institutionen zusammen, die sich in der transatlantischen Klima- und Energiepolitik engagieren: der German Marshall Fund, die Heinrich-Böll-Stiftung, das World Resources Institute, die Deutsche Botschaft in Washington, das Worldwatch Institute, die Vertretung der EU in den USA sowie das American Institute for Contemporary German Studies. Die Hauptaufgabe besteht in der Kooperation und Koordination in den Politikfeldern, bei denen eine

gemeinsame Vision den Dialog befördern und Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse verbessern kann.

Alexander Ochs vom Worldwatch Institute fasste den Ansatz zusammen: „Der Austausch innerhalb der deutschen Klima-Community in DC ist von großem Nutzen für alle Beteiligten. Hier wird debattiert, welche Entwicklungen in Washington und im Rest des Landes für die deutsche Politik besonders wichtig sind. Oft entstehen aus diesen Diskussionen Ideen für Kooperationen zwischen den einzelnen Organisationen. Und nicht zuletzt bietet sich mit dem Transatlantic Climate Breakfast Club auch ein Forum, das von Besuchern aus den deutschen Ministerien, dem Bundestag oder von Experten genutzt werden kann, um schnell einen Eindruck von der Lage im Land zu bekommen und sich so besser auf die Gespräche mit amerikanischen Partnern einstimmen zu können.“

Die „Transatlantische Klima-Frühstücksrunde“ zeigt, dass Institutionen mit ganz unterschied-

lichen Zielen erfolgreich zusammenarbeiten können, um politische Debatten von Themen zu beeinflussen, die jenseits politischer Weltanschauungen liegen. Die Gruppe ist sich dabei im Klaren, dass der Klimapolitik in den USA ein scharfer Wind von konservativer Seite entgegenweht: Drei Viertel der republikanischen Senatoren und mehr als die Hälfte ihrer Parteikollegen im Repräsentantenhaus stellen die These des

menschlich verursachten Klimawandels in Frage. Vor diesem Hintergrund und angesichts von Haushaltskürzungen und Einsparungen wird das Schmieden von Koalitionen zunehmend wichtiger, um die Arbeit der US-Behörden zu stärken, die den Klimawandel durch Umweltauflagen und ähnliche Maßnahmen zu bekämpfen versuchen.

Interview

DIE AKTUELLE LAGE DER TRANS-ATLANTISCHEN GEMEINSCHAFT

DER US-ABGEORDNETE RUSS CARNAHAN IM GESPRÄCH MIT PIA BUNGARTEN, LEITERIN DER FES-VERTRETUNG IN WASHINGTON

Pia Bungarten (PB): Was sind Ihrer Meinung nach die dringendsten Probleme für Deutschland und die USA?

Russ Carnahan (RC): Die Schlüsselfragen betreffen die Wirtschaft und internationale Sicherheit. Kein Land steht für sich und kann allein bestehen. Wir müssen die Lasten teilen, um bessere Ergebnisse zu erzielen.

PB: Was sind für Sie zentrale Aspekte der Wirtschaftspolitik?

RC: In den USA registrieren wir, dass wir mehr als je zuvor mit der Weltwirtschaft verknüpft sind und voneinander lernen können. Ich sehe das als Chance. Oft sind von der amerikanischen Wirtschaft wichtige Transformationsimpulse ausgegangen, da sie von Innovationsfähigkeit, technischem Fortschritt und Unternehmerngeist geprägt ist. Das ist immer ein wichtiger Teil unserer Erfolge gewesen. In Schlüsselsektoren wie dem Energiesektor müssen wir nun neu darüber nachdenken, wie wir Energie nutzen. In diesem und in anderen Wirtschaftszweigen – beispielsweise beim Autobau – hat Deutschland derzeit eine führende Position. Es ist sehr fortschrittlich, was die Produktionsverfahren, Technik und Energienutzung angeht. Diese Stärken der deutschen Wirtschaft eröffnen uns wichtige Chancen.

PB: Welche sind aus Ihrer Sicht die drängendsten Sicherheitsfragen?

RC: In den USA sind wir mitten in einer Debatte darüber, wie wir in Konfliktsituationen Sicherheitsfragen sinnvoll mit entwicklungspoli-

tischen Ansätzen verknüpfen. Unser Militär wird mit Anforderungen konfrontiert, die weit über die traditionellen Aufgaben einer Streitmacht hinausgehen. Das Militär muss in den Übergang von Krieg zu Entwicklung involviert werden. Um unsere Sicherheit zu garantieren, müssen wir unser ziviles Engagement massiv steigern: Wir benötigen Teams, zu denen auch Diplomaten und Entwicklungsexperten gehören, und wir müssen unsere internationalen Einsätze bei unvorhergesehenen Entwicklungen umstrukturieren.

Ganz entscheidend ist dabei, wie wir die Partnerschaft mit unseren Verbündeten gestalten. Deutsche und Amerikaner stimmen nicht immer überein, und auch innerhalb der USA gibt es viele Meinungsverschiedenheiten, wie wir im Fall der Intervention in Libyen gesehen haben. Die deutsche Regierung hatte seitens der Bevölkerung keine Unterstützung für ein militärisches Vorgehen, die Unterstützung für Entwicklungshilfe war größer.

Der Demokrat Russ Carnahan vertritt seit 2005 den 3. Wahlbezirk Missouris im Repräsentantenhaus. Er gehört dem Auswärtigen Ausschuss an und widmet den deutsch-amerikanischen Beziehungen viel Zeit und Aufmerksamkeit, u.a. in seiner Funktion als Vorsitzender der „Congressional Study Group on Germany“. In Kooperation mit der Parlamentariergruppe USA unter Leitung von MdB Hans Ulrich Klose und der FES führte die „Study Group“ Ende Juni ein Programm zu aktuellen politischen Fragen durch und besuchte dabei Berlin sowie die Friedrich-Ebert-Stiftung.

PB: Welche sehen Sie als die wichtigsten deutsch-amerikanischen Kooperationsfelder?

RC: Wir können auf ein außerordentlich starkes Fundament bauen und viele konkrete Dinge tun. Das beginnt mit einem Ideenaustausch, und im Moment ist das besonders in wirtschaftlichen Fragen wichtig. Wir können vergleichen, was gut funktioniert und was nicht. Amerikanisch-europäische Zusammenarbeit ist für die Stabilität der Finanzmärkte absolut entscheidend. Im Bereich internationaler Sicherheit sind wir mit einer beispiellosen Phase der Veränderung in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, aber auch in Pakistan, in Afghanistan und im Irak konfrontiert. Wir müssen unsere beträchtlichen Kenntnisse und Fähigkeiten zusammenbringen, um an gemeinsamen Zielen zu arbeiten und die Lasten und Erträge dieser Veränderungen zu teilen.



PB: Wie wird die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen im Allgemeinen und der Friedrich-Ebert-Stiftung im Besonderen von Ihnen und Ihren Kollegen im Kongress wahrgenommen?

RC: Die politischen Stiftungen leisten ganz

zentrale Arbeit. Sie sind in einzigartiger Weise konzipiert, die Analyse und den Aufbau von Vertrauensbeziehungen zu fördern. Oft sind sie die „vergessenen Helden“ internationaler Zusammenarbeit – es wird nicht ausreichend wahrgenommen, was sie im Hintergrund alles leisten. Als gewählter Vertreter arbeite ich mit

vielen Organisationen zusammen – wenn ich mit den politischen Stiftungen zu tun habe, habe ich den Eindruck, dass ich glaubwürdige und zuverlässige Informationen erhalte.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet sehr Beeindruckendes: Sie bringt Ideen in die Debatten ein, nicht, um eigene Interessen, sondern um das Gemeinwohl zu fördern. Die

FES hilft, das Niveau der Diskurse zu heben und gibt uns die Chance, neue Ideen kennenzulernen. Wir haben nicht viele Organisationen, die in dieser Form arbeiten.

„AUF DERSELBEN SEITE DER BARRIKADEN“

EIN DEUTSCH-AMERIKANISCH-RUSSISCHER TRIALOG

Europa ist „fixed and free“ („geordnet und frei“) haben Amerikaner häufig ihre Wahrnehmung des alten Kontinents zusammengefasst, um sich drängenden anderen Problemen zuzuwenden. Aber Russlands unklare Einbindung in die europäische politische Landschaft und seine zentrale Rolle für die langfristige Stabilität Europas und der Welt werfen auch 20 Jahre nach Ende des kalten Krieges immer wieder neue Fragen auf – ganz zu schweigen von den ungelösten internen Problemen und Herausforderungen einer umfassenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Modernisierung Russlands. US-Präsident Barack Obama hat 2009 seine Reset-Politik zur Verbesserung der unter George W.

Bush zunehmend angespannten Beziehungen mit Russland initiiert, da Russland in der Sicherheitspolitik vielerorts eine wichtige, gar zentrale Rolle spielt. Seine konservativen Kritiker attackieren diese Kehrtwende – vornehmlich mit Hinweis auf Russlands Menschenrechtsprobleme und Demokratiedefizite.

Deutsche sehen die inneren Probleme Russlands nicht weniger kritisch als die Amerikaner, doch es gibt parteiübergreifend mehr Unterstützung für eine „Modernisierungspartnerschaft“. Washingtoner Experten betrachten dies mit einer Mischung aus Kritik und Interesse. Insbesondere Sozialdemokraten gelten den einen als kompetent und den anderen als „verdächtig“,

Workshopserie

wenn es um Russlandpolitik geht. Amerikanern ist klar, dass deutsche Ansätze in der Zusammenarbeit mit Russland nicht allein auf Sicherheitsfragen reduziert werden, sondern Wirtschaftskooperation und zivilgesellschaftliche Kontakte einschließen. Auf Grund seiner besseren Beziehungen hat Deutschland andere Optionen - aber auch zentrale Verantwortung - bei der Bewältigung aktueller Probleme.

Vor diesem Hintergrund starteten die Büros der FES in Washington und Moskau sowie die Zentrale in Berlin mit russischen Partnern und dem der Regierung Obama nahestehenden Center for American Progress einen „Deutsch-Amerikanisch-Russischen Dialog“. Unter dieser Überschrift fand eine Serie von Workshops mit Parlamentariern, Regierungsvertretern und Analysten aus Think Tanks in den drei Hauptstädten statt.

Das Ziel: „lessons learned“ der deutsch-russischen Zusammenarbeit zugänglich zu machen und die Reset-Politik Präsident Obamas, die auch die Rahmenbedingungen deutscher und russischer Politik nachhaltig beeinflusst, mit deutschen und russischen Erfahrungen und Ideen politisch zu unterstützen.

Die Treffen waren, so Sam Charap vom Center for American Progress, „an eye opener“. In offenen, kritischen Diskussionen mit Vertretern von Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wurde die Substanz der Erfahrungen und Ergeb-

nisse deutsch-russischer Kooperation herausgearbeitet. Zugleich förderten die Workshops eine gemeinsame Debatte zur langfristigen deutsch-europäischen und US-amerikanischen Kooperation mit Russland, das in den Augen einiger Moskauer Gesprächspartner „am Scheideweg“ steht. Es ergaben sich viele Schnittmengen: Allen gemeinsam war das Interesse an einer Fortsetzung der Reset-Politik, die einen neuen „modus vivendi“ erlaubt hat und durch Engagement für gemeinsame Ziele vertieft werden sollte. Wiederholt wurden dabei Neuansätze, z. B. in der Frage der Raketenabwehr und bei den sogenannten „frozen conflicts“, angeregt. „Wir sind“, wie es russische Partner formulierten, „auf derselben Seite der Barrikaden. Derzeit gibt es keine Fragen, bei denen wir entschieden konträre Positionen einnehmen“.

Deutsche wie Amerikaner spielen als Russlands Partner eine wichtige Rolle: „Deutschland bietet uns Lehren“, fasste es ein russischer Gesprächspartner zusammen, „Amerika bietet uns Respekt“. Mit Deutschland ist die Kooperation jedoch weit weniger personenabhängig, es gibt ein wesentlich verlässlicheres Netz an Beziehungen. In Washington flossen die neu gewonnenen Einblicke und Erkenntnisse durch Hintergrundpapiere und „briefings“ für US-amerikanische Regierungsvertreter unmittelbar in die US-amerikanischen Debatten ein.

Studie

GUTE BEDINGUNGEN ZUR LÖSUNG DER KONFLIKTE

TRANSATLANTISCHES EXPERTENGESPRÄCH ÜBER DIE LAGE IN GEORGIEN

Zweieinhalb Jahre nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Georgien und Russland in Südossetien hat Georgien nicht nur weiterhin mit einem zwischenstaatlichen, sondern auch mit zwei secessionistischen Konflikten zu kämpfen: Die beiden abtrünnigen, im Norden von Georgien gelegenen Regionen Abchasien und Südossetien, wurden von Russland als eigenständige Staaten anerkannt.

Im Rahmen eines transatlantischen Expertengesprächs des Europabüros der Friedrich-Ebert-Stiftung, in enger Abstimmung mit FES-Vertretung in Georgien, stellte der US-amerikanische Wissenschaftler Samuel Charap in Brüssel die Ergeb-

nisse einer neuen Studie des Washingtoner Center for American Progress zu den Konflikten in Georgien vor („A More Proactive U.S. Approach to the Georgia Conflicts“ (<http://ampr.gs/georgia-conflicts>)).

Er diskutierte seine Thesen u. a. mit der Beraterin des EU Special Representative für die Krise in Georgien, zuständigen Expertinnen und Experten des neuen Auswärtigen Dienstes der EU, Europaabgeordneten und anderen Brüsseler Expertinnen und Experten. Aus europäischer Sicht war das Interesse besonders hoch, die amerikanische Perspektive im Rahmen eines transatlantischen Dialogs kennenzulernen.

Ausgehend von der Annahme, dass die Bedingungen für Fortschritte auf dem Weg zu einer langfristigen Lösung der Konflikte derzeit besser sind als je zuvor, empfiehlt der Bericht, pragmatische Schritte in die richtige Richtung vorzunehmen: Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sowie Vertrauensbildung seien im Interesse aller beteiligten Parteien und gleichzeitig Voraussetzungen zur Schaffung einer friedlichen und gerechten Lösung der innergeorgischen Konflikte sowie einer vollen Normali-

sierung der russisch-georgischen Beziehungen. Eine Lösung, so wurde in dem Expertengespräch deutlich, ist nur in einem Dialog aller Konfliktparteien, einschließlich Russlands, zu erreichen. Die im Oktober 2008 von der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ins Leben gerufenen „Geneva Discussions on Georgia“ wurden in diesem Zusammenhang als richtungweisende Dialogplattform gelobt.

„GO EAST“ – DIE GLOBALEN ATLANTIKER IN PEKING

AUSTAUSCH ÜBER GEMEINSAME INTERNATIONALE VERANTWORTUNG

Angesichts der Verschiebungen der globalen Machtverhältnisse Richtung Asien war es nur folgerichtig, dass das transatlantische Netzwerk der „Globalen Atlantiker“ dank der Kooperationsbereitschaft des FES-Büros Peking zu seinem 10. Treffen im April 2011 in der chinesischen Hauptstadt zusammentraf. Die gestiegene wirtschaftspolitische Bedeutung Chinas wird bisher nicht von einer entsprechenden sicherheitspolitischen Rolle begleitet, obwohl Forderungen in diese Richtung seitens der internationalen Gemeinschaft lauter werden. Aus diesem Grund tauschten sich deutsche und US-amerikanische Politiker und Experten mit chinesischen Vertretern von Parteihochschule, Universitäten und Think Tanks auch nicht über Wirtschaftsfragen, sondern über Risikoanalysen und Ansätze der neuen NATO-Strategie und des Sicherheitskonzepts der VR China aus.

Anfangs noch zurückhaltend, signalisierten die chinesischen Gastgeber jedoch bald großes Interesse an einer Fortsetzung des „Sicherheitsdialogs zu Dritt“. Rolf Mützenich, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, betonte, die Tagung habe „neue Räume für die deutsche Politik erschlossen“. Amerikanische Teilnehmer hatten dank der Partnerstruktur des FES-Büros in Peking Kontakt mit chinesischen Experten, die in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen für sie oft nicht direkt zugänglich sind, und sie reagierten positiv auf neue Einblicke in Ansätze deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Alte und neue Sicherheitsfragen von Nuklearwaffen

über Cyber-Kriminalität und den Beziehungen zu Russland bis hin zu Energiesicherheit, Migration und Klimawandel wurden in den Kontext wirtschaftlicher Entwicklungen, wachsenden chinesischen Selbstbewusstseins und gemeinsamer internationaler Verantwortung gestellt.

Die Perspektiven unterschieden sich vielfach, doch die Teilnehmer teilten auch zentrale Auffassungen einschließlich der Realität globaler Interdependenz und der Präferenz ziviler Mittel zur Konfliktbewältigung. Vertreter der chinesischen Seite bezweifelten jedoch unter Hinweis auf die Libyen-Krise, dass die NATO zivile Mittel über militärische stelle. Chinesische Experten verdeutlichten aber auch, dass sich Chinas Haltung in puncto Intervention wandle und seine Bereitschaft wachse, einzugreifen, wenn außenwirt-



Sicherheitsdialog zu Dritt: deutsche, chinesische und amerikanische Gesprächspartner an einem Tisch

schaftliche Interessen und chinesische Staatsbürger gefährdet seien. Die regionale Sichtweise des Militärs werde zunehmend durch eine globale ersetzt.

Bei allen Unterschieden kamen die Vertreter der drei Länder zu dem Schluss, dass es viele Überschneidungspunkte gibt, die Voraussetzungen für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit bieten. Und alle streben Partnerschaft statt Konfrontation an. Offen sprachen die Teilnehmer wechselseitige Unkenntnis, daraus entstehen-

de Missverständnisse und die Wahrnehmung wachsender Instabilität an. Stabilität aber kann – paradoxerweise – nur durch beständigen Wandel erreicht bzw. erhalten werden.

Die deutschen und US-amerikanischen „Globalen Atlantiker“ beurteilten den Dialog mit den chinesischen Partnern als innovativ und ertragreich und als ein Beispiel für die von allen befürwortete Vertrauensbildung.

DIE GLOBALEN ATLANTIKER

Die internationale Staatengemeinschaft erlebt eine „Umbruchphase“, in der die alte Ordnung nicht mehr und eine neue Ordnung noch nicht greift – Mut und politische Kreativität sind gefragt. In der Umbruchphase sind die Kooperationsstrukturen und -fähigkeiten der Staaten heftigen „Stress-Tests“ ausgesetzt. Adäquate Lösungen verlangen Zusammenarbeit zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen. Aber auch die Kooperation von alten Partnern wie Deutschland-in-Europa und den USA kann nicht einfach vorausgesetzt werden – sie muss immer wieder neu begründet und neuen Bedingungen angepasst werden.

Diesem Ziel widmet sich das von der FES ins Leben gerufene Netzwerk der seit November 2003 alljährlich tagenden „Globalen Atlantiker“ – einer parteiübergreifend zusammengesetzten Gruppe deutscher und US-amerikanischer Abgeordneter und Experten. Im Gegensatz zu anderen transatlantischen Dialogforen stehen nicht die klassisch deutsch/europäisch-amerikanischen Themen im Mittelpunkt, sondern geteilte globale Herausforderungen der Partner in den Bereichen Außen-, Entwicklungs-, Wirtschafts- und Innenpolitik.

Die Globalen Atlantiker haben dabei ein „Trialog“-Format entwickelt, bei denen deutsche und US-amerikanische Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht über, sondern mit Partnern sprechen: In Marokko diskutierte die Gruppe 2007 mit Vertretern verschiedener arabischer Staaten über Formen und Entwicklungen des politischen Islam. 2009 thematisierte die Gruppe in Moskau die Zusammenarbeit mit Russland in vielen internationalen Fragen von der Finanzkrise über Afghanistan bis hin zur NATO-Russland Kooperation.

*Regelmäßige
Kooperation*

GEMEINSAMER BLICK IN DIE ZUKUNFT

DER DEUTSCH/AMERIKANISCH-JÜDISCHE DIALOG

Die NS-Diktatur und der Holocaust in Deutschland zwangen in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts viele Juden zur Emigration, unter anderem in die USA. Bis heute sind vor dem Hintergrund der NS-Verbrechen Beziehungen der amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft zu Deutschland keine Selbstverständlichkeit. Umso wichtiger ist die „gesellschaftliche Außenpolitik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, die den Dialog zwischen Entscheidungsträgern auf beiden Seiten des Atlantiks fördert und Ein-

blicke in die Denkweise des Partners gewährt. Diesen Austausch fördert die FES unter anderem durch regelmäßige Kooperation mit dem American Jewish Committee (AJC).

Bereits kurz nach Kriegsende bemühte sich das AJC, das 1906 vornehmlich von deutschen Juden in den USA gegründet wurde, um Beziehungen zu Deutschland. In den 1980er und 1990er Jahren richtete das FES-Büro in Washington gemeinsam mit dem AJC Empfänge für hochrangige Delegationen nach Deutschland und in die

USA aus. Politiker und Multiplikatoren setzten sich hierbei mit politischen, sozialen und kulturellen Veränderungen im Partnerland auseinander. Das FES-Büro in New York unterhielt enge Kontakte zur AJC-Zentrale und organisierte Gespräche mit deutschen Besuchern.

Seit Gründung des AJC-Büros in Berlin 1998 arbeiten die beiden Organisationen auch in Deutschland zusammen. Im Rahmen einer jährlich stattfindenden internationalen Konferenz diskutieren hochrangige Experten aktuelle poli-

tische Herausforderungen aus transatlantischer Perspektive. So stand im vergangenen Jahr die Frage im Mittelpunkt, wie die transatlantischen Partner und die internationale Gemeinschaft mit den nuklearen Rüstungsplänen des Iran umgehen sollten. Die diesjährige Konferenz im Mai widmete sich den Turbulenzen im arabischen Raum unter dem Gesichtspunkt einer möglichen zukünftigen Rolle der Türkei und Israel in der Region.

UNTERSCHIEDLICHE INTERESSENLAGEN AUSGLEICHEN

Expertenaustausch

TRANSATLANTIC WORKING LUNCHESES

Mit den Transatlantic Working Lunches hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin eine Plattform für informellen Expertenaustausch zu transatlantischen Fragestellungen geschaffen. Etwa einmal im Monat treffen sich Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, um mit einem US-amerikanischen Inputgeber über aktuelle politische Herausforderungen zu erörtern. Die FES profitiert dabei von der guten Zusammenarbeit mit ihren Partnerorganisationen, beispielsweise der US-Botschaft in Berlin sowie verschiedenen NGOs und Think Tanks.

So diskutierten mitten in der transatlantischen Kontroverse über die Euro-Krise Wirtschafts- und Finanzexperten mit Amy Meadearis, Senior Economist der EU-Vertretung in Washington, darüber, wie die unterschiedlichen Interessenslagen miteinander zu vereinbaren sind und wie eine

starke wirtschaftliche Partnerschaft zwischen den USA und der EU erreicht werden könne.

2011 – zehn Jahre nach den 9/11-Terroranschlägen – steht natürlich auch das Thema Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Mittelpunkt. So brachte beispielsweise Garrett Graff, Autor des Buches „The Threat Matrix: The FBI at War in the Age of Global Terror“, den deutschen Experten mit dem FBI einen bislang kaum beachteten Akteur im amerikanischen Kampf gegen den Terrorismus näher. Finanz- und Terrorismusfachfrau Celina Realuyo von der National Defense University in Washington, analysierte beim Transatlantic Working Lunch im August, das Vorgehen der US-amerikanischen Regierung und ihrer Partner gegen Terrornetzwerke, indem sie ihnen gezielt ihre Geldquellen abschneiden.

BAVARIA MEETS USA

Fachgespräche

DAS TRANSATLANTISCHE FORUM MÜNCHEN

Von neuen Anforderungen an die transatlantische Sicherheitspolitik im Umfeld der Münchner Sicherheitskonferenz über deutsche und US-amerikanische Reformen des Gesundheitswesens und die Schaffung von „good jobs“ in Krisenzeiten bis hin zu neuen politischen Kommunikationsformen in einer digital vernetzten Welt – das Transatlantische Forum des Bayern-Forums der FES und des US-Generalkonsulats greift 3 bis 4 Mal pro Jahr Themen auf, die die Menschen sowohl national, regional als auch im

internationalen Kontext bewegen. Das Forum bringt in München Vertreter aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Wissenschaft und internationalen Organisationen zu Mittagsgesprächen über aktuelle Fragen der transatlantischen Beziehungen zusammen. Den Austausch über Lösungen für ähnliche Probleme auch auf regionaler Ebene voranzutreiben, dazu möchte das Transatlantische Forum München einen Beitrag leisten.

GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT / SOZIALE DEMOKRATIE

V O R D E N K E N

Tagung

VERTRAUENSVERLUSTE ÜBERWINDEN

DER ZUSTAND DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND

„Demokratie braucht Demokraten“ – diese Worte Friedrich Eberts als Ausdruck seiner persönlichen politischen Erfahrungen während der Weimarer Republik sind auch heute noch hoch aktuell. Sie formulieren und treffen eine der Kernaufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung in prägnanter Weise: die Förderung der Demokratie. Demokratie braucht Menschen, die durch ihr überzeugtes Engagement und ihr Vertrauen in das politische System zur Sicherung und Fortentwicklung der Demokratie beitragen. Ein solches Engagement und Vertrauen kann aber innerhalb der Bevölkerung nicht mehr ohne weiteres vorausgesetzt werden. Der soziale und ökonomische Wandel der letzten Jahrzehnte hat zu großen sozialen Un-

gleichheiten und zu Unzufriedenheit bei weiten Teilen der Bevölkerung geführt. Die Symptome dieses krisenhaften Wandels sind zahlreich: Der Rückgang der Wahlbeteiligung, immer weiter sinkende Mitgliederzahlen der großen Volksparteien sowie der Vertrauensverlust in die Problemlösungskompetenzen von Politikern. Gleichzeitig lässt sich jedoch auch beobachten, dass sich Menschen durchaus für Dinge, die ihnen am Herzen liegen einsetzen, demonstrieren und engagieren. Dieses Engagement findet themenbezogen statt, jenseits konventioneller Formen politischer Partizipation.

Die Politische Akademie hat sich dieser Kernaufgabe der FES während ihrer zweitägigen Tagung

Die Bedeutung von Demokratie und Freiheit nahmen Sigmar Gabriel und Prof. Herfried Münkler in den Blick (Foto: Schicke)



„Demokratie in Deutschland 2011“ Ende Juni in Berlin in besonderer Form gewidmet. Nach einer öffentlichen Auftaktveranstaltung am Abend des 29. Juni, auf der Sigmar Gabriel und Prof. Dr. Herfried Münkler das Verhältnis und die Bedeutung von „Demokratie und Freiheit“ in den Blick nahmen, diskutierten am folgenden Tag über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Medien in insgesamt zwölf thematisch unterschiedlich ausgerichteten Fachforen die Frage, wie es um die Demokratie in Deutschland bestellt ist, vor welchen Heraus-

forderungen und Gefahren sie steht und welche Maßnahmen zur Revitalisierung der Demokratie in Deutschland unternommen werden können. Im Spätherbst dieses Jahres werden die Analysen, die diesen Kongress vorbereitet haben, und die Handlungsempfehlungen, die während der Tagung entwickelt wurden, in einem Tagungsband erscheinen.

MEHR ZUM THEMA

www.demokratie-deutschland-2011.de

ALTE PFADE VERLASSEN

Workstattgespräche

DENKWERKSTATT DES PROJEKTS „GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION“

Das Vertrauen in die Politik, die gesellschaftlichen Institutionen und in die Demokratie insgesamt hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Dabei ist die Gewinnung und der Erhalt von Vertrauen gerade in Zeiten schwindender politischer Bindungen und wachsender sozialer Unsicherheiten eine zentrale Herausforderung für die Politik.

Gibt es Modelle für Vertrauensbeziehungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen und wie sehen sie aus? Kann die Politik etwas davon lernen? In der Denkwerkstatt „Politik und Vertrauen“, deren Gastgeber seit November 2010 das Projekt „Gesellschaftliche Integration“ der Friedrich-Ebert-Stiftung ist, werden diese Fragen diskutiert. Da das Denken in neue Richtungen das Verlassen alter Pfade, die Verknüpfung neuer Ge-

danken, Bereiche und Netzwerke erfordert, werden Akteure aus der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der traditionellen und neuen Medien, der Zivilgesellschaft, der Kultur und Praxis regelmäßig zum gemeinsamen Nachdenken zusammenkommen.

In den bisherigen drei Werkstattgesprächen u.a. mit Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School, Tissy Bruns vom Tagespiegel, dem Gründer des Online-Spendenportals betterplace.org und den Bundestagsabgeordneten Ute Kumpf, Katja Mast sowie Petra Merkel wurden wichtige Aspekte zum Thema „Vertrauen“ diskutiert.

NÄHERE INFORMATIONEN

fes.de/integration/inhalt/fach.htm

VERÄNDERTE ERWARTUNGEN

Publikation

AKADEMIE MANAGEMENT UND POLITIK ZUR ZUKUNFT POLITISCHER MITGLIEDERORGANISATIONEN

Traditionelle politische Mitgliederorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften haben vermehrt mit Mitgliederschwund, Überalterung und ausbleibendem Nachwuchs zu kämpfen. Ein Grund hierfür sind die veränderten Erwartungen und Ansprüche Ehrenamtlicher an ihr Engagement. Dieser Entwicklungstendenz gilt es entgegenzuwirken, um politische Gestaltungsfähigkeit und demokratische Legitimation von Parteien und Gewerkschaften nachhaltig zu gewährleisten und diese Großorganisationen

zukunftsfähig aufzustellen. Professionelles Freiwilligen-Management bietet dabei zahlreiche Ansatzpunkte veränderte Erwartungen und Ansprüche der Engagierten aufzugreifen und die Zusammenarbeit mit ihnen nachhaltig zu gestalten. Die neue Publikation „Politische Mitgliederorganisationen zukunftsfähig gestalten – Aktive Mitglieder und Freiwillige für Parteien und Gewerkschaften gewinnen und binden“ der Akademie Management und Politik (MuP) der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt auf, wie politische

Großorganisationen mit einem professionellen Freiwilligen-Management die aktuellen Herausforderungen als Chance für lebendige mitgliederorientierte Großorganisationen begreifen und den Spagat zwischen alten und neuen Partizipationsformen und Organisationsstrukturen wagen können.

DIE PUBLIKATION

In der Broschüre sind die wichtigsten Ergebnisse der MuP-Fachtagung „Ehrenamt (be)leben“ zusammengefasst und innovative Beispiele aus der Praxis von Partei und Gewerkschaften vorgestellt.

Druckexemplar: mupinfo@fes.de oder online

<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/mup/08137.pdf>

Buchvorstellung

GENOSSEN IN DER KRISE?

GESPRÄCH ÜBER SOZIALDEMOKRATIE IN EUROPA

Sozialdemokratische Parteien befinden sich zwar im Niedergang, doch sei dieser nicht irreversibel, so die These des Politikwissenschaftlers Franz Walter und weiteren Autorinnen und Autoren des Göttinger Instituts für Demokratieforschung in ihrem Buch „Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand“.

wie wohl auch die Buchautoren, der Meinung, dass noch Hoffnung auf Rettung bestehe.

Von dem im Buch empfohlenen Rezept des „Gesundshrumpfens“ zeigte sich die SPD-Generalsekretärin allerdings nicht überzeugt. Im Gegensatz zu Franz Walter will sie am „Projekt Volkspartei“ festhalten. Da die SPD diese Rol-

le momentan nicht ausfülle, sei eine Parteiform dringend erforderlich.

Nahles verwies darauf, dass in den meisten Ländern die „Sozialdemokraten in der Grütze hängen“. Der Grund dafür sei, dass das Schutzversprechen der



Über Wege aus der Krise diskutierten Andrea Nahles und der Politikwissenschaftler Franz Walter

Moderiert von Werner A. Perger, Journalist und ZEIT-Autor, wurde das Buch am 12. Juli in der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgestellt und von der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles gemeinsam mit Franz Walter diskutiert.

Aus Sicht der Autoren haben die Sozialdemokraten schon oft in ihrer Geschichte Krisen erlebt und erfolgreich durchgestanden. Und so liefert der im Buch vorgenommene Vergleich internationaler Sozialdemokratien hinsichtlich Koalitionsmodellen sowie neuen Formen der Mitgliedschaft und Öffnungsversuchen zur Gesellschaft, einige Ideen, wie der Weg aus der Krise aussehen könnte.

Andrea Nahles stellte gleich zu Beginn positiv fest, dass auf dem Buchcover die Nelke nur geknickt sei und noch nicht verwelkt. Sie sei daher,

sozialdemokratischen Bewegung verletzt worden sei und es daher momentan schwer falle, den Mehrwert der Sozialdemokratie zu begründen. Aus ihrer Sicht könne die Sozialdemokratie keinen effektiven Schutz herstellen, da die globalen Spielregeln dies nicht ermöglichen. Daher würde eine neue Kapitalismuskritik benötigt. Im Gegensatz zu rechtspopulistischen Parteien, die die nationalistische Schiene bedienen, Grenzen in Europa wieder errichten wollen und mit simplen Antworten punkten, müsse die Sozialdemokratie ein Gegenprojekt entwickeln, dessen Ziel die Rettung der europäischen Demokratie vor den Kräften eines entfesselten Finanzkapitalismus darstellt.

NATIONALE GRENZEN ÜBERWINDEN

Studie

VERBINDENDEN UND TRENNENDES IN EUROPAS SOZIALDEMOKRATIE

Während der Europawahlen 2009 wurde kritisiert, dass die sozialdemokratischen Parteien in den Mitgliedstaaten der EU traditionell einen stark national ausgerichteten Wahlkampf führten. Es existierten nationale Wahlprogramme, zwischen denen es keine übergreifenden Bezüge gibt. Von einem grenzüberschreitenden Wahlkampf war nicht viel zu bemerken. Dieser Beobachtung ging die Diplompolitologin Julia Würtz in einer vergleichenden Positionsanalyse von acht Wahlprogrammen verschiedener sozialdemokratischer Parteien nach. In einem als Nachschlagewerk konzipierten tabellarischen Vergleich hebt sie Verbindendes und Trennendes zwischen den Parteien, die allesamt Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) sind, hervor. Damit greift sie die Notwendigkeit einer verbindenden

„Erzählung“ der europäischen Sozialdemokratie auf. Größter gemeinsamer Nenner ist das Themenfeld des sozialen Europas. Kern der Übereinstimmung bildet ein sozialer Stabilitätspakt, mit dem Sozial- und Bildungsstandards in den Mitgliedstaaten festgelegt werden sollen. In der Gestaltung einer europäischen Wirtschafts- oder Außenpolitik zeigen sich dagegen grundlegende Konfliktlinien. Hier vertreten viele sozialdemokratische Parteien nationale Interessen.

DIE STUDIE

Würtz, Julia: *Sozialdemokratische Europawahlprogramme im Vergleich. Ein Beitrag zur Debatte um ein Grundsatzprogramm für die SPE, Internationale Politikanalyse*
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08258.pdf>

EUROPAPOLITIK NICHT ABSTRAKT

Arbeitsgruppe

FES-BÜRO BRÜSSEL ZUR BEDEUTUNG DER EUROPAWAHLEN

Den Menschen müsse verdeutlicht werden, dass sie mit den Europawahlen die politischen Mehrheiten beeinflussen und damit den politischen Kurs nicht nur auf kommunaler, Landes- und Bundes- sondern auch auf EU-Ebene bestimmen können. Was in Brüssel geschehe, dürfe nicht abstrakt als „Europapolitik“ betrachtet werden, betonte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Axel Schäfer, in der Arbeitsgruppe Europäische Integration des FES-Büros Brüssel. Vielmehr müsse verdeutlicht werden, dass es sich dabei um die Politik von Vertretern verschiedener konkurrierender politischer Strömungen handle, deren politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konzepte es zu beurteilen gelte. Deshalb sei es unumgänglich, dass sich auch die Parteien europäisieren und mit gemeinsamen Programmen für die Europawahl antreten. Bei der Formulierung gemeinsamer Programme gelte es, den weit verbreiteten Reflex nationaler Besitzstandswahrung und die Furcht vor nationalem Souveränitätsverlust zu überwinden. Schließlich müsse die Partizipation über die Beteiligung der Menschen an Europawahlen und künftigen europäischen Bürgerbegehren auch auf die stärkere Beteiligung der Parlamente ausgedehnt werden. Im Lissabon-Vertrag wurden die

Parlamente deutlich gestärkt, allerdings bestehe ein Trend der Umgehung dieser Rechte durch zunehmende Absprachen der Regierungen an den Parlamenten vorbei. Dies gelte es zu durchbrechen, da nur durch eine demokratische Kontrolle Europa bei den Bürgern akzeptiert wird.

POLITISCHES QUARTETT

Das Politische Quartett des Leipziger FES-Büros will eine fachkundige, streitbare und pointierte Auseinandersetzung über aktuelle gesellschaftspolitische Bücher in Gang setzen. So diskutierten der Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, Bernd Hilder, die Politikwissenschaftlerin Rebecca Pates, der sächsische SPD-Generalsekretär Dirk Panter und die Autorin Kathrin Wildenberger am 16. Juni das Buch „Anleitung zur Weltverbesserung – Das machen wir doch mit links“ von Robert Misik. Während Bernd Hilder das Werk als „tiefen Griff in die Mottenkiste linker Phrasen“ abtat, bekannte sich Kathrin Wildenberger dazu das Buch mit Begeisterung gelesen zu haben, da Misik eine Vision verdeutliche, wie eine zukünftige gerechtere Gesellschaft zu etablieren sei.

Kurz notiert

Analyse

WERTESYSTEME UND POLITISCHE SPRACHE

EUROPÄISCHE ANALYSE VON DEUTUNGSRAHMEN DER SOZIALPOLITIK

Ist politisches Denken ein bewusster, kontrollierbarer Prozess? Wie funktioniert politische Kommunikation und Mehrheitsbildung genau?

Die aktuelle Kognitions- und Neuroforschung zeigt, dass auch politisches Denken durch sogenannte kognitive Frames, also Deutungsrahmen, die Fakten erst einen Sinn verleihen, strukturiert ist. Diese Deutungsrahmen können sich stark voneinander unterscheiden, Gegebenheiten sogar gegensätzliche Bedeutungen zuschreiben.

Elisabeth Wehling zeigt in ihrer neuen Politikanalyse für die Friedrich-Ebert-Stiftung, dass sozialdemokratische Parteien in Europa für ihre Kommunikation häufig den moralischen Deutungsrahmen des politischen Gegners verwenden. Wenn sozialdemokratische Parteien „Verlierer integrieren“ oder „gleiche Startchancen“ herstellen wollen, so kommunizieren sie innerhalb des Werterahmens des politischen Gegners,

da sie das Bild eines „Wettlaufs“ übernehmen. Elisabeth Wehling untersucht, welche Wertesysteme denjenigen Frames zugrunde liegen, die derzeit die Debatten in der Sozialpolitik in Großbritannien, Italien, Österreich und Deutschland zu den Themen Gleichstellung, Bildung, Integration, und Sozialleistungen strukturieren. Abschließend stellt sie dar, wie eine Umdeutung der Politikdebatte im Sinne eigener Werte erfolgreich betrieben werden kann.

DIE PUBLIKATION

Elisabeth Wehling:

Der gedankliche Abbau sozialdemokratischer Werte. Zur Sprache der Sozialpolitik in Großbritannien, Italien, Österreich und Deutschland
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08254.pdf>
 Druckexemplare über info.ipa@fes.de

Kongress

SOLIDARITÄT IN DER KRISE

FORDERUNGEN EUROPÄISCHER GEWERKSCHAFTSFÜHRER

Die europäischen Gewerkschaftsführer stimmen darin überein, wie die Herausforderungen der Krise bewältigt werden können. Sie sind überzeugt, dass unrealistische Konsolidierungsprogramme, strenge Sanktionen und scharfe Einschnitte bei den Sozialleistungen nicht die richtigen Maßnahmen zur Überwindung der Krise sein können. Stattdessen setzen sie auf mehr Solidarität.

Bei einer Veranstaltung der FES im Rahmen des Kongresses des Europäischen Gewerkschaftsbundes im Mai in Athen, betonte der Generalsekretär des irischen Gewerkschaftsbundes ICTU, David Begg, die Bedeutung des politischen Integrationsprozesses der EU. Die Vorsitzende des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV, Agnes Jongerius, appellierte an die europäischen Gewerkschaften, gemeinsam mehr Sozialleistungen für die Europäer durchzusetzen. Das Wohlergehen der europäischen Bürger hat ebenfalls Priorität für Wanja Lundby-Wedin, Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes LO. Ein soziales Europa kann für den Vorsitzenden des tschechischen Gewerkschaftsbundes CM-

KOS, Jaroslav Zavadil, nur durch mehr Solidarität zwischen den europäischen Nationen erreicht werden. Erich Foglar, Vorsitzender des österreichischen Gewerkschaftsbundes ÖGB, und João Proença, Generalsekretär des portugiesischen Bündnisses der Gewerkschaften UGT, schreiben der neoliberalen Wirtschaftsgesinnung die Verantwortung für die Krise zu. Sie setzen auf einen starken europäischen Gewerkschaftsbund zur neuen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des DGB, ermutigte ihre europäischen Kolleginnen und Kollegen ökonomische, soziale und finanzpolitische Alternativen zu entwickeln und deutlich zu kommunizieren. Yannis Panagopoulos, Gewerkschaftsführer der griechischen GSEE forderte, dass die Wirtschaft in die Gesellschaft eingebettet werden müsse.

ALLE BEITRÄGE DER VERANSTALTUNG

Solidarity in the Economic Crisis. Challenges and Expectations for European Trade Unions
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08073.pdf>

BAUSTEIN FÜR SOZIALMODELL EUROPAS

ZUSAMMENHANG VON ÖKONOMISCHER UND SOZIALER ENTWICKLUNG

Bereits Ende der 1990er Jahre entwickelte Prof. Dr. Klaus Busch an der Universität Osnabrück ein Konzept zur Koordinierung wohlfahrtsstaatlicher Politiken in Europa. Es basiert auf der empirischen Beobachtung eines sehr engen Zusammenhangs zwischen dem ökonomischen und sozialen Entwicklungsniveau der damals zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Je höher das Pro-Kopf-Einkommen eines Mitgliedstaates ist, desto mehr gibt dieser Staat relativ und absolut für Sozialpolitik aus. Um diesen engen Zusammenhang zu wahren, sollten für jedes ökonomische Entwicklungsniveau Bandbreiten für die Variation der Sozialleistungsquoten festgelegt werden.

Die Europäische Union hat sich in den letzten 20 Jahren in vielfacher Hinsicht verändert und weiterentwickelt: Heute verfügt Europa über eine gemeinsame Währung und 27 Staaten sind Mitglieder der EU. Doch zugleich treten heute die negativen Konsequenzen von Binnenmarkt und Währungsunion als sozial nicht flankierte, primär ökonomische Integrationsprojekte deutlich zutage. Faktisch wurde ein System von Wettbewerbsstaaten geschaffen, in dem einzelne Länder ihre Sozialkosten als Waffe im innereuropäischen Standortwettbewerb einsetzen. Die asymmetrische Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Integration des Kontinents kulminiert in der aktuellen Krise in der Eurozone. Die einsei-

tig verordneten Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen der internationalen Finanzmärkte und der EU unterwerfen die Ausgaben für den Wohlfahrtsstaat noch stärkeren Abbauprozessen.

Diese Geschehnisse waren für Busch Anlass genug, sein ursprüngliches Modell mit neuen Daten und neuen Berechnungen zu überarbeiten, auf Kritiken einzugehen und den weiteren Forschungsbedarf zu skizzieren. Um den Zusammenhang zwischen ökonomischem Entwicklungsniveau und dem Niveau des Wohlfahrtsstaats zu stabilisieren, schlägt er einen Korridor vor, der den Schwankungsbereich der Sozialschutzausgaben eines jeden Mitgliedstaats entsprechend seiner wirtschaftlichen Entwicklung festlegt. Länder, die den vereinbarten Korridor dauerhaft nach unten oder nach oben überschreiten, sollten zu politischen Korrekturen gezwungen werden. Das Korridormodell stellt damit einen wichtigen Baustein in einem alternativen Politikkonzept zur Etablierung eines europäischen Sozialmodells dar.

PUBLIKATIONEN

Busch, Klaus: Das Korridormodell – relaunched. Ein Konzept zur Koordinierung wohlfahrtsstaatlicher Politiken in der EU – Internat. Politikanalyse
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08247.pdf>
 Kurzversion:
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08248.pdf>

Johannes Rau wäre in diesem Jahr 80 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass fand in Berlin eine Feier statt, zu der neben einer persönlichen Videobotschaft des israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres auch die Nachfolgerin Johannes Raus im Amt des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft sowie Hans-Jochen Vogel als politischer Weggefährte sprachen. Der ehemalige polnische Außenminister Władysław Bartoszewski be-



schrieb Johannes Rau als einen Versöhner, der viel für die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland geleistet habe. Die Rede Richard von Weizsäckers war der Höhepunkt einer berührenden Gedenkfeier.

Trainingskurse

KOSOVO: AUF DEM WEG ZUR SOZIALEN DEMOKRATIE

FES STARTET POLITISCHE AKADEMIE IN PRISHTINA

70 Prozent der Kosovaren sind jünger als 35 Jahre, doch ihre Möglichkeiten am politischen Leben teilzunehmen sind sehr begrenzt. Besonders nach den letzten Wahlen ist das Misstrauen gegenüber den regierenden Parteien gestiegen. Das Image der Politiker ist denkbar schlecht. Viele junge Kosovaren geben an, sich von den Parteien nicht repräsentiert zu fühlen. Das Ausmaß an Korruption schreckt zunehmend ab, sich in den politischen Parteien zu engagieren. Eine Auf-

Werte Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität im Mittelpunkt.

In vier Wochenendseminaren wird theoretisches Wissen zu Themen wie Gute Regierungsführung, Prinzipien des Sozialstaats, EU-Integrationsprozess, Demokratie und Politische Kultur sowie Trainingskurse für praktische Fähigkeiten im Bereich der politischen Kommunikation, Management und Lobbyarbeit angeboten. Die Inhalte werden von nationalen und Internati-



Gemeinsam gegen Politikverdrossenheit: Der erste Jahrgang der Politischen Akademie für Soziale Demokratie in Prishtina

stiegsmöglichkeit innerhalb einer Partei sehen nur wenige der befragten jungen Kosovaren.

Um der Politikverdrossenheit der jungen kosovarischen Generation entgegenzuwirken, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung Mitte Juni in Prishtina den ersten Jahrgang der Politischen Akademie für Soziale Demokratie in Kosovo gestartet.

Mit der Politischen Akademie für eine progressive Jugend will die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Olof Palme International Center deshalb den Teilnehmern die theoretischen und praktischen Werkzeuge für eine aktive Teilnahme am politischen Leben in ihrem Land an die Hand geben. Dabei stehen die sozialdemokratischen

onale Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft vermittelt. Mehr als 120 junge Kosovaren im Alter von 20 bis 30 Jahren hatten sich für einen Platz in der Akademie beworben, von denen 27 Bewerber ausgewählt wurden.

Die Vize-Premierministerin von Kosovo, Edita Tahiri hob bei der Eröffnungsveranstaltung die Bedeutung der Akademie hervor: „Kosovo hat die jüngste Bevölkerung Europas, unsere Jugend ist die wichtigste Ressource. Aber nur, wenn wir diese Ressource nutzen und die aktive Teilnahme der Jugend am politischen Leben fördern, kann Kosovo erfolgreich den zahlreichen Herausforderungen der Zukunft entgegentreten.“

Workshop

EIN MITTEL ZUM ZWECK

FES IN WARSCHAU ÜBER DAS INTERNET IN DER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT

Heilsbringer oder Teufelszeug, Wundermittel gegen Politikverdrossenheit oder Wegbereiter in den Überwachungsstaat? An der Frage nach der Bedeutung des Internets für die Gesellschaft scheiden sich die Geister. „Mehr Demokratie

via Internet?“, fragte ein Workshop den die FES in Warschau gemeinsam mit der Redaktion der linksliberalen Zeitschrift „Krytyka Polityczna“ veranstaltete. „E-Government hat enorme Potenziale“, sagte beispielweise Annette Mühl-

berg, Abteilungsleiterin Neue Medien bei verd.i. Sie spricht sich aber für eine äußerst sorgfältige Planung der Netzarchitektur, die Zensurmechanismen keinen Vorschub leistet, sowie einen starken Datenschutz aus.

„E-Democracy und E-Government: Kontrollgewinn oder Kontrollverlust?“, wollten die Veranstalter von diesem ersten deutsch-polnischen Panel wissen. Der Hamburger Soziologe Jan-Hinrik Schmidt antwortete mit einem herzhaften „sowohl-als-auch“. „Das Internet ist nicht per se gut oder böse, demokratisch oder totalitär. Es ist ein Medium, ein Mittel zum Zweck“, sagte der Soziologe. Einerseits senke das Netz die Hürden für demokratische Teilhabe. So könnten sich die Menschen mittlerweile ihre eigene Öffentlichkeit schaffen, weil die Trennung zwischen wenigen Sendern und vielen Empfängern aufgehoben sei, die das Zeitalter der alten Medien Zeitung, Rundfunk und Fernsehen geprägt habe. Auf der anderen Seite hätten sich im Internet in

zentralen Sektoren Monopolstrukturen herausgebildet. „Denken sie nur an Google und vor allem an die dominierende Rolle, die Facebook im Bereich der sozialen Netzwerke spielt“, erläuterte Schmidt. Bei dem US-amerikanischen Network-Riesen herrschten „skandalöse Strukturen in Bezug auf den Datenschutz“, urteilte Annette Mühlberg von verd.i. „Hätte das Unternehmen seinen Sitz in der Bundesrepublik wäre Facebook sofort dicht gemacht worden oder es müsste seine Geschäftsmodelle grundlegend ändern“, so Mühlberg weiter.

Bei der Frage nach einem Grundrecht auf Anonymität im Netz zeigte sich der Blogger Markus Bechedahl (www.netzpolitik.org) davon überzeugt, dass es ohne Recht auf Anonymität keine echte Netzöffentlichkeit geben könne. „Wenn wir hier im Saal diskutieren, tauschen wir auch nicht vorher unsere Personalausweise aus“, sagte der Berliner.

JUGENDPARLAMENT ONLINE

In der Hitze des kurzen lettischen Sommers reiften im FES-Büro Riga neue Initiativen. So das „Jugendparlament online“, eine gemeinsame Initiative der FES und „DELNA“, einer Nichtregierungsorganisation gegen Korruption. Im Internetparlament können Jugendliche politisch aktiv werden und z.B. wählen oder gewählt werden. Die Webseite www.jauniesuparlaments.lv bot Chancen lettlandweit bekannt zu werden, Vorschläge zu formulieren und sogar die ersten Früchte eines politischen Wahlkampfes zu ernten. Faszinierend war, dass das reale Parlament, die Saeima, sich sehr für seinen virtuellen Doppelpänger interessierte. Die Abgeordneten luden die Gewinner der virtuellen Wahlen ins Parlament ein und machten deutlich, welche Kompetenzen ein noch virtueller Politiker braucht, um real zu werden.

POLITISCHER JUGENDCLUB IN MINSK

Der „Politische Jugendklub“ der FES in Minsk feierte nach bereits 20 verschiedenen Einzelaktivitäten im Frühjahr 2011 seinen ersten Jahrestag. Zielgruppe sind hauptsächlich Studierende und junge Vertreter von NGOs. In jeder Veranstaltung der Reihe wurde versucht, zusammen mit Experten Entwicklungsszenarien für unter-

schiedliche Probleme aufzustellen. Die Teilnahme von Vertretern staatlicher Institutionen ist ausdrücklich erwünscht und auch Journalisten sind willkommen. Der „Politische Jugendklub“ dient gleichzeitig auch als Startrampe für das „Young Leaders' Forum“, einem anderen FES-Projekt zur Förderung und Qualifizierung begabter jungen Menschen mit Führungspotenzial.

STUDIENFAHRT FÜR PREISTRÄGER

Mit einer Studienfahrt zum Europäischen Parlament nach Straßburg belohnte die Friedrich-Ebert-Stiftung 20 Preisträgerinnen und Preisträger des Europäischen Wettbewerbs. Der Wettbewerb wird alljährlich vom Zentrum für Europäische Bildung ausgeschrieben und stand in diesem Jahr im Zeichen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit. Mit unterhaltsamen Kurzfilmen und anspruchsvollen Logos warben die Teilnehmer für den Europäischen Freiwilligendienst. In entspannter Café-Atmosphäre diskutierten die Schülerinnen und Schüler mit französischen Ehrenamtlichen u.a. von Amnesty International, Greenpeace und den Jeunes Socialistes über deren konkrete Tätigkeiten, aber auch über die Motive ehrenamtlichen Engagements und seine gesellschaftliche Bedeutung.

Kurz notiert

NICHT NUR DAGEGEN, SONDERN AUCH FÜR ETWAS

RÜCKBLICKE AUF DIE ATOMDEBATTEN

Im Anschluss an die Ausstellungseröffnung fand die Freiburger Auftaktveranstaltung des Zyklus „Tschernobyl 25 Expeditionen“ (www.tschernobyl25.org) statt, die das Landesbüro Baden-Württemberg der FES in Kooperation mit der West-Ost Gesellschaft Südbaden und dem colloquium politicum der Universität Freiburg veranstaltete.

habe dies bis Fukushima praktisch nicht stattgefunden. Für die Grünen war die Ablehnung der Kernenergie von Anfang an das unumstrittene zentrale Motiv. Der sozialdemokratische Vordenker erinnert daran, dass die SPD Baden-Württemberg bereits Ende der 70er Jahre als einer der ersten Landesverbände den Ausstieg aus der Atomkraft beschloss.



Erinnerte sich an die
Wurzeln der Anti-
atomkraftbewegung:
Erhard Eppler

Der ehemalige Bundesminister Erhard Eppler erinnerte die 250 Gäste daran, dass in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik lediglich die Nutzung der Kernenergie für kriegerische Zwecke in Frage gestellt wurde. Atomkraft galt damals als die Energie der Zukunft. Man habe darüber diskutiert, wie der steigende Energiebedarf zu befriedigen sei, nicht aber über das „Wie“ der Energieerzeugung. Das ökologische Bewusstsein und der Widerstand gegen die Atomkraft seien „von unten nach oben“ in die Politik hineingetragen worden. Als Ausgangspunkt dieses Prozesses sieht Eppler den Widerstand gegen das geplante AKW in Wyhl, Ende der siebziger Jahre, als dort erstmals die Frage aufkam, ob eine Nutzung der Kernenergie auch für zivile Zwecke, überhaupt verantwortbar sei. In den folgenden Jahren nahm sich dann auch die Politik verstärkt dieser Diskussion an, wobei nur in der SPD diese Debatte wirklich geführt wurde. Denn in der Union und der FDP

ischen Maßstab gedacht werden.“

Der Aktivist und Liedermacher Walter Mossmann setzte sich mit dem Vorwurf der „German Angst“ auseinander. Diese Etikettierung sei in Bezug auf den Widerstand gegen die Kernenergie schon immer unangebracht gewesen, denn, so Mossmann, „Angst ist passiv. Aber der Protest gegen die AKWs war immer auch konstruktiv. Nie nur dagegen, sondern immer auch für etwas.“

DIE ATOM AUSSTELLUNG

Schon vor der Eröffnung drängen sich über 100 Menschen im Foyer der Universität Freiburg. Die 25-Jährige Grafikdesignerin Esther Gonstalla freut sich über das rege Interesse an ihrer Ausstellung, die auf ihrer Diplomarbeit „Das Atombuch: Radioaktive Abfälle und verlorene Atombomben“ basiert. Gemeinsam mit dem Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg wurde die Ausstellung realisiert. Bei der offiziellen Eröffnung erinnerte Staatsminister a.D. Gernot Erler zunächst an die Atomkatastrophe von Tschernobyl vor 25 Jahren. Um solche Katastrophen in Zukunft zu vermeiden, brauche man Aufklärung. Deswegen sei er sehr dankbar für die Ausstellung, die gut aufbereitet und in sachlicher Weise die wesentlichen Fakten präsentiere. Dazu gehören die tatsächlich entstehenden Kosten der Kernenergie, die unge löste Endlagerfrage, aber auch die Spätfolgen atomarer Unfälle.

GRENZÜBERSCHREITENDE ATOMFRAGE

ATOMPOLITIK IM DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN GRENZGEBIET

*Diskussions-
veranstaltung*

„In den nächsten Jahren wird es keine Partei wagen, sich offensiv für Atomenergie einzusetzen“, zeigte sich der Historiker Franz-Josef Brüggemeier überzeugt. „Bisher konnte man immer noch sagen, Tschernobyl sei eine Ausnahme gewesen. Das ist jetzt nicht mehr möglich.“

Wie der absehbare Ausstieg aus der Kernenergie konkret von statten gehen könnte, wurde während einer die Atomausstellung begleitenden Diskussionsveranstaltung am Beispiel des maroden Kernkraftwerks Fessenheim diskutiert. Welchen Einfluss hat Deutschland auf den Ausstieg Frankreichs, wo die Kernenergie vergleichsweise wenig umstritten ist? Franz-Josef Brüggemeier bezweifelt einen solchen Einfluss: den Deutschen bliebe letztlich nichts anderes übrig, als auf ihre Vorbildwirkung zu hoffen. Jean-Paul

Lacôte, Umweltaktivist, Mitglied in der Kontrollkommission des Atomkraftwerks Fessenheim und Vorstandsmitglied im Trinationalen Atomschutzverband (TRAS), ist da weniger skeptisch. Zwar seien die Einflussmöglichkeiten auf den oberen politischen Ebenen begrenzt, aber auf der lokalen Ebene gebe es Fortschritte: „Vor Fukushima wurde bei Treffen von deutschen und französischen Lokalpolitikern nie über Fessenheim gesprochen. Das ist jetzt anders.“ Diese Dynamik gelte es aufrecht zu erhalten, um so mit kleinen Schritten, zum Erfolg zu kommen. Einen solchen konnte TRAS erst kürzlich verbuchen, als der Generalrat des Departement Bas-Rhin in Straßburg eine Resolution für die Stilllegung von Fessenheim verabschiedete.

EGAL IST NICHT!

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES ENGAGEMENT VON JUGENDLICHEN

„Junge Leute sind sehr wohl bereit, sich zu engagieren, nur fehlt es oft an den nötigen Informationen, wie und wo sie das am besten tun können“, hielt Mirjam Blumenthal vom Deutschen Gewerkschaftsbund dem Vorurteil von der an Gesellschaft und Politik desinteressierten jungen Generation entgegen.

„Egal ist nicht! Gesellschaftspolitisches Engagement geht uns alle an – auch Dich!“ Unter diesem Motto hatten der Förderwettbewerb „Demokratisch Handeln“ und das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai rund 150 Schüler/innen und Studierende eingeladen, um über die vielfältigen Möglichkeiten gesellschaftspolitischen Engagements in Jugendverbänden, Gewerkschaften und Parteien zu informieren.

Die Schülerin Tine ist vor allem im Bereich Umweltschutz aktiv. An ihrer Schule betätigen sich sogar viele ehrenamtlich. Allerdings seien nur die wenigsten Mitglied in einer Partei oder Gewerkschaft. Nach Meinung von Wolfgang Gründinger, Buchautor und Journalist, gibt es in den Parteien das Problem, dass Jugendliche und ihre Themen oft nicht die notwendige Aufmerksamkeit erhalten. Dass manche dann enttäuscht seien und sich lieber bei Organisationen wie zum Beispiel attac engagierten, könne er durch-

aus verstehen. Trotzdem ist es wichtig, dass gerade junge Menschen in die Politik gehen, findet Christian Berg, Landesvorsitzender der Berliner Jusos. Nur so könne sichergestellt werden, dass sich auch etwas verändert.

OPEN SPACE ZUR ENERGIEWENDE

2000 war er schon einmal von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen: Der Atomausstieg. Die nachfolgende schwarz-gelbe Bundesregierung vollzog 2010 den Ausstieg aus dem Ausstieg und beschloss eine Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke. Nach der Atomkatastrophe in Fukushima machte die Regierung nun auf dem Absatz kehrt und beschloss bis 2022 die Abschaltung aller siebzehn deutschen Atomkraftwerke. Energiepolitik bewegt – das zeigte die Veranstaltung „Ausstieg in Fahrtrichtung...? Ein Open Space zu Energiepolitik“ im Forum Jugend und Politik der FES in Bonn. 50 Schülerinnen und Schüler sprachen über Fukushima und den Atomausstieg sowie die politischen Motive, die dahinter stecken. Die Potenziale erneuerbarer Energien wurden ebenso diskutiert wie die Möglichkeiten, ihren Ausbau zu fördern und alternative Technologien effizienter einzusetzen.

*Informations-
veranstaltung*

Kurz notiert

*Demokraticamp***VERTRAUEN UND VERANTWORTUNG****JUGENDLICHE FÜR POLITISCHE ZIELE MOTIVIEREN**

Jung und politisch engagiert waren die Teilnehmer/innen aus verschiedenen Schülervereinigungen und Jugendorganisationen des zweiten Demokraticamps im Forum Jugend und Politik der FES, das im Juli in Berlin stattfand.



Teamworktraining im Hochseilgarten: Die Basis für gute Kommunikation

Vorstellungen, Werte und Gestaltungsmöglichkeiten demokratischen Zusammenlebens standen im Mittelpunkt des einleitenden Demokratiewerkshops. Mit Alexander Freier, einem jungen Kommunalpolitiker aus Berlin, berieten

sich die Teilnehmenden über lokale politische Gestaltungsmöglichkeiten und die schwierige Aufgabe, Jugendliche für politische Teilhabe zu motivieren. Gemeinsam sprach die Gruppe ebenfalls über Wege, um mehr Mitbestimmung von Jugendlichen in der Bildungspolitik zu erreichen.

Gute Ideen brauchen gute Kommunikation und ein funktionierendes Team. Im Hochseilgarten wurde dafür die Basis geschaffen. Auf der „Riesenseiler“ und dem „Mohawk Walk“ erarbeitete die Gruppe auf praktische Weise Kriterien funktionierender Kommunikation und motivierte sich zu gegenseitigem Vertrauen und dazu, Verantwortung zu übernehmen. Beste Voraussetzungen, um

am letzten Campstag im Projektlabor an verschiedenen Projektideen, wie beispielsweise der Gründung von flächendeckenden Jugendparlamenten und dem Bildungsaustausch zwischen Gymnasien und Hauptschulen, zu arbeiten.

*Ausstellung***RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN****VERANSTALTUNGEN FÜR JUGENDLICHE IN BONN**

Der zunehmende Rechtsextremismus in ganz Europa stellt eine Gefahr für die Demokratie dar. Gerade Jugendliche werden von Rechtsextremen gezielt angeworben. Daher gibt es im Forum Jugend und Politik seit 2008 die Wanderausstellung

„Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen. NRW für Toleranz und Menschlichkeit“. Im Juli 2011 machte die Ausstellung für drei Wochen Station in der Galerie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und bot ein umfangreiches Rahmenprogramm rund um das Thema Rechtsextremismus. Die Ausstellung informiert über aktuelle Entwicklungen und zeigt, wie sich jeder Einzelne für Menschenrechte und gegen Rechtsextremismus engagieren kann.

SENIOREN GEGEN RECHTS

„Es gibt keinen Schaukelstuhl in der Demokratie“, so lautete der Appell Franz Münteferings an die Teilnehmer der Konferenz „SeniorInnen gegen „rechts“?“ des FES-Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“. Es gelte die Potenziale älterer Menschen auch bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus zu nutzen. Die Veranstaltung beschäftigte sich mit antidemokratischen Einstellungen älterer Menschen und den Folgen für die politische Bildungsarbeit. Deswegen brauche man gerade die Vernünftigen jeder Generation, um den Leitgedanken einer Gleichwertigkeit aller Menschen in der Welt zu pflegen, so Müntefering.

Über 250 Schüler/innen aller Schulformen und verschiedener Jahrgangsstufen besuchten im Juli die Ausstellung. Für die Lehrer gab es Ratschläge, wie sie eine rechte Gesinnung ihrer Schüler erkennen und darauf reagieren können. Eine Diskussion mit einem Aussteiger aus der rechtsextremen Szene ermöglichte einen authentischen Einblick, welche Anziehungskraft die Szene ausübt, aber auch, wie schwer der Ausstieg hierbei ist und welche große Unterstützung Aussteigerprogramme leisten.

Kurz notiert

INS NETZ GEGANGEN

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN IN DER DIGITALEN WELT

Nein, neu sei das Phänomen „Rechtsextremismus im Internet“ nicht, sagte Andreas Speit, der sich als Journalist auf die rechtsextreme Szene spezialisiert hat. „Aber das rassistische Gedankengut wird jetzt von Menschen vertrieben, die mit Computern aufgewachsen sind, sich mit dem Internet auskennen und souverän mit ihm umgehen.“

Was man gegen die Verbreitung rassistischer Parolen über das World Wide Web machen kann, diskutierten engagierte Teilnehmer und Experten aus Deutschland, der Ukraine und Schweden am 30. Mai im Rahmen der Konferenz „Virtuelle Vernetzung des Rechtsextremismus – Was tun?“ auf Einladung des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Es wurde dargestellt, dass Rechtsextreme oft Kommentare in Foren und Chats abgeben und damit Diskussionen stören, die eigentlich nicht rechtsextreme Themen zum Gegenstand haben. Auf rechtsextreme Kommentare, Beleidigungen und

entsprechende Videos sollte unbedingt reagiert werden: Auf dem eigenen Profil, in Kommentaren und Gästebüchern Stellung zu beziehen hat enorme Außenwirkung.

VIDEOCHAT

Ein neuartiges Veranstaltungsformat erprobte das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“. Vorgestellt wurde der neue Sammelband „Europa auf dem „rechten“ Weg?“ in einem Gespräch mit der Herausgeberin Britta Schellenberg und dem Fachjournalisten Andreas Speit. Der große Konferenzsaal der FES in Berlin blieb jedoch leer, obwohl an der Präsentation 178 Personen teilnahmen. Sie saßen zu Hause am Bildschirm, verfolgten das Gespräch und stellten über die Chatfunktion ihre Fragen. Der einstündige Videochat unter:

www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

POLITIK VON UNTEN NACH OBEN

„KOMMUNALAKADEMIE KOMPAKT“

„Kommunalpolitik braucht ein Gesicht! Dieses Gesicht sind die engagierten Frauen und Männer in den politischen Gremien in den Städten und Gemeinden!“ Mit diesen Worten unterstrich Mike Groschek, MdB und Generalsekretär der SPD in Nordrhein-Westfalen, die Bedeutung der Kommunalpolitik. Zum Abschluss der neuen Seminarreihe „KommunalAkademie kompakt“ war Groschek Gast der KommunalAkademie NRW und machte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Mut: „In Zukunft wird Politik noch mehr als bisher von unten nach oben gestaltet.“ Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, reicht Engagement allein nicht aus, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker brauchen umfangreiches Wissen und gutes Handwerkszeug. Um dieses weiterzuentwickeln, waren die Teilnehmer aus ganz NRW an vier Wochenenden zur neuen Seminarreihe der KommunalAkademie NRW nach Gelsenkirchen gekommen.

Politik in der Kommune lebt von der Kommunikation. Diesen Grundsatz auf die eigene Arbeit anzuwenden, war ein Thema der „KommunalAkademie kompakt“. Vom griffig formulierten

Presseartikel bis zur stressigen Pressekonferenz – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich erproben. Das Fazit fiel einstimmig aus: „Das darf bei uns vor Ort noch besser werden!“

RETTET DIE WAHLEN!

Jugendliche ab 16 Jahren können in Berlin auf kommunaler- und Bezirksebene wählen. Wen oder was wählt man da? Welche Aufgaben haben die Bezirksverordnetenversammlungen und welche das Abgeordnetenhaus? Warum ist es eigentlich wichtig, das Wahlrecht zu nutzen? Was sagen die Parteien zu den Themen Jugend und Bildung? „Rettet die Wahlen“ hieß der Workshop in dem diese Fragen mit Berliner Jugendlichen erörtert wurden. Das Forum Politik und Gesellschaft geht mit diesem Angebot direkt an die Berliner Schulen. Die Nachfrage ist enorm, so dass zehn Teamer/innen im Dauereinsatz sind. Am Ende des Workshops werden Wahlaufrufe für Radio oder Fernsehen konzipiert, eine Facebookgruppe gegründet, ein Plakat oder Flyer entsteht und unter Mitschülern und Freunden verbreitet.

Auslandsbüros
stellen sich vor

ANKNÜPFEN AN LANGE TRADITIONEN

DAS FES-BÜRO IN TOKIO

Ein halbes Jahr nach den tragischen Ereignissen des 11. März 2011 – Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe – hat sich die Lage in der japanischen Hauptstadt Tokio beruhigt. Normalität ist jedoch noch nicht eingeleitet, gerade auch was die politische Situation betrifft. Trotz des nur langsam voranschreitenden Wiederaufbaus ist die Regierungspartei, die Demokratische Partei Japans (DPJ), zerstritten und die oppositionelle Liberaldemokratische Partei (LDP) behindert die politische Arbeit der Regierung.



Der Leiter des FES-Büros in Tokio Sven Saaler mit seiner Mitarbeiterin Saki Takeuchi

Diese Umstände schlagen sich auch in der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Japan nieder: Bis März organisierte die FES in Kooperation mit Partnern in Japan und Deutschland Veranstaltungen im Rahmen des 150-jährigen Jubiläums der japanisch-deutschen Beziehungen, zu dessen Auftakt Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse nach Japan gereist war. Die Impulse, die von den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit der Katastrophe ausgehen, hat

die FES in ihrer Arbeit zügig aufgegriffen. Das Interesse an deutsch-japanischem Erfahrungsaustausch, insbesondere in Energiefragen, ist sprunghaft angestiegen. So reiste wenige Wochen nach der Katastrophe Professorin Miranda Schreurs, FU Berlin, Mitglied der Ethikkommission für sichere Energieversorgung, auf Einladung der FES nach Japan und diskutierte mit japanischen Parlamentariern und Experten über den deutschen Atomausstieg. Hier machte es sich bezahlt, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung in Japan

bereits seit mehreren Jahren die Arbeitslinie Energie- und Klimapolitik verfolgt und über ein breites Netzwerk verfügt.

Gegründet 1969, steht das FES-Büro in Tokio mit seiner Arbeit in einer langen Tradition japanisch-deutschen Wissenschaftstransfers sowie politischen und gesellschaftlichen Austausches. Nach Beginn der Modernisierung Japans, Ende des 19. Jahrhunderts, hatte Deutschland lange eine Vorbildfunktion in Bereichen wie Recht, Militärwesen und Medizin. Junge

Japaner gingen zum Studium nach Deutschland und die japanische Regierung stellte deutsche Berater ein. Auch wenn in der Regel festzustellen ist, dass das Interesse Japans an Deutschland immer etwas größer war als umgekehrt, ist die enge Verbindung der beiden Staaten ausgezeichnet. Beide Länder sehen sich derzeit gleichermaßen mit einem starken Geburtenrückgang und einem bevorstehenden demographischen Wandel konfrontiert. Daraus ergeben sich zahlreiche Felder für deutsch-japanischen Erfahrungsaustausch. Hier knüpft die Arbeit der FES an, die eine Plattform für den Dialog zwischen Politikern und Experten schafft.

Daneben ist die Außen- und Sicherheitspolitik ein zentraler Themenkomplex der FES-Arbeit in Japan. Immer wieder kommt es zwischen den ostasiatischen Staaten zu Spannungen, wozu unter anderem eine Reihe von Gebietsstreitigkeiten beitragen. In enger Zusammenarbeit mit den FES-Büros in der Region wird ein Austausch über Perspektiven regionaler Integration gefördert. Ein Schwerpunkt liegt dabei im Bereich der Vergangenheitsbewältigung, bei der sich Japan und seine Nachbarn bisher nur in sehr kleinen Schritten vorwärtsbewegen.

Kurz notiert

PARTEIENDIALOG IN VIETNAM

Die politische und wirtschaftliche Öffnung Vietnams sowie der Wechsel hin zu einem aktiveren Multilateralismus machen die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) zu einem interessanten Partner für die deutsche Sozialdemokratie. Auf Einladung der KPV und unter Vermittlung der FES reiste die Vorsitzende des Gesprächskreises Asien der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Edelgard Bulmahn, nach Vietnam, um einen regelmäßigen Parteiendialog zu verabreden. Themen, die behandelt werden sollen, sind eine ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschaftspolitik sowie Fragen der regionalen Zusammenarbeit und Sicherheitspolitik.

WIRTSCHAFT, ARBEIT, SOZIALES MITWIRKEN

GEMEINSAME VERANTWORTUNG, GEMEINSAME LÖSUNG

Drei
Publikationen

VORSCHLÄGE FÜR WIRTSCHAFTSPOLITISCHE IMPULSE UND EUROBONDS

Ein Ende der Krise der Eurozone ist nicht in Sicht. Die Staatengemeinschaft hangelt sich mit jedem EU-Gipfel von einem Rettungspaket zum nächsten, ohne wirklich auf die Krisenursachen einzugehen. Deutschland gilt inzwischen zwar als Vorbild für andere Eurostaaten, seine Mitverantwortung an der hohen Auslandsverschuldung der Krisenstaaten Griechenland, Irland, Portugal und Spanien wird dagegen nur selten thematisiert. Aus dem Blickfeld ist geraten, dass die Defizite in der Leistungsbilanz der einen, die Leistungsbilanzüberschüsse der anderen sind.

Die Gläubiger-Banken, und insbesondere deutsche Kreditinstitute mit Forderungen in Höhe von über 370 Milliarden Euro in den Krisenländern (siehe Tabelle), werden durch das Krisenmanagement gerettet. Dagegen wird den Staaten durch die verordneten Konsolidierungsprogramme das ökonomische Rückgrat gebrochen. Notwendig ist stattdessen ein entschiedener Schritt hin zu einer symmetrischen Anpassungsstrategie, die auch Überschussländer wie Deutschland in die Pflicht nimmt, ihre auf unterdurchschnittlichen Lohnstückkosten

beruhenden Wettbewerbsvorteile zu korrigieren. Da kein Land sich aus der Krise „heraussparen“ kann, sind Investitionsimpulse für einen nachhaltigen Wachstumspfad dringend vonnöten. Zur Ermöglichung einer nachhaltigen Refinanzierung können Eurobonds als gemeinsam von den Mitgliedstaaten garantierte und zu einem einheitlichen Zinssatz emittierte Anleihe ein geeignetes Instrument darstellen. In einer Sitzung des Arbeitskreises Europa der FES erläuterte der Erfinder des sogenannten Blue Bond-Konzepts und Leiter der Grundsatzabteilung im

Ausländische Forderungen an Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, nach Nationalität der Banken, Ende des 4. Quartals 2010; in Mrd. US-Dollar (ohne sonstige Forderung aus Derivaten etc.)

	DE	ES	FR	IT	GB	US
Griechenl.	34,0	0,9	56,7	4,0	14,1	7,0
Irland	118,0	10,0	29,6	13,5	135,2	50,1
Portugal	36,4	84,6	26,9	4,1	24,4	5,2
Spanien	181,9	0,0	140,6	30,0	107,2	47,2
Summe	370,3	95,5	253,8	51,6	280,9	109,5

DE = Deutschland, ES = Spanien, FR = Frankreich, IT = Italien, GB = Vereinigtes Königreich, US = USA

Quelle: Vorl. Daten der konsolidierten Bankgeschäftsstatistik der BIZ, 11.04.11

Thüringischen Wirtschaftsministerium, Jakob von Weizsäcker, dass eine Begrenzung der Verschuldung in Eurobonds bis zu einer Höhe von maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zur Förderung der budgetären Disziplin sinnvoll wäre. Darüber hinaus würden Red Bonds in rein nationaler Verantwortung des jeweiligen Eurostaates ausgegeben. Die Einführung einer Gemeinschaftsanleihe wird unausweichlich bei jeder Form von Umschuldung. Nur eine gemeinsame Kraftanstrengung ermöglicht die Überwindung der Krise, so von Weizsäcker.

ZUM THEMA

- *Delpla, Jacques & von Weizsäcker, Jakob: Eurobonds. Das Blue Bond-Konzept und seine Implikationen, Internationale Politikanalyse, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08209.pdf>*
- *Lenz, Rainer: Die Krise in der Eurozone: Finanzmanagement ohne Finanzpolitik, Internationale Politikanalyse <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08168.pdf>*
- *Hacker, Björn: MS Europa steuern oder Schiffchen versenken? Der deutsche Krisenkurs birgt ökonomischen und politischen Sprengstoff für die EU, Internationale Politikanalyse <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08198.pdf>*

Diskussion

VOM CASINO-KAPITALISMUS ZUR FINANZMARKTSTEUER

ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER FINANZMÄRKTE

„Die Besteuerung der Finanzmärkte ist notwendig, um die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu bewältigen und um auch die Verursacher dran zu beteiligen“, machte Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, bei einer Veranstaltung der Abteilung Gesellschaftspolitische Information der FES in Düsseldorf deutlich.

In eine ähnliche Richtung zielte auch die Aussage von Udo Bullmann, MdEP und finanzpolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament: „Eine Steuer auf sämtliche Finanzgeschäfte ist ein sinnvolles Instrument, um das Ausmaß der Finanzspekulationen zu begrenzen. Eine geringe Steuer von

0,05% auf jedes Finanzgeschäft würde weltweit zu Einnahmen von rund 500 Milliarden Euro führen. Allein in der EU würden die Staaten fast 200 Milliarden einnehmen.“

Auch Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und Mitglied im Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung sprach sich für eine Finanztransaktionsteuer aus. Großbritannien würde eine ähnliche Steuer seit dem Jahr 1694 erheben. „Diese Gelder könnten beispielsweise für Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie klimafreundliche Technologien investiert werden“, ergänzte Wolfram Kuschke, MdL und Landesvorsitzender der Europa Union NRW.

Analyse

KRISENGEPLAGTES GRIECHENLAND

DIE SOZIALEN UND POLITISCHEN AUSWIRKUNGEN EINES BEISPIELLOSEN SPARPROGRAMMS

Die griechische Regierung unternahm im vergangenen Jahr beträchtliche Anstrengungen um ihren Staatshaushalt zu sanieren. Die wesentlichen Komponenten des Sanierungspakets umfassen die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und die Erhöhung der staatlichen Einnahmen durch eine Anhebung der indirekten Besteuerung. Was oft zu wenig beachtet wird, sind

die Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf die griechische Bevölkerung.

Besonders markant ist dabei der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Seit 2010 haben 230.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Im Juni 2011 lag die offizielle Arbeitslosenquote bei 16,2 Prozent. Gewerkschaften gehen jedoch von einer realen Quote von etwa 20 Prozent aus. Besonders

dramatisch stellt sich der Arbeitsmarkt für junge Menschen dar: 42,5 Prozent der 15- bis 24-Jährigen waren im Juni 2011 ohne Arbeit. Dies bedeutet nicht nur die Prekarisierung für viele Heranwachsende, sondern birgt auch die Gefahr eines „brain drains“ aufgrund der Auswanderung vieler junger und ambitionierter Griechen. Durch die hohe Arbeitslosigkeit gerät auch das griechische Sozialsystem unter Druck. Aufgrund fehlender Beitragszahlungen sowie zahlreicher Lohnkürzungen entstehen im griechischen Sozialsystem große Defizite. Trotz der dramatischen Auswirkungen des Sparkurses reagiert die griechische Bevölkerung bisher erstaunlich reif auf die Krisensituation. In weitgehend friedlichen Demonstrationen protestieren die sogenannten „empörten Bürger“ gegen das Spardiktat von EU und IWF. Dennoch findet eine allgemein spürbare Abkehr vom politischen System statt, weil viele Bürgerinnen und Bürger vom Kurs der Regierung enttäuscht sind.

Die Regierung von Georgios Papandreou muss sich daher drei bislang vernachlässigten Aspekten widmen: Erstens muss die Regierung bei der Steuerpolitik auf eine gerechte Lastenteilung achten und besonders die Profiteure des alten Systems zur Kasse bitten. Zweitens muss der ineffiziente öffentliche Sektor reformiert werden. Drittens gilt es die europäischen Versprechen bezüglich eines Investitionsprogramms in Griechenland zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen, um besonders den jungen Griechinnen und Griechen wieder eine Perspektive im eigenen Land zu bieten.

DIE ANALYSE

Nick Malkoutzis:

Griechenland – ein Jahr in der Krise.

Analyse der sozialen und politischen Auswirkungen eines beispiellosen Sparprogramms

Internationale Politikanalyse

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08226.pdf>

ZUM KÜNFTIGEN BUDGET DER EU

Interview

FRAGEN AN JUTTA HAUG, MDEP

Jutta Haug, MdEP, Vorsitzende des Sonderausschusses zu den politischen Prioritäten nach 2013 und 1. Stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments.

Die Europäische Kommission enttäuschte die Erwartungen bezüglich ihres Vorschlags zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020. Warum?

Die Kommission schlägt in ihrer Mitteilung „Ein Haushalt für Europa 2020“ ein Ausgabenvolumen für 2014-2020 von 1025 Milliarden Euro vor, was einem Anteil am Bruttonationaleinkommen der EU von 1,06 Prozent entspricht. Nach Ansicht des Europäischen Parlaments wird die vorgeschlagene Höhe an Finanzmitteln jedoch nicht ausreichen, um die Ziele der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ wirksam umzusetzen, und damit Zukunftsimpulse zu setzen.



Was zeichnet Ihrer Meinung nach die Position des Parlaments im Vergleich zu dem der Kommission besonders aus?

Der Vorschlag der Kommission ist wenig realistisch, wenn zum Beispiel die steigenden globalen Herausforderungen mit weniger finanziellen Mitteln ausgestattet werden sollen als bisher. Das Parlament hingegen benennt und berücksichtigt die wachsenden Herausforderungen in Nordafrika oder in der Unterstützung zur Bekämpfung des Klimawandels in Entwicklungsländern. Und auch hinsichtlich der Einnahmenseite ist der Kommissionsvorschlag wenig überzeugend. Das Parlament will hin zu einem Haushalt, der sich vollständig aus Eigenmitteln speist – so wie es im Lissabon-Vertrag beschrieben ist – und das alles ohne Rabatte, Ausnahmen und Sonderregelungen für einzelne Mitgliedsländer.

ZUM THEMA

Jutta Haug:

Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014-2020.

Eine Bewertung des Vorschlags der Europäischen Kommission, Internationale Politikanalyse

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08281.pdf>

DER AUSSTIEG IST MACHBAR

ENERGIEPOLITISCHE SZENARIEN FÜR DEN ATOMAUSSTIEG

Der Atomausstieg erhöht den CO₂-Ausstoß, treibt die Strompreise für Industrie und Privatverbraucher in die Höhe, ganz zu schweigen von den Blackouts, die den industriellen Kernregionen drohen – diesen Argumenten der Atombefürworter setzten Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft auf der FES-Veranstaltung

Klimaschutzziele können eingehalten werden und Energiepreise bleiben nahezu stabil. Die verantwortlichen Wissenschaftler Ottmar Edenhofer und Thomas Bruckner berechneten etwa, dass ein Atomausstieg bis 2020 für den privaten Verbraucher eine „zwar sichtbare, jedoch moderate Belastung“ von ca. 90 Cent im Monat bedeu-

te – bei einem Ausstieg im Jahr 2015 steige die Stromrechnung um 2 Euro.

Außerdem sei es zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit erforderlich, neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch neue fossile Kraftwerke zu bauen bzw. ältere Anlagen län-



Meinungsaustausch auch am Rande der Veranstaltung: Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel im Gespräch mit Astrid Klug, Bundesgeschäftsführerin der SPD und Dr. Roland Schmidt, Geschäftsführer der FES (Foto: Bollhorst)

„Sozialgerecht und wettbewerbsfähig auch nach der Energiewende?“ eine differenziertere Einschätzung entgegen.

Als Grundlage diente die Studie „Einstieg in den Ausstieg: Energiepolitische Szenarien für einen Atomausstieg in Deutschland“, die im Auftrag der FES vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung und der Universität Leipzig erstellt wurde. Ihr Ergebnis: Der Ausstieg ist machbar,

ger als ursprünglich geplant am Netz zu lassen. Der zu erwartende Anstieg der CO₂-Emissionen sei jedoch durch den europäischen Emissionshandel begrenzt, sodass neben der Versorgungssicherheit auch eine langfristige Umweltverträglichkeit gewährleistet sei.

„Die wichtige Schlussfolgerung ist, dass wir (...) kein ökonomisches Problem vor uns haben, sondern ein politisches Problem, in welchem Ausmaß es gelingt, Energieeffizienz zu steigern, in Kraftwärmekopplung zu investieren und die Erneuerbaren Energieträger auszubauen.“ Diese Einschätzung der Wissenschaftler teilte auch Sigmar Gabriel, der den Konsens in der Energiepolitik mit den richtigen Rahmenbedingungen verbunden wissen will. „Sorgfalt vor Schnelligkeit!“ forderte er deswegen alle Verantwortlichen auf.

Entscheidend ist für Gabriel außerdem die Entwicklung der erneuerbaren Energien in Europa: „Warum fangen wir nicht an, über Andalusien zu reden? Über Griechenland? Über die Kontakte mit der Türkei? Das sind Potenziale für neues Wachstum und Arbeit in Europa“. Eine koordinierte europäische Klima- und Energiepolitik wird ebenso von der Studie unterstützt: „Eine mittel- und langfristige nationale Klima- und Energiepolitik muss eingebettet werden in eine koordinierte europäische Klima- und Energiepolitik“, so der Klimawissenschaftler Edenhofer.

Kurz notiert

ENGES ZEITFENSTER

Dringlichkeit und Lösungswege einer europäischen Energiewende standen im Mittelpunkt eines dreitägigen Dialogprogramms der FES Brüssel mit energiepolitischen Multiplikatoren verschiedener Bundesländer. Angesichts der sich abzeichnenden gravierenden Auswirkungen von Klimaveränderungen auf Natur und Gesellschaft bleibt nur ein begrenztes Zeitfenster für radikale, globale Veränderungen. Europa, so wurde immer wieder in den Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener EU-Institutionen deutlich, müsse hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. Angesichts der Größe der Herausforderung, gelte es die bisherigen Lebens-, Konsum-, Produktions- und Mobilitätsmuster unserer Gesellschaft umzukrempeln. Mehr denn je gilt es die Bürgerinnen und Bürger dabei mit einzubeziehen.

VOM BLAUEN HIMMEL ZUM BLAUEN PLANETEN

50 JAHRE NACH DER REDE WILLY BRANDTS IN DER ZECHEN ZOLLVEREIN

Selten ist eine Vision so erfolgreich umgesetzt worden: „Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden!“ So energisch Willy Brandt im Bundeswahlkampf 1961 für reine Luft, reines Wasser und weniger Lärm eintrat und damit den Beginn der Umweltpolitik in der Bundesrepublik einläutete, so selbstverständlich sind heute Umweltstandards, die vor Dunstglocken

und biologisch toten Flüssen schützen. Dabei wird oft vergessen, dass zwischen Brandts Bestürzung über die Vernachlässigung der „Gesundheit von Millionen Menschen“ und dem heute tatsächlich blauen Himmel ein langer Weg lag. Heute sind Visionen gefragt, die eine globale Perspektive eröffnen: Vom blauen Himmel über der Ruhr zum blauen Planeten. Deshalb hatte die FES in der Essener Zeche Zollverein Entscheidungsträger zusammengebracht, um über die Lehren aus der Vision Brandts zu diskutieren.

Die heutigen Produktionsstrukturen stehen vor einem notwendigen ökologischen Strukturwandel, unterstrich Hannelore Kraft. Allerdings, so die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, sei die grüne Landschaft nicht aufgrund des Ausstiegs aus der Industriegesellschaft zurückgekehrt. Denn die Probleme durch die Industriegesellschaft ließen sich nur mit Instrumenten der Industriegesellschaft lösen. Zur Steigerung der Akzeptanz lautet die Strategie der Ministerpräsidentin: „Aus Betroffenen Beteiligte machen!“ Dem schloss sich der Bezirksleiter der IG BCE Nordrhein, Reiner Hoffmann, an. Die Gewerkschaften hätten den bisherigen Strukturwandel entscheidend mitgestaltet und hielten konsequent am Ziel der erneuerbaren Energien fest. Der Ausstieg aus der Kernenergie bedeute jedoch nicht, dass mittelfristig auch auf Kohle und Gas verzichtet werden könne.

„Die Hoffnung auf eine mittel- oder langfristige Perspektive für die Kohle ist fatal!“, setzte Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie, dem entgegen. Sein Plädoyer für die sofortige Energiewende war aber von Pessimismus begleitet: „Kopenhagen hat gezeigt, wie unendlich weit weg wir vom blauen Planeten sind.“

Als Vertreter der Industrie gab der Vorstandsvorsitzende der Evonik Industries AG, Klaus Engel zu bedenken, dass den nachfolgenden Generationen eine intakte ökologische, soziale und ökonomische Welt übergeben werden müsse, dies habe aber seinen Preis. Wohlstand sei mit Ressourcenverbrauch verbunden. Es gelte zu entscheiden: „Welche Einschränkung wollen wir in Kauf nehmen?“

Als Vertreter der Industrie gab der Vorstandsvorsitzende der Evonik Industries AG, Klaus Engel zu bedenken, dass den nachfolgenden Generationen eine intakte ökologische, soziale und ökonomische Welt übergeben werden müsse, dies habe aber seinen Preis. Wohlstand sei mit Ressourcenverbrauch verbunden. Es gelte zu entscheiden: „Welche Einschränkung wollen wir in Kauf nehmen?“



Gemeinsam auf der Suche nach neuen Visionen: Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit Vertretern von Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft (Foto: Wieler)

rationen eine intakte ökologische, soziale und ökonomische Welt übergeben werden müsse, dies habe aber seinen Preis. Wohlstand sei mit Ressourcenverbrauch verbunden. Es gelte zu entscheiden: „Welche Einschränkung wollen wir in Kauf nehmen?“

OHNE BÜRGERBETEILIGUNG KEINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Gute Wirtschaftsperspektiven aufgrund einer substantiellen industriellen Basis und durch eine hervorragende Infrastruktur bescheinigte der nordrhein-westfälische Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr, Harry K. Voigtsberger, seinem Bundesland.

Rund 50 Mitglieder des regionalen Managerkreises der FES in NRW waren am Abend des 11. Mai in die Stadtwerke Düsseldorf gekommen, um mit ihm über nachhaltiges Wirtschaften zu diskutieren. Allerdings sei es heute mehr denn je notwendig, für neue und größere Industrieprojekte, die für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung unverzichtbar seien, Akzeptanz bei den Bürgern zu suchen und diese schon im Vorfeld durch ein fundiertes Dialogangebot in Planungsprozesse mit einzubeziehen, so der Minister. Wichtig seien Transparenz und die klare Offenlegung von Problemen.

Kurz notiert

Vortrag

REVOLUTION ODER LUFTNUMMER?

DIE AKTUELLE ENERGIEPOLITIK IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Obwohl die technischen Voraussetzungen für eine nachhaltige Energiewende in Deutschland bereits zu großen Teilen bestehen, kann diese



Beschrieb den Weg zur vollständigen Energiewende: Der Vorsitzende der Deutschen Energieagentur Stephan Kohler
(Foto: Waldek)

nur gelingen, wenn Bevölkerung und Wirtschaft dabei mitspielen, argumentierte Stephan Kohler bei einer Veranstaltung der FES am 18. Mai in Leipzig. Der Vorsitzende der Deutschen Energieagentur (DENA) analysierte die energiepoli-

tische Situation in Deutschland und Europa und beschrieb dabei den Weg vom Atomausstieg, über die weitere Relevanz von Kohlekraftwerken, bis hin zur vollständigen Energiewende. Um stetiges Wirtschaftswachstum mit weniger Energie zu meistern, sei Energieeffizienz der Schlüssel.

Das Energiekonzept der Bundesregierung plane bis 2050 einen „nahezu klimaneutralen“ Gebäudebestand, wozu der Wärme- und Primärenergiebedarf von Häusern dramatisch gesenkt werden müsse. „Die Bundesregierung darf nicht nur Ziele festlegen, sondern muss gleichzeitig auch Instrumente zu deren Durchsetzung bereitstellen“, kritisierte der DENA Chef. Da erneuerbare Energien auf externe Faktoren, wie Wind oder Sonne angewiesen seien, müssten dringend effektivere Speichersysteme entwickelt werden, um komplett ohne Atom- und Fossile Energie auszukommen.

Projektvorstellung

ENERGIE AUS DER WÜSTE

MANAGERKREIS ZU NEUEN ENERGIETECHNOLOGIEN

Ein bisher einzigartiges „Wüstenprojekt“ wurde der Regionalgruppe Rhein-Main des Managerkreises der FES in einem der neu eröffneten Zwillingstürmen der Deutschen Bank in Frankfurt präsentiert: „Mit dem Desertec-Konzept wird eine sichere, klimafreundliche und nachhaltige Energieversorgung aus den Wüsten Nordafrikas und des Nahen Ostens angestrebt“, sagte Dr. Thomas Rüschen, Global Head Key Account Management bei der DWS Investment GmbH, einer Tochter der Deutschen Bank. Langfristig sollen Sonne und Wind bis 2050 nicht nur den Eigenbedarf dieser Regionen decken, sondern auch 15 % des europäischen Verbrauchs.

Die Realisierung dieses Mega-Projekts könnte rund 400 Milliarden Euro kosten. Das Wüstenprojekt zählt für die Deutsche Bank zu einem maßgeblichen Element ihrer globalen Klimaschutzpolitik. Die Deutsche Bank gehört zu den Gründungsmitgliedern der Industrieinitiative für die Umsetzung des Desertec Konzepts.

Ob das ambitionierte Projekt Wirklichkeit werde, hänge letztlich vom politischen Willen aller Beteiligten ab. Ein wichtiges Ziel sei es deshalb, regulatorische und politische Rahmenbedin-

gungen zu schaffen. Erfolge auf dem Weg dorthin sind sichtbar: Die Bundesregierung hat der privaten Initiative jüngst ihre Unterstützung zugesagt. Positive Signale für Solarprojekte in Nordafrika gibt es auch von der Weltbank.

Der stellvertretende Vorsitzende des Managerkreises Rhein-Main, Dr. Carlo Velten, stellte bei dem Treffen auch das Thesenpapier „Nachhaltiges Wachstum finanzieren: Strategien und Finanzierungsinstrumente für eine Green Economy“ vor, das zuvor im Managerkreis veröffentlicht worden war. Danach hat Deutschland die Chance, in der Umwelttechnologie und durch eine gesamtwirtschaftliche Ressourcen- und Energieeffizienz neues, nachhaltiges Wachstum zu fördern. Auf dem Weg zu einer „Green Economy“ sei auch die Einbindung der Finanz- und Kapitalmärkte entscheidend. „Denn leider ist Deutschland derzeit Schlusslicht in Europa was die Finanzierung von Greentech-Unternehmen mit privatem Kapital angeht“, so Velten.

DAS THESENPAPIER

<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/07678.pdf>

UNGENUTZTES POTENZIAL

ERNEUERBARE ENERGIEN IN DER UKRAINE

Fragen der Energiesicherheit und Gaslieferungen aus Russland spielten in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine in der Vergangenheit eine große Rolle, während der Nutzung erneuerbarer Energien weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das große Potenzial auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wird in der Ukraine nur in geringem Maße genutzt. Im Rahmen der Verhandlungen zum Assoziations-Abkommen kann die EU nun Einfluss auf die energiepolitischen Entwick-

lungen des Landes nehmen. Im Verlauf eines Dialogprogramms auf Einladung des Europabüros der FES, konnten fünf ukrainische Vertreter der Zivilgesellschaft und Experten zahlreiche Hintergrundgespräche in europäischen Institutionen und mit Brüsseler Energieexperten führen. Dabei wurde deutlich, dass die bisherige Gesetzeslage in der Ukraine die Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien nur unzureichend unterstützt.

KEIN LUXUSGUT FÜR REICHE STAATEN

GRÜNE WIRTSCHAFT ALS ENTWICKLUNGSSTRATEGIE

Selbst in den weltweit 48 ärmsten Staaten kann und sollte auf grünes Wirtschaften gesetzt werden. Dies war das Kernergebnis einer Veranstaltung der FES Genf und der indischen Organisation CUTS während des diesjährigen Public Symposiums der UNCTAD.

Der steigende Energiehunger der Least Developed Countries (LDCs) müsse stärker durch erneuerbare Energien gestillt werden, so Charles Gore von der LDC-Abteilung in der UNCTAD. Auch sei eine grüne Revolution in der Landwirtschaft sowie Initiativen für grüne Megastädte dringend

erforderlich, um endlich alternative Entwicklungsstrategien zu verwirklichen. Ob Garnelenzucht oder solar betriebenes Bildungszentrum, der Aufbau stabiler Wirtschaftsstrukturen und Umweltpolitik vertragen sich bestens, wie Gerhard Schories von der ttz Bremerhaven anhand von zwei Projekten in Bangladesch aufzeigte. Wichtig sei eine intensive Schulung der Menschen vor Ort, damit Projekte auch nach Ablauf der offiziellen Laufzeit in Eigenverantwortung in den Ländern fortbestehen können.

SKEPSIS GEGENÜBER ÖKOLOGISCHER INDUSTRIEPOLITIK

DEUTSCH-LATEINAMERIKANISCHER DIALOG ÜBER GRÜNE WIRTSCHAFT

Zwar steht sowohl in Europa als auch in Lateinamerika die Diskussion um ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell auf der Tagesordnung, jedoch verläuft sie auf sehr unterschiedlichem Niveau. Während in Deutschland die ökologische Industriepolitik fester Bestandteil der Sozialdemokratie ist, stehen linke Kräfte in Lateinamerika dem Konzept bisher eher skeptisch gegenüber. Zu groß ist die Furcht, von Industrieländern durch Umweltauflagen und Technikabhängigkeit an einer eigenständigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gehindert zu werden.

Bei einem zweitägigen Seminar der FES in München zum Thema „Grüne Wirtschaft“ tauschten deutsche und lateinamerikanische Nachwuchspolitiker mit Vertretern aus Politik, Gewerkschaften

und Wirtschaft ihre Positionen aus. Immer wieder wurde angemahnt, sich nicht nur auf ein „Greening“ der Wirtschaft zu konzentrieren, sondern auch entwicklungspolitische Ansätze in die Diskussion mit einzubeziehen. Besonders in Hinblick auf den Rio+20-Gipfel 2012 ging aus der Diskussion auch klar hervor, dass internationale Abkommen nur Hand in Hand mit nationalen Initiativen erfolgreich sein können. Die Nachwuchspolitiker erarbeiteten abschließend Szenarien für ein sozialdemokratisches Produktions- und Entwicklungsmodell der Zukunft. Die Hauptforderungen lauteten dabei, dass menschenwürdige Arbeit, ökologisch nachhaltige Wirtschaftspolitik und soziale Gerechtigkeit die wichtigsten Ziele sein müssen.

UNERFÜLLTE VERHEISSUNG

SOZIALE GERECHTIGKEIT IN LATEINAMERIKA

Hat in Lateinamerika, dem Kontinent mit dem größten Ausmaß sozialer Ungleichheit, die „Stunde der sozialen Gleichheit“ geschlagen, wie die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika meint? Dieser These widmete sich eine von der FES am 16. und 17. Mai in Mexiko-Stadt ausgerichtete internationale Konferenz.

Gleich zu Anfang unterstrich Cuauthemoc Cardenas, moralische Autorität der mexikanischen Linken, dass soziale Gerechtigkeit eine unerfüllte Verheißung für die Menschen in Lateinamerika bleibe. Seine Parteigefährtin Amalia Garcia und der chilenischen Sozialist Gonzalo Martner sprachen von sozialer Gerechtigkeit als einem „Prinzip der Hoffnung“.

Cristina Bayon, Sozialwissenschaftlerin aus Mexiko, verwies auf die Tendenz, dass die gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber sozialer Ungleichheit zugenommen habe. Ungleichheit gelte heute als

„institutioneller“ Bestandteil der Gesellschaften. Einem Großteil der jungen Generation sei die Möglichkeit versperrt, eine positive Lebensperspektive zu entwickeln, so Fabian Repetto aus Argentinien. Auf die großen Herausforderungen gibt es aber auch politische Antworten.

Gewürdigt wurden die in Lateinamerika seit längerem praktizierten Sozialprogramme und deren armutslindernde Wirkung. Mehr Potenzial, so-ziale Gerechtigkeit herzustellen, wurden aber einer progressiven Steuerpolitik und einer expansiven Lohnpolitik zugeschrieben, wobei letztere Hand in Hand mit einer Umsetzung der Mindestlöhne gehen müsse. Dass hier deutliche Parallelen zu Europa und Deutschland liegen, hob der SPD-Sozialpolitiker Ottmar Schreiner hervor. Soziale Gerechtigkeit bleibe ein Leitmotiv progressiver Politik - in Lateinamerika ebenso wie in Europa.

Erfahrungsaustausch

ARBEITEN, UM ARBEITEN ZU KÖNNEN

EUROPÄISCH-LATEINAMERIKANISCHES GENDER-SEMINAR IN BRÜSSEL

Von dem europäischen Trend eine Frauenquote bis zu 40 Prozent in den Aufsichts- und Verwaltungsräten von Großkonzernen durchzusetzen, und damit den Beispielen insbesondere Norwegens und Schwedens zu folgen, erfuhren Gender-Expertinnen aus den Andenländern und Mexiko bei einem FES-Gender-Seminar in Brüssel.

Zentrales Thema des Seminars war jedoch die Frage der Auswirkungen der Unterbezahlung und fehlender sozialer Absicherung von weiblichen Arbeitskräften. In den Andenländern arbeiten bis zu 70 Prozent der Frauen im informellen Sektor. Durch fehlende staatliche Infrastruktur zur Kinderbetreuung, mangelnde Absicherung und die fehlende legale Anerkennung des informellen Sektors (primär häusliche Arbeit) würden bestehende Potenziale nicht genutzt. Den Staaten entgingen so u.a. wichtige Steuereinnahmen, die sie für den Aufbau sozialer Absicherungssysteme nutzen könnten. Wie es die mexikanische Abgeordnete Teresa Inchaustegui bei einem Gespräch mit ihren europäischen Kolleginnen auf den Punkt brachte, ergebe sich stattdessen die paradoxe Situation, dass Frauen arbeiteten, um mit dem verdienten Geld eine Kinderbetreuung zu organisieren, damit sie arbeiten könnten, um die Kinderbetreuung zu finanzieren. Arbeiten, um Arbeiten zu können, an diesem Punkt müssten die Staaten eingreifen, um den Teufelskreis zu durchbrechen und durch staatliche Infrastruktur die Mittel für eine echte Chancengleichheit bereitzustellen, wie sie beispielsweise Artikel 21 der Europäischen Grundrechtecharta vorsieht.

Kurz notiert

MENSCHENRECHTE IN UNTERNEHMEN

Die UN-Richtlinien zur menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen wurden am 16. Juni vom UN-Menschenrechtsrat verabschiedet. Vorgelegt von Sonderberichterstatter John Ruggie als Ergebnis seines sechsjährigen Mandates sind diese Richtlinien jetzt ein international anerkanntes Instrument, das die Vielzahl unternehmensinterner Richtlinien ersetzen oder ergänzen kann. Wenn auch nicht unumstritten, wurde ein einheitlicher internationaler Rahmen geschaffen. Am 4. und 5. Juli diskutierten internationale Experten auf Einladung der FES, dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte und dem Institute on Human Rights and Business über weitere Schritte, um den Richtlinien konkrete Ergebnisse folgen zu lassen.

AUFSCHWUNG FÜR ALLE

ARBEITSMARKTREFORMEN IN URUGUAY

Fast 180 Jahre nach der Staatsgründung wurde mit der Frente Amplio 2005 erstmals ein Mitte-Links-Bündnis in Uruguay in die Regierung gewählt. Die Erwartungen an die neue Regierung waren hoch: Sie sollte das Land aus der schweren Wirtschaftskrise führen, in die Uruguay 2002 im Zuge der Argentinienkrise gestürzt war.

Heute strotzt das Land vor Selbstbewusstsein und Zukunftsoptimismus. Seit 2005 ist das BIP Uruguays im Schnitt um über sechs Prozent jährlich gewachsen (2010: 8,5 Prozent). Am Arbeitsmarkt herrscht mit einer Arbeitslosenquote von etwa sechs Prozent in einigen Branchen bereits Vollbeschäftigung. Die Mittelschicht, einst der größte Verlierer der Krise, trägt mit ihrem Binnenkonsum den Aufschwung: Die Kaufkraft der abhängig Beschäftigten ist real in weniger als fünf Jahren (Mitte 2006 bis Anfang 2011) um 43 Prozent gestiegen. Der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung konnte seit 2005 mehr als halbiert werden, so dass Uruguay heute zu den Ländern mit dem geringsten Armutsrisiko in Lateinamerika zählt.

Wie erklärt sich der rasante Wiederaufstieg Uruguays? Unbestreitbar haben hierzu die hohen Weltmarktpreise für Agrargüter, die Hauptexportprodukte Uruguays, beigetragen. Das traditionell stabile politische System des Landes und die stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Fiskalpolitik haben zahlreiche ausländische Direktinvestoren in das Land gelockt. Einen wichtigen Anteil am Erfolg hat jedoch auch eine Reihe von Struktur reformen, die die Frente Amplio in ihrer ersten Amtszeit umsetzte.

Die weitestreichenden Auswirkungen hatten die Arbeitsmarktreformen: So erließ die Regierung nicht nur mehr als 35 Gesetze, die die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte stärken. Auch wurden mit der Wiederbelebung der sogenannten Lohnräte und der Verabschiedung des Kollektivverhandlungsgesetzes die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gestärkt, so dass sich der wirtschaftliche Boom in hohen Tarifabschlüssen niederschlagen hat.

Ein solch umfassendes Reformwerk bedarf intensiver Debatten und gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Eine wichtige Dialogplattform kann dabei die FES in Uruguay bieten. Seit Übernahme der Regierung durch die Frente Amplio

2005, trifft sich monatlich eine Arbeitsgruppe in der FES, der der Arbeitsminister mit seinem Führungsstab, Abgeordnete der Frente Amplio, Gewerkschafter und Wissenschaftler angehören. Zu Beginn der ersten Amtszeit der Frente Amplio stand die Ausarbeitung des eigentlichen Reformwerks im Vordergrund.

Die Reform der Arbeitsgesetzgebung ist weitgehend abgeschlossen. Im Zentrum der öffentlichen Debatte stehen nun die langfristigen Entwicklungsperspektiven des Landes. Mit den Strukturveränderungen gehen Herausforderungen einher, die die Regierung gemeinsam mit den Sozialpartnern bewältigen muss. Hierzu gehören z. B. Verbesserungen im Bildungswesen oder Investitionen in die Infrastruktur. Die Arbeitsgruppe in der FES, an der nun auch führende Unternehmer teilnehmen möchten, widmet sich diesen strategischen Fragestellungen.

SCHUTZ VON HAUSANGESTELLTEN

Weltweit arbeiten nach Schätzungen 100 Millionen Menschen als Hausangestellte. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat am 16. Juni zum Schutz von Hausangestellten eine Konvention verabschiedet, die Arbeitszeit- und Ferienregelungen sowie Mindestlöhne bestimmt. Eine Podiumsdiskussion der FES mit UN-Menschenrechtsexperten sollte am 7. Juni aufzeigen, wie die von der ILO beschlossenen Mindestprinzipien von „Guter Arbeit“ in diesem Bereich Anwendung finden. Auch Michael Sommer, Vorsitzender des DGB und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Bild) begrüßte die sich abzeichnende Einigung zur Konvention auf einer weiteren Dialogveranstaltung der FES am 9. Juni.



Kurz notiert

MEER DER CHANCEN

NEUE IDEEN FÜR KOOPERATION IM OSTSEERAUM

Die Entwicklung des Ostseeraums seit dem Ende des Kalten Krieges ist eine Erfolgsgeschichte europäischer Integration. Mit der Gründung des Ostseerates und der Osterweiterung der Europäischen Union hat sich der Ostseeraum europäisiert.

Veranstaltung der FES Franz Thönnies, Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz, Kurt Bodewig, Vorstandsvorsitzender des Baltic Sea Forums, Dr. Klaus Jacob, Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik, und Beata Maciejewska,



Abgleich gemeinsamer Interessen: Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Workshops von Ostseeanrainern

Der ungehinderte wirtschaftliche Austausch zwischen den Ostsee-Anrainerstaaten war Voraussetzung für seine Entwicklung zu einer Region mit der größten Wachstumsdynamik innerhalb der EU. Doch diese Region ist auch konfrontiert mit einer steigenden Umweltverschmutzung, schlechten Verkehrsverbindungen, Handelshemmnissen und Problemen bei der Energieversorgung.

Wie also kann der Ostseeraum ökologisch nachhaltig und gleichzeitig wettbewerbsfähig gestaltet werden? Diese Frage diskutierten auf einer

Vorsitzende der Stiftung „Räume des Dialoges“ in Danzig. Unter den Teilnehmern waren auch die Ostseeratsparlamentarier aus den nordischen und baltischen Staaten sowie aus Deutschland und Polen. Kurt Bodewig machte deutlich, dass die Ostseekooperation gute Voraussetzungen biete, um das Konzept der Green Economy anzuwenden.

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kamen die 28 jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland, Dänemark, Estland, Polen und Schweden bei einem weiteren Workshop der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Danziger Universitätsbibliothek.

Besonders wichtig sei, betonte Johannes Wiedemann von der Universität Flensburg, dass die Länder rund um das Meer in Brüssel mit einer Stimme sprechen. Die Teilnehmer des Workshops identifizierten fünf Gebiete gemeinsamer Interessen: Tourismus und Infrastruktur, Zusammenarbeit auf zwischenstaatlicher Ebene und Vertiefung der Beziehung zur EU, Umweltschutz und Energiesicherheit, Kultur und Bildung sowie Arbeitsmarkt, Wachstum und soziale Sicherheit. Großes Potenzial sahen die jungen Erwachsenen auf dem Sektor der erneuerbaren Energie. Hier hätte der von Wind und Wasser geprägte Ostseeraum die Möglichkeit zu einem Vorreiter aufzusteigen und neue Technologien zu entwickeln. Die Voraussetzung sei jedoch eine gemeinsame Energiestrategie und Forschungseinrichtungen.

Kurz notiert

SCHUMAN-PARADE

Bereits zum elften Mal fand in Warschau die Schuman-Parade statt. Namensgeber ist der französische Politiker Robert Schuman, der am 9. Mai 1950 einen Plan für die Neugestaltung Europas vorlegte. Dieser Plan stellt die Grundlage für die heutige Europäische Union dar. In diesem Sinne ist es das erklärte Ziel der Schuman-Parade, die Idee der europäischen Integration zu verbreiten. Die FES leistete dazu einen Beitrag, indem 14 ihrer Stipendiaten aus Deutschland anreisten und an den Festivitäten teilnahmen. „Die Gespräche mit den Besuchern der Parade haben gezeigt, dass der Enthusiasmus für Europa und auch für eine Erweiterung der Europäischen Union in Polen sehr hoch ist. Vermutlich höher als in Deutschland“, resümierte ein Stipendiat im Anschluss.

GROSSE ZIELE DER AUTOMOBIL-INDUSTRIE

SUCHE NACH DER MOBILITÄT VON MORGEN

„Wir müssen alles können, was auf der Welt nachgefragt wird – und das besser als alle anderen!“ Die selbstgesteckten Ziele der deutschen Automobilindustrie sind nicht weniger anspruchsvoll als die Herausforderungen, vor denen sie steht. Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik hat zusammen mit dem BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung am 1. Juni Fachleute in München zusammengebracht, um über die Anforderungen an die Mobilität von Morgen diskutieren.

Maßgebliche Faktoren für ein Umdenken in der Mobilität sind Ressourcenverfügbarkeit und Klimaverträglichkeit, so Susanne Böhler-Baedeker vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Die Fokussierung auf Elektromobilität um die es u.a. in der von ihr verfassten FES-Studie „Zukunft der Automobilindustrie“ geht, solle jedoch nicht den Eindruck erwecken, dass es unbedingt in diese Richtung gehen werde. Mit großer Wahrscheinlichkeit eröffne sich zukünftig ein breiter aufgestelltes Geschäftsfeld in Form von Mobilitätsdienstleistungen.

Ähnlich ergebnisoffen äußerte sich Thomas Becker von der BMW AG. Der Verbraucher werde künftig die Wahl zwischen verschiedenen Konzepten der Automobilität haben, was zu komplexen Aufgaben für die Hersteller führe. Die Forschung sei schon „mittendrin“ in der Entwicklung neuer Technologien, sodass er sich sicher ist: „Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie wird ein Erfolgsmodell!“

Auch der Geschäftsführer der IG Metall München, Horst Lischka, sagte einen längeren Prozess des Wandels voraus. Die IG Metall habe keine Angst vor dem Technologiewandel, solange die Qualifikation der Beschäftigten vorangetrieben werde. Außerdem sei eine vernünftige Entlohnung unumgänglich. „Grüne Mobilität sollten sich nicht nur elitäre grüne Wählerschichten leisten können.“

Die Politik muss Weichen stellen für die Mobilität von Morgen – diese Forderung kommt nach Meinung des Landesvorsitzenden der Bayern-

SPD zu früh. Laut Florian Pronold müsse erst die Forschung und Entwicklung vorangetrieben und beobachtet werden. Anschließend könne man Rahmenbedingungen festlegen. Zuversichtlich zeigte er sich hinsichtlich der Arbeitsplätze: Durch alternative Konzepte der Mobilität entstünden andere, meist qualifiziertere Stellen in Deutschland.



MIT DEM FAHRRAD IN DER GROSSTADT

Die Bedingungen für Radler in Hamburg standen an einem Wochenende im Mai bei der FES auf dem Prüfstand. Detlev Gündel, in der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation zuständig für das Sachgebiet Nichtmotorisierter Verkehr, stellte die Hamburger Radverkehrsstrategie vor, die 2008 von den Parteien der Bürgerschaft, von Verwaltung und Verbänden (ACE, HVV, ADFC, ADAC) erarbeitet worden ist. Wichtige Ziele sind unter anderem die Verdoppelung des Radverkehrsanteils bis 2015, der Ausbau der Velorouten, die Verbesserung der Sicherheit für Radler und die Sanierung benutzungspflichtiger Radwege.

Merja Spott, die Referentin für Verkehr des ADFC Hamburg, leitete eine Radtour durch die Stadt und stellte dabei unterschiedliche „Radwege“ vor. Ihr Credo: „Ab auf die Straße!“, denn das ist sicher, zügig und komfortabel. Die Teilnehmenden entwickelten Forderungskataloge an die Politik rund ums Radfahren in der Großstadt die sie der verkehrspolitischen Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Martina Koeppen, präsentierten.

Kurz notiert

Studie

MEHR STEUEREINNAHMEN DURCH MINDESTLOHN

NEUE PERSPEKTIVE UND WEITERE FAKTEN

Ein gesetzlicher Mindestlohn schützt nicht nur die Menschen vor Ausbeutung, sondern nutzt auch dem Staat. Wenn jeder Arbeitnehmer in Deutschland wenigstens 8,50 Euro die Stunde erhalten würde, hätten Bund, Länder und Ge-

jeweils knapp 2,7 Milliarden mehr an Steuern und Sozialbeiträgen abführen. Und ihr Bedarf an Unterstützung etwa durch Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Wohngeld sänke um 1,7 Milliarden Euro.



*In Berlin vorgestellt:
Die vielbeachtete Studie zu den Auswirkungen eines gesetzlichen Mindestlohns*

meinden sowie Sozialversicherungen über sieben Milliarden Euro pro Jahr mehr in der Kasse. Dies belegt eine Studie, die das Schweizer Forschungs- und Beratungsunternehmen Prognos im Auftrag der FES erstellt hat. Prognos-Ökonom Oliver Ehrentraut stellte die Studie in Berlin vor.

Darin gehe es darum, auch einmal die Chancen eines solchen Instruments herauszustellen und nicht immer nur die Risiken, erläuterte Ehrentraut. Mit 8,50 Euro als Mindestlohn würden die Erwerbseinkommen der privaten Haushalte um etwa 14,5 Milliarden Euro steigen. Entsprechend würden die Arbeitnehmer laut der Untersuchung

Er persönlich brauche eigentlich keine Argumente mehr, um zu erkennen, dass Deutschland den gesetzlichen Mindestlohn einführen müsse, erklärte der SPD-Sozialexperte Ottmar Schreiner. Für die öffentliche Auseinandersetzung sei es aber hilfreich, eine neue Perspektive und weitere Fakten für die Vorteile eines solchen Instruments liefern zu können. „Aus meiner Sicht zeigt die Studie, dass die

Konsolidierung der Staatsfinanzen sozial möglich ist“, betonte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider.

Sorgen vor Arbeitsplatzverlusten spielten in der Debatte mit dem Publikum eine zentrale Rolle. „Die wissenschaftliche Literatur dazu ist umfangreich, aber sie liefert keine einheitliche Erkenntnis“, so Ehrentraut. Mehrere Wirtschaftswissenschaftler erwarteten sogar Beschäftigungsgewinne. Die Erfahrungen aus dem Ausland, etwa aus Großbritannien oder den USA, stimmten ihn in dieser Hinsicht sehr zuversichtlich, erklärte Carsten Schneider.

Rechenmodelle

GRUNDLAGENFORSCHUNG

ZUR FINANZIERBARKEIT DER RENTENSYSTEME

Einen Blick in die Zukunft der europäischen Demographie aber auch die Simulation verschiedener Arbeitsmarktszenarien in der EU und ihren Mitgliedstaaten bis 2050, ermöglicht ein Graphik- und Recheninstrument, das von der Arbeiterkammer Wien entwickelt wurde. Vorgestellt wurde dieser sogenannte „Abhängigkeitsquotenrechner“ in der Arbeitsgruppe Europäische Integration des Europabüros der FES in Brüssel.

Um die künftige Finanzierbarkeit der Rentensysteme zu ermitteln, setzt der Rechner nicht Altersgruppen sondern die Zahl der Erwerbstätigen zu jener der Rentenempfänger ins Verhältnis und

erfasst somit die ökonomische Abhängigkeitsquote der Alterssicherung. Diese weist je nach zugrunde gelegtem Arbeitsmarktszenario eine wesentlich geringere Steigerungsrate auf, als die pure demographische Abhängigkeitsquote.

So lässt sich mit den Szenarien schließlich auch darstellen, dass bei Ausschöpfung aller Potenziale die Erhöhung des Renteneintrittsalters nur begrenzte Auswirkungen auf die ökonomische Abhängigkeitsquote hat und sich damit auch nur eine geringe Nachhaltigkeitssteigerung bei der Finanzierung der Rentensysteme erzielen lässt.

EIN MITTEL GEGEN FACHKRÄFTEMANGEL

DER DEMOGRAPHISCHE WANDEL IN DEUTSCHLAND UND FRANKREICH

Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich wird in Zukunft der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung deutlich zurückgehen. In beiden Ländern besteht damit die Gefahr, dass die Abnahme des Arbeitskräftepotenzials zu Wachstums- und Wohlstandseinbußen führt.

Das Pariser FES-Büro veranstaltete am 11. April mit dem französischen Forschungsinstitut LASAIRE ein Seminar über den demographischen Wandel in beiden Ländern. Deutsche und französische Gewerkschafter erörterten die Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und überlegten, wie die Erwerbsquoten von Frauen, jungen Menschen und Älteren erhöht werden können.

Gerhard Bosch, Geschäftsführender Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation an der Univer-

sität Duisburg-Essen, hob hervor, wie wichtig der Einstieg gerade der jüngeren Arbeitskräfte ins Berufsleben ist: Die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der unter 25jährigen (September 2010) ist in Deutschland mit 8,4 Prozent zwar hoch, aber es ist die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Die Quote beträgt in Frankreich 24,1 Prozent und in Spanien gar 42,8 Prozent. So wird die Zukunft von Millionen junger Menschen verspielt, während den Unternehmen gleichzeitig Arbeitskräfte fehlen. Eine nachhaltige Verbesserung der Qualifikationen und Kompetenzen gerade junger Menschen, aber auch von Frauen und Älteren würde es hingegen ermöglichen, den Einfluss des demografischen Wandels auf die Beschäftigungssituation in den alternden Gesellschaften Europas deutlich abzufedern.

HERZSTÜCK DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

DIE FINANZIERUNG DES MITTELSTANDS

„Wir sind auch deshalb aus der Krise herausgekommen, weil der Mittelstand der deutschen Wirtschaft weniger anfällig war“, konstatierte Dr. Axel Nawrath, Mitglied des Vorstands der KfW-Bankengruppe als Gast des Managerkreises und des BayernForums. Moderatorin Klaudia Martini, Sprecherin des Managerkreises Bayern und ehemalige rheinland-pfälzische Umweltministerin, stellte Nawrath als „wichtigsten Beamten der Großen Koalition“ vor. Als Staatssekretär im Finanzministerium unter Peer Steinbrück hatte er die Vergabe von Staatshilfen an notleidende Banken koordiniert. Nawrath referierte deshalb über die Rolle von Förderbanken bei der Mittelstands-

finanzierung. 99,6 Prozent der Unternehmen in Deutschland gehören zum sogenannten Mittelstand, d.h. zu den Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis zu 500 Mio. Euro. Sie bilden das Rückgrat der Deutschen Wirtschaft. Aus diesem Grund stehen kleine und mittlere Unternehmen im Fokus der KfW-Förderung: Investitionsprogramme, Finanzierung von Betriebsmitteln, Aufstockung von Eigenkapital und qualifizierte Beratung sind nur einige Maßnahmen.

In der Krise habe die KfW Mittelstandsbank ihr Zusagevolumen um rund 40 Prozent gesteigert, erklärte der Banker den Mitgliedern des Managerkreises.

„Prekäre Beschäftigung und Kündigung von Unkündbaren“ standen im Mittelpunkt einer Podiumsveranstaltung der FES in Leipzig. Der Enthüllungsjournalist Günter Wallraff (Bild) machte deutlich, dass eine steigende Zahl von Menschen mit zum Teil unzumutbaren Arbeitsbedingungen konfrontiert sei. Versuche von Beschäftigten, sich mit der Bildung von Betriebsräten gegen diese Verhältnisse zur Wehr zu setzen, würden mehr und mehr behindert. Arbeitnehmer, die sich in Gewerkschaften organisierten, müssten mit Einschüchterungsmaßnahmen oder sogar Entlassungen rechnen, so Wallraff.



(Foto: Waldek)

ÜBERFORDERUNG DURCH PFLEGE

ZUR FINANZIERBARKEIT DER SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME

Derzeit sind in Deutschland etwa 2,4 Millionen Menschen pflegebedürftig. Die Tendenz ist steigend. Die Herausforderungen, die mit dem Thema Pflegedürftigkeit einhergehen, sind vielfältig und komplex. Eine der Fragen ist die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme. „Ich mache mir Sorgen, dass uns die Kosten um die Ohren fliegen und ein sozialer Kollaps droht“, so ein

selbst Fragestellungen zur Diskussion stellen und in Kleingruppen mögliche Lösungsansätze skizzieren sollten. Diskutiert wurden nicht nur die politischen Rahmenbedingungen und die Finanzierbarkeit, sondern auch sehr emotionsbehaftete Fragen wie zum Beispiel nach Gewalt in der Pflege. Sie könne sowohl von pflegenden Angehörigen, als auch vom Pflegepersonal oder von

der zu pflegenden Person selbst ausgehen. Vor allem demenzkranke Menschen könnten manche Situationen nicht mehr richtig einschätzen und reagieren – aus Verwirrung und Angst – mit Aggressionen gegen das Umfeld. Haupt- und ehrenamtliche Pfleger/innen müssten besser geschult werden, um adäquat auf entsprechende



In intensiver Kleingruppenarbeit wurden eigene Lösungsansätze entwickelt
(Foto: Kelm)

Teilnehmer des „Open Space“, den die Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel „Pfliegst Du schon oder ...? Ideen und Handlungsempfehlungen für die Pflege von heute und morgen“ im Juni veranstaltet hat.

Ziel dieser unkonventionellen Veranstaltungsform war es, dass die gut 100 Teilnehmenden

Situationen reagieren zu können, so der Tenor in der entsprechenden Arbeitsgruppe. Aggressionen auf Seiten der Pflegenden stehen für die Überforderung der Menschen. Es sei daher unerlässlich, so die einhellige Meinung, die Zahl des hauptamtlichen Personals zu erhöhen und pflegende Angehörige mehr zu unterstützen.

ZUM ARZT INS NACHBARLAND?

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN EINES EUROPÄISCHEN GESUNDHEITSBINNENMARKTES

Führt der Kostendruck in einzelnen europäischen Gesundheitssystemen zur Auslagerung von Behandlungen in die Nachbarländer? Am Beispiel der jüngst verabschiedeten EU-Richtlinie zur grenzüberschreitenden Patientenmobilität diskutierten gesundheitspolitische Multiplikatoren verschiedener Bundesländer, Herausforderungen und Chancen eines zunehmend europäischen Gesundheitsbinnenmarktes. Bei dem dreitägigen Dialogprogramm der FES Brüssel mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern der EU-Institutionen und Expertinnen und Experten diverser Fachverbände wurde deutlich, dass sich eine zunehmende Bewegung zwischen den nationalen Gesundheitssystemen nicht abzeichnet. So entfällt nur 1 Prozent aller Gesundheits-

kosten in der EU auf grenzüberschreitende Behandlungen. Die Aufgabe der Verbesserung der Gesundheitssysteme ist daher vor allem eine nationale Herausforderung.

Gleichwohl kommt der EU grundsätzlich im Bereich Gesundheit eine wichtige übergeordnete Rolle zu, da eines ihrer wesentlichen Ziele die Herstellung vergleichbarer Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten ist. Durch die Unterstützung grenzüberschreitender Vernetzung im Bereich Gesundheit, angefangen bei der Erforschung und Behandlung seltener Krankheiten bis hin zum Austausch grundsätzlicher statistischer Parameter der Gesundheitssysteme können wichtige Synergien zur Verringerung von Ungleichheiten angestoßen werden.

INNOVATIONEN FÜR GLOBALE GESUNDHEIT

DIE IDEE DES HEALTH IMPACT FUNDS

Seit der Formulierung der Millenniumsentwicklungsziele vor zehn Jahren, rückt das Thema Gesundheit auf globaler Ebene verstärkt in das Zentrum der Aufmerksamkeit der Entwicklungspolitiker. Dennoch scheinen manche Herausforderungen noch nicht angemessen in Angriff genommen zu sein: Es fehlt an der Erforschung von armutsbedingten Krankheiten, an Zugang zu bezahlbaren Arzneimitteln in Entwicklungsländern und an deren wirkungsvollem Einsatz vor Ort.

Die Idee des Health Impact Funds (HIF) setzt gerade bei diesen Problemen an, um eine gerechtere Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. In Deutschland bereits von Karin Roth, MdB, politisch unterstützt, konnte dieses Projekt nun erstmalig im Rahmen einer Konferenz der FES

im Europäischen Parlament in Brüssel vorgestellt werden. Thomas Pogge, Initiator des Projekts und Professor für Philosophie und Internationale Beziehungen in Yale, zeigte auf, wie insbesondere das vorherrschende Patent-System eine effizientere Entwicklung von Arzneimitteln in ärmeren Teilen der Welt verhindere. Der HIF würde dieses System ergänzen und eine Prämie für Produkte auszahlen, die der erzielten Minderung der globalen Krankheitslast entspräche. Voraussetzung sei, dass die Pharma-Unternehmen das jeweilige Produkt beim HIF registrierten und zum niedrigst möglichen Preis verkauften. Entwicklungskommissar Andris Pieblags ordnete diese Idee in die Prioritäten der Europäischen Kommission ein.

GEGEN DIE ENTSOLIDARISIERUNG DES GESUNDHEITSSYSTEMS

ARGUMENTATIONSHILFE DES BAYERNFORUMS

„Sinkende Einnahmen aufgrund einer veränderten Arbeitswelt, schwarze Schafe aus allen am System beteiligten Gruppen, regionale Unter- aber auch Überversorgung und horrenden Ausgaben für Arzneimittel sind die Hauptschwierigkeiten, die die Gesundheitspolitik zu bewältigen hat.“ In ihrem Vorwort zu einer Analyse des BayernForums über die Ökonomisierung und Privatisierung im bayerischen Gesundheitswesen, bringt die gesundheitspolitische Sprecherin der bayerischen SPD, Kathrin Sonnenholzner die Probleme des Systems auf den Punkt.

Mit ihrer Publikation gibt die Sozialwissenschaftlerin Dr. Doris Zimmermann eine wertvolle Orientierungs- und ausführliche Argumentationshilfe gegen die in der sogenannten Gesundheitsreform aufgebauten Mythen. Sie beschreibt die zwei Haupttrends des deutschen Gesundheitswesens seit Mitte der 1990er Jahre: die schleichende Ökonomisierung und Privatisierung. Dieser, in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Prozess, sei politisch beachtet. Die Abkehr vom Gesundheitswesen

hin zur „Gesundheitswirtschaft“. Marktwirtschaftliche Prinzipien dominierten zunehmend das Gesundheitssystem. Das von CDU und FDP langfristig verfolgte Ziel der Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung und die Umstellung auf ein rein privatwirtschaftliches Versicherungssystem ist ein weiterer zentraler Meilenstein in Richtung „Systemwechsel“. Doris Zimmermann stellt diese Entwicklung für das bayerische Gesundheitswesen dar. Anschließend zeigt sie – auf Basis des verfassungsrechtlich verankerten Prinzips der Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe – realistische Alternativen und praktische Handlungsfelder in der zukünftigen Gestaltung der Gesundheitspolitik auf.

DIE PUBLIKATION

Dr. Doris A. Zimmermann: Ökonomisierung und Privatisierung im bayerischen Gesundheitswesen.

Mythen als Legitimationsmuster

Das Papier online unter:

www.bayernforum.de/_publikationen

INTEGRATION, BILDUNG, KULTUR

TEILHABEN

Fachtagung

ANERKENNUNG UND BEREICHERUNG

WEGE ZU EINER CHANCENGERECHTEN INTEGRATIONSPOLITIK

Gerade für Menschen mit Migrationshintergrund scheinen die Hürden, in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen und weiter zu kommen, noch besonders hoch zu sein.

„Aufstiege ermöglichen. Wege zu einer chancengerechten Integrationspolitik“ war deshalb die Fachtagung überschrieben, die vom Projekt „Gesellschaftliche Integration“ im Forum Berlin

organisiert wurde. Vertreter/innen aus Politik, Verbänden, Wissenschaft und Praxis diskutierten am 25. Mai in Podiumsdiskussionen und interaktiven Workshops, wie Aufstiegsmöglichkeiten in unsere Gesellschaft für Migranten gestaltet werden können. Auf großes Interesse stieß dabei das Panel „Herausbildung von Identität“ mit der Wissenschaftlerin Dr. Naika Foroutan von der Humboldt-Universität. Deutlich wurde dabei, dass sich gerade junge Menschen mit Migrationshintergrund immer stärker mit Deutschland identifizierten und zunehmend Unverständnis gegenüber der Aufteilung „Ihr“ und „Wir“ zeigen. Sie wollen nicht länger auf ihre jeweilige Herkunft und Religion festgelegt werden, sondern fordern eine stärkere Anerkennung ihrer individuellen Persönlichkeiten und Potenziale. Die „Interkulturelle Freiwilligenagentur“ (IKFA) der Türkischen Gemeinde, die in enger Zusammenarbeit mit der Bundesgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) entstand, wurde als ein gutes Beispiel für die wechselseitige Anerkennung und Bereicherung der unterschiedlichen Kulturen vorgestellt.

Kurz notiert

VORURTEILE UND STEREOTYPEN

„Istanbul, mit scharfe Soße?“ heißt das Buch, das die junge Autorin Alexandra Klobouk am 12. Mai in der Friedrich-Ebert-Stiftung, moderiert von der Integrationsbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion Aydan Özoguz, vorstellte. Alexandra Klobouk gibt auf humorvolle Weise ihre persönlichen Eindrücke wieder, die ihr im Istanbuler Alltag begegnete. Sie berichtet, wie sie als Neuankömmling mit türkischen Gewohnheiten, Lastern und Gegensätzen konfrontiert wurde sowie von der Erkenntnis, dass nicht jeder türkische Mann einen Schnurrbart trägt. Das Buch will Neugier auf die vielfältige türkische Kultur wecken und trägt deshalb den Untertitel „Ein Buch für alle, die auch keine Ahnung haben“.

MEHR ZUM THEMA
www.fes.de/integration

POLITIK FÜR DIE VIelfALT, POLITIK DER VIELEN?

POLITISCHE TEILHABE VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE

Dort, wo über die Zukunft unseres Gemeinwerts entschieden wird, sind Menschen mit Migrationsgeschichte weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Es scheint, als habe die Politik noch nicht ganz Schritt gehalten mit der Entwicklung der Einwanderungsgesellschaft.

Schon die blanken Zahlen lassen aufhorchen: 34 Prozent der Münchner haben einen Migrationshintergrund; im Stadtrat sitzen acht Vertreter mit Migrationsgeschichte, im Bayerischen Landtag kein einziger. Nicht besser sieht es bei der öffentlichen Berichterstattung und Meinungsbildung aus: Deutschlandweit hat jeder fünfte Einwohner einen Migrationshintergrund, unter den Journalisten ist es nur jeder 50. „Es

gibt kaum Migranten als Vorbilder in wichtigen Schlüsselpositionen“, bilanzierte Dr. Elif Cindik. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob Parteien sich eine „Migrantenquote“ bei der Besetzung von Parteigremien und der Aufstellung von Kandidatenlisten geben sollten. Ein erster wichtiger Schritt könnten anonymisierte Bewerbungsverfahren in der öffentlichen Verwaltung, wie von der Antidiskriminierungsstelle derzeit in einem Pilotprojekt erprobt, sein. Und schließlich gelte es, auch die Menschen mit Migrationshintergrund nicht aus der Verantwortung zu entlassen, sich aktiver für ihr Recht auf politische Mitbestimmung zu engagieren: „Sie könnten ruhig stärker an der Tür rütteln“, so Ferda Ataman.

WILLKOMMEN IN DEUTSCHLAND

EIN ANDERES BILD DER ZUWANDERER

Nicht immer einfach gestaltet sich in Deutschland das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln. Zuwanderer werden nicht selten als Problemgruppen gesehen, die sich schlecht integrieren.

Die beiden Filmemacherinnen Nesrin und Yasemin Samdereli erzählen dagegen eine andere Geschichte. Als Enkelinnen eines türkischen Gastarbeiters haben sie schon als Kinder die „normalen“ türkischen Familien im deutschen Kino und Fernsehen vermisst und sich als Erwachsene auf den Weg gemacht, ein anderes Bild von Gastarbeitern und ihren Familien auf die Leinwand zu bringen. Aus eigenen Erfahrungen, Erzählungen der Eltern und Großeltern, aus Anekdoten aus dem Freundes- und Bekanntenkreis, entstand der Stoff für „Almanya – Willkommen in Deutschland“. Zehn Jahre dauerte es, bis eine Produktionsfirma, die richtige Crew und ein Filmverleih gefunden waren und der Film gedreht werden konnte.

Viele humorvolle Missverständnisse und Begegnungen machen den Film leicht und urkomisch. Dennoch bleibt er nicht oberflächlich. Die Identitätskonflikte, Sprachschwierigkeiten und das Hadern mit Familientraditionen sind nicht nur den beiden Regisseurinnen bekannt, sondern

auch dem jugendlichen Publikum. Viele der 330 Schülerinnen und Schüler, die am 27. Juni im Bonner Rex-Kino waren, sprechen mehr als eine Muttersprache und kennen die Frage nach Heimat und Identität aus dem eigenen Erleben.

Neben vielen persönlichen Fragen an die Regisseurinnen wurde außerdem ausführlich über das Filmemachen debattiert. Die Kosten einer Filmproduktion, sowie der Umsatz von Almanya beeindruckte die 15 bis 18-jährigen. Sympathisch, offen, direkt und ehrlich beantworteten die Samdereli-Schwester die Fragen des jungen Publikums. So manche Nachwuchs-Drehbuchautorin, Schauspieler oder Regisseurin bekamen dabei wichtige Tipps für die eigene Karriere.



Standen auch für persönliche Fragen bereit: Die beiden Filmemacherinnen Nesrin und Yasemin Samdereli

MINDERHEITEN IN DER DEMOKRATIE

DEUTSCH-RUSSISCHES FORUM FÜR NACHWUCHSPOLITIKER

Was haben die Opposition im Deutschen Bundestag, Anwohner des neuen Großflughafens Berlin-Brandenburg, Muslime in Rendsburg, Dänen in Flensburg oder Homosexuelle in Berlin-Kreuzberg gemeinsam? Alle gehören – zumindest zeitweilig – zu einer politischen, religiösen,

nandersetzung mit einem jährlich wechselnden Rahmenthema. Im Sommer 2011 war dies die Frage des Umgangs demokratischer Gesellschaften mit ihren Minderheiten.

Minderheit, so stellte sich im Laufe des einwöchigen Seminars heraus, ist oftmals nicht

gleich Minderheit. Da gibt es beispielsweise in beiden Ländern vermeintlich „gute“ und „schlechte“ nationale Minderheiten, wobei erstere durch staatliche Förderung in ihrer Identität bestätigt, letztere aber in der öffentlichen Debatte zur Integration und Abkehr von jeweiligen „Parallelgesellschaften“ aufgefordert



Vernetzung zukünftiger Politikgestalter: Politikwerkstatt am Schwielowsee bei Potsdam

nationalen oder sexuellen Minderheit, und alle waren Teil der Zweiten Deutsch-Russischen Politikwerkstatt der FES.

Die Politikwerkstatt, 2010 mit ersten Seminaren in Welikij Nowgorod und St. Petersburg gestartet, ist ein jährliches Forum für junge Nachwuchspolitiker und zivilgesellschaftlich Aktive aus Deutschland und Russland. Ziel ist neben der Vernetzung der kommenden Generationen von Politikgestaltern auch die inhaltliche Ausei-

werden.

Letztlich ist die Minderheiten-Frage ein Kernkriterium für jede demokratische Gesellschaft, so die Erkenntnis der Politikwerkstatt: Nur, wenn Minderheiten die Chance haben, ihre Interessen in den politischen Prozess einzubringen, kann eine Demokratie als konsolidiert gelten. Zum Abschluss besprach die Gruppe mit Franz Thönnies, MdB und Schirmherr der Politikwerkstatt, Pläne für die Fortentwicklung des Projekts.

GUTER GANZTAG FÜR ALLE

PERSPEKTIVEN DER NORDRHEINWESTFÄLISCHEN BILDUNGSPOLITIK

Das bevölkerungsreiche Bundesland Nordrhein-Westfalen hat sich dafür entschieden, die bildungspolitischen Herausforderungen konsequent anzugehen. Die große Unzufriedenheit über die Bildungspolitik war einer der entscheidenden Gründe für die Abwahl der schwarz-gelben Koalition. Schüler, Eltern, Lehrer, Schulträger, Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft, Verwaltung und Politik sprechen nun selbstbewusst mit, wenn es um die Zukunft der Bildung geht. Mit ihrer Fachkonferenz „Perspektiven in der nordrheinwestfälischen Bildungspolitik“, hat die FES mit Experten aus Politik, Wissenschaft, Schule und anderen Organisationen am 14. Mai das Thema aufgegriffen. Der Veranstaltungsort selbst – die Evangelische Gesamtschule

Gelsenkirchen Bismarck, die als Ganztagschule in einem sozialen Brennpunkt liegt – dokumentierte für sich allein schon in eindrucksvoller Weise, wie Schule sein kann: Ein Ort der Begegnung, mit viel Platz in großzügig und phantasievoll gestalteten Räumlichkeiten, einem konstruktiven Miteinander von Lehrern und Schülern, die Verantwortung übernehmen.

Als Vertreterinnen der politischen Ebene machten Renate Hendriks, MdL und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, wie auch Marlies Stotz, ebenfalls MdL und Bildungsexpertin, deutlich, welche Schritte bereits unternommen worden sind. Der Ausbau von Gesamtschulen und auch Ganztagschulen sei bereits konsequent angegangen worden, allerdings be-

nötige die Umsetzung der Reformen auch Zeit, da Abstimmungsprozesse auf rechtlicher Ebene und auch finanzielle Einschränkungen den Prozess verlangsamen.

Über ein Drittel der Kinder, die in NRW aktuell eine Schule besuchen, seien auf der Suche nach

einem Ganztagsangebot. Der Aufbau eines solchen Angebots müsse aber auch mit hochwertigen qualitativen Ansprüchen verbunden sein: „Ganztagsangebote sollen der Entlastung der Eltern dienen, sie müssen aber mehr als nur Verwahrung sein!“

FÖRDERUNG JA – QUOTE NEIN

ZUR STEIGERUNG DES FRAUENANTEILS IN SPITZENPOSITIONEN

Nicht nur Fragen der Gerechtigkeit, sondern auch ökonomische Gründe würden klar dafür sprechen, dass der Frauenanteil in Spitzenpositionen von Unternehmen dem der Männer angeglichen werden müsse. So argumentierte Brigitte Ederer, Personalvorstand der Siemens AG am 14. Juni bei der Veranstaltung „Frauen an die Macht“ in Leipzig.

Deutschland könne in der zukünftigen weltweiten Konkurrenz nicht auf einen Teil seines Potenzials verzichten. Trotzdem sprach sich Ederer grundsätzlich gegen eine Frauenquote in den Führungssetagen aus.

Mädchen müssten schon als Kinder und in der Schule für technische Berufe interessiert werden. Danach brauche man eine weiterführende

Förderung im Studium und später im Beruf. Nur so könne das Problem nachhaltig gelöst werden. Zudem müssten in vielen Unternehmen bessere Chancen für Frauen geschaffen werden um Beruf und Familie zu verbinden.

In der Medizin seien trotz der mehrheitlich weiblichen Studierenden, immer noch die meisten Chefärzte Männer, beschrieb die Rektorin der Universität Leipzig, Prof. Dr. Beate Schücking, die Lage im Wissenschaftsbereich. Ähnlich sehe es in anderen Disziplinen aus. Immer noch gäbe es nur einen auffallend geringen Anteil von Professorinnen. Man benötige besonders an den Schnittstellen von Studium, Doktorantenstelle und Professur mehr unterstützende Möglichkeiten für Frauen und junge Mütter.

*Förderungs-
impulse*

ALL INCLUSIVE IN BAYERN?

RECHTSANSPRUCH AUF GEMEINSAMES LERNEN

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UNBRK) gewährt allen Kindern einen Rechtsanspruch auf gemeinsames Lernen. Der Bayerische Landtag hat nun eine Änderung des Schulgesetzes verabschiedet, die den Weg zu einem inklusiven Schulsystem ebnen soll.

Das zweite Fachforum des BayernForums mit dem SPD-Bildungsexperten Martin Güll kam zu dem Fazit: Das Gesetz kann allenfalls ein erster Schritt in die richtige Richtung sein, von einem wirklich inklusiven Bildungssystem ist Bayern noch weit entfernt.

Wie viel wir von unseren Nachbarn lernen können, zeigte ein weiteres Fachgespräch mit der Inspektorin für Integration und Schulberatung des Deutschen Schulamts in Bozen, Dr. Heidi Niederstätter, am 22. Juli in München. „Una scuola per tutti e per ciascuno – Eine Schule für alle und jeden“ ist das Leitbild des italienischen Schulsystems, in dem es seit 1977 keine Sonderschulen

mehr gibt und öffentliche Schulen verpflichtet sind, für alle Kinder gute, individualisierte Lernbedingungen zu schaffen.

DIE FES-STUDIE

„Auf dem Weg zur Schule für alle?“ unter <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/bayern/07824.pdf>

AUSSTELLUNG IN AUSGEZEICHNETER SCHULE

Mit Unterstützung des BayernForums der FES und dem Anne-Frank-Zentrum Berlin wurde in der Fürther Berufsschule „Martin-Segitz-Schule“ die Ausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ gezeigt. Gleichzeitig wurde die Schule zweimal ausgezeichnet: mit dem Preis im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen 2011“ und dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Zwei Fachforen

Kurz notiert

Konferenz

KARRIERE OHNE ENDE?!

ARBEITSPLÄTZE FÜR DEN WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHS

Ist Wissenschaft ein ganz normaler Beruf? Die Abteilung Studienförderung hat im Vorfeld der Konferenz „Karriere ohne Ende?! Arbeitsplätze für den wissenschaftlichen Nachwuchs“ eine Umfrage unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durchgeführt. Symptomatisch ist diese Aussage: „In der Post-Doc-Phase gilt „up“ oder „out“, d.h. entweder Professur oder Abschied vom Wissenschaftsbetrieb.

Das Problem der Befristungen zieht sich wie ein roter Faden durch viele Antworten und war zentrales Thema bei der Konferenz: 53 Prozent aller Verträge mit wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben eine Laufzeit von unter einem Jahr. Besser ist die Situation bei Juniorprofessoren, zumindest, was Status, Unabhängigkeit und Ausstattung angeht, wie Prof. Dr.

Ina Kerner ausführte. Großbritannien und die USA gelten für viele als gute alternative Modelle. Dort gibt es mehr längerfristige bzw. unbefristete Stellen unterhalb der Professur (lecturer, senior lecturer, assistant professor). Für die USA wurde die hohe Transparenz gelobt, aber der immense Wettbewerbsdruck betont.

Zentral bleibt in Deutschland – neben einer angemessenen Grundfinanzierung – die Verantwortung der Hochschulen für eine systematische Personalentwicklung. Denn, so ein weiteres Zitat aus der Umfrage: „Bislang stand die Universität als Traumjob für mich nicht in Frage, inzwischen denke ich ernsthaft über einen Ausstieg nach.“

MEHR ZUM THEMA
www.fes.de/bildungspolitik

Symposium

RUHRGEBIET RELOADED

WURZELN UND PERSPEKTIVEN EINER REGION IM WANDEL

Kaum eine andere Region in Westdeutschland hat einen so fundamentalen Strukturwandel vollzogen wie das Ruhrgebiet. Erst durch die Wiedervereinigung haben sich in einigen Regionen der neuen Bundesländer ähnliche Prozesse abgespielt. Wie ist der Übergang vom einstigen Herzstück bundesdeutscher Wirtschaftsentwicklung – gestützt auf die tragenden Säulen der Schwerindustrie und des Bergbaus – hin zu einer zukunftsorientierten Dienstleistungs- und Technologieproduktion geglückt?

Heinz Schlußer, der als langjähriger Finanzminister den Strukturwandel des Ruhrgebiets maßgeblich mitgeprägt hat, wäre am 20. April dieses Jahres 75 Jahre alt geworden.

Anlass für die Friedrich-Ebert-Stiftung, unter dem Titel „Gesellschaftlicher Strukturwandel im Ruhrgebiet – Bilanz und Perspektiven“ im Rahmen ihrer Reihe Impulse für NRW am 9. Mai zu einem Symposium ins historische Zentrum Altenberg in Oberhausen einzuladen.

Mike Groschek, MdB und Landesgeschäftsführer der SPD in Nordrhein Westfalen, charakterisierte Heinz Schlußer als einen herausragenden Politiker, der einerseits als Freund klarer Worte und konkreter Zielsetzungen das politisch Notwendige kompromisslos durchzusetzen versuchte,

auf der anderen Seite aber auch immer als Anwalt der „kleinen Leute“ agierte. Mit seiner Authentizität und Gradlinigkeit verkörperte er einen Politikstil, der auch mit zur Identitätsfindung der Menschen beitrug und ihnen half, sich in einem wandelnden Umfeld zurechtzufinden, ihnen eine Vision für die Zukunft zu vermitteln.

Auch fünf Monate nach Ende der Ruhr 2010 waren alle Beteiligten der Diskussionsveranstaltung voll des Lobes über diese besondere kulturelle Initiative, die weit über die Region viel Aufmerksamkeit gefunden hat. Die Idee einer gemeinsamen regionalen Kulturinitiative für das Ruhrgebiet, in der Entstehungsphase noch von vielen Politikern in der Region und in Düsseldorf als wenig geeignet befunden, sei, so Fritz Behrens, MdL und Vorsitzender des Kulturausschusses im Landtag NRW, das Werk einzelner kreativer und mutiger Köpfe gewesen, die das scheinbar Unmögliche möglich gemacht hätten. Aus diesem neu gewonnenen Selbstbewusstsein müsse die Region schöpfen, so Behrens weiter.

Der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Frank Baranowski forderte ergänzend, dass die Region des Ruhrgebiets nicht nur auf kultureller Ebene, sondern auch im Bereich der Politik und Verwaltung stärker mit einer Stimme sprechen müsse.

JEDE MENGE KOHLE FÜR WUPPERTAL?

DIE KULTURFÖRDERUNG DURCH DIE EU

Kunst, Kultur und kulturelle Bildung geben Orientierung, thematisieren gesellschaftliche Wandlungsfähigkeit, ermöglichen Teilhabe, wirken identitätsstiftend und als Integrationsfaktor, kurz: Kultur ist kein Luxusgut, Kultur ist unverzichtbar.

Aber Kultur kostet auch Geld und wird aufgrund der finanziellen Notlagen in den Kommunen immer häufiger zur Disposition gestellt. Kultur als sogenannte „freiwillige Leistung“ gerät so zunehmend unter einen Rechtfertigungsdruck. Gleichzeitig haben Kultur und Kunst aber schon immer auch die Begrenzungen lokaler und nationaler Zugehörigkeit überschritten – sie haben die Funktion eines Bindeglieds und der Verständigung im europäischen Kontext und darüber hinaus. Wohl kaum ein anderer Veranstaltungsort hätte diese vielseitige und widersprüchliche Wirklichkeit drastischer illustrieren können, als das Schauspielhaus in Wuppertal: Einerseits Heimat und Ausgangspunkt des zu Weltruhm gekommenen Tanztheaters von Pina Bausch und gleichzeitig ein von Existenzsorgen bestimmter Theaterbetrieb, der aufgrund der schwierigen Haushaltslage in Wuppertal um sein Überleben kämpft.

In ihren Eingangsstatements wiesen Dr. Fritz Behrens, Vorsitzender des Forums Kultur und Kunst der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie des Kulturausschusses im Landtag NRW und Andreas Bialas, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfrak-

tion in NRW, auf diese besondere Situation hin. „Dieser Ort ist wie kein anderer mit der Metapher der untergehenden Kultur verbunden“, so Bialas, der die Widersprüchlichkeit von internationaler kultureller/künstlerischer Dimension und lokaler finanzieller Begrenzung thematisierte.

Sabine Bornemann als Leiterin des Cultural Contact Point Germany war die Expertin in der Runde, die Fragen zur Beantragung von Projektmitteln der EU zur Kulturförderung konkret und umfassend beantworten konnte. Sie machte aber auch deutlich: „Wenn Sie Geld von der EU haben wollen, dann kostet sie das was!“

Kurt Eichler als Vorsitzender der Kulturbetriebe Dortmund und stellvertretender Vorsitzender des EUROCITIES-Kulturausschusses wies hingegen auf die hervorragenden Möglichkeiten hin, die sich im Rahmen der EU-Kulturförderung bieten würden. Aber hierfür bedürfe es des Aufbaus entsprechender Netzwerke, einer professionellen und effizienten Struktur auf kommunaler Ebene, die in der Lage ist, sich in der Komplexität der EU-Antragsverfahren zurechtzufinden.

Die Veranstaltung dürfte für alle Beteiligten von hohem Nutzen gewesen sein: Sie hat einer Mentalität der Selbstbemitleidung, dass für Kultur und Kunst ohnehin kein Geld da sei, eine klare Absage erteilt und eine Reihe von Optionen und Perspektiven offenbart – mit ganz konkreten Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise.

„Wann wir schreiten Seit’ an Seit und die alten Lieder singen...“ Diese Textzeile illustriert, wie gemeinsames Liedgut den Zusammenhalt der Arbeiterbewegung stärkte. Dr. Bettina Hitzer, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, erläuterte im Rahmen einer Veranstaltung des Archivs der sozialen Demokratie, die Geschichte die Funktion von Arbeiterliedern, die politische Identität stifteten und Zukunftsvisionen transportierten. Der Chor „stimmt so – Chortheater Köln“ stellte einige Beispiele aus der damaligen Zeit

vor. Der zweite Teil des Abends widmete sich der Weiterentwicklung dieser politischen Kunstform in der gemeinsamen Arbeit von Bertolt Brecht mit Hanns Eisler beziehungsweise mit Kurt Weill. Aus deren Zusammenarbeit sind zahlreiche Stücke hervorgegangen, die auch heute noch durch ihre Aktualität überraschen, wenn nicht gar erschrecken können.



(Foto: Woyke)

Studie

FUSSBALL IST VIEL MEHR

ZUR DISKRIMINIERUNG VON HOMOSEXUELLEN FUSSBALLSPIELERN

Fußball steht eigentlich für Werte wie Fairness, Toleranz und gegenseitigen Respekt. Dennoch kommt es gerade im Fußball immer wieder zu Ausgrenzungen von bestimmten Gruppen. Besonders davon betroffen sind schwule Männer und Frauen. „Hetero, weiß und männlich?“, fragte das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung daher im Rahmen einer Studienpräsentation am 8. Juni in Berlin. Auf Deutschlands Fußballfeldern ist die Diskriminierung von homosexuellen Fußballspielern allgegenwärtig. Immer wieder hört man zum Beispiel den Satz: „Spiel nicht so einen schwulen Pass!“ Vielen sei dabei oft gar nicht klar, dass sie andere mit diesem Ausdruck verletzen könnten, sagt die Autorin der Studie Prof. Dr. Nina Degele von der Universität Freiburg. Laut Degele ist gerade bei Männern die Angst weit verbreitet, mit einem schwulen Mitspieler unter der Dusche zu stehen. Während schwule Männer vor allem deswegen ausgegrenzt werden, weil sie nicht die „richtige“ Sexualität haben, verhält es sich bei den Frauen anders. „Fußball gilt immer noch als der

Männersport schlechthin“, sagt Tanja Walther-Ahrens, die früher selbst in der Bundesliga gespielt hat und heute Bildungsbeauftragte beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) ist. „Ich bin während meiner aktiven Zeit ausgegrenzt worden, weil ich eine Frau war“, so Walther-Ahrens weiter. Bei den Frauen, die Fußball spielen, werde das Lesbisch-Sein ja sowieso vorausgesetzt. Ihrer Meinung nach würden sich mehr Mädchen und Frauen für den Fußball entscheiden, wenn es dieses Klischee nicht gäbe. Um Vorurteile möglichst früh abzubauen schlägt Nina Degele u.a. vor, dass Mädchen und Jungen länger in gemischten Teams zusammen spielen sollten. Außerdem könnte ein symbolisches Outing von elf Fußballspielerinnen und Fußballspieler am Ende einer Bundesligasaison den Druck von Einzelnen nehmen. Die beiden Autorinnen sprachen sich darüber hinaus für eine klare Positionierung des DFB in dieser Frage aus.

DIE STUDIE

<http://library.fes.de/pdf-files/do/08165.pdf>

Ausstellung

„AUF DER GANZEN WELT WIRD HEUTE FRAUENFUSSBALL GESPIELT“

ANERKENNUNG UND WERTSCHÄTZUNG EINGEFORDERT

Vom 26. Juni bis zum 17. Juli 2011 fand in Deutschland die Frauenfußballweltmeisterschaft statt. Anlässlich dieses sportlichen Großereignisses hat das Forum Politik und Gesellschaft der FES, gemeinsam mit der Kulturstiftung des Deutschen Fußball-Bundes und dem Kreuzberg Museum in Berlin, die Ausstellung „Schuhgröße 37. Frauenfußball in Ägypten, der Türkei, Palästina und Berlin“ eröffnet.

Der Frauenfußball hat eine turbulente Geschichte. Bis 1970 war er in der Bundesrepublik sogar verboten. Obwohl das Frauennationalteam in den letzten Jahren große Erfolge feiern konnte, gilt der Fußball nicht nur hierzulande immer noch als Männerdomäne. Doch allmählich kommt Bewegung ins Spiel. Mehr als eine Million Mädchen und Frauen sind heute Mitglied in einem der rund 26.000 Vereine des Deutschen Fußball-Bundes. „Auf der ganzen Welt wird heu-

te Frauenfußball gespielt“, sagt die Fotografin der Ausstellung Claudia Wiens. Mit ihren Bildern wolle sie zeigen, mit welcher Freude und Begeisterung gerade auch Frauen aus arabischen Ländern ihren Sport ausübten. „Die Bilder von Claudia Wiens tragen dazu bei, Vorurteile und Stereotypen über fußballspielende Frauen abzubauen“, so Dr. Susan Kamel, Kuratorin der Ausstellung. Trotz der oft widrigen äußeren Bedingungen – Frauen müssen zum Beispiel häufig auf schlechteren Plätzen spielen als Männer – lassen sie sich nicht von ihrem Sport abbringen. Den jungen Frauen geht es dabei nicht zuletzt um Anerkennung und Wertschätzung in der Gesellschaft.

DER KATALOG

Der gleichnamige Katalog ist im Dietz-Verlag erschienen: <http://dietz-verlag.de/>

ZWEIFACHE-PREMIERE

NEUES IN DER FES ONLINEAKADEMIE

Das methodische Spektrum der FES OnlineAkademie (www.fes-online-akademie.de) wächst. Seit kurzem wird im Europa-Modul ein Infofilm zu Bedeutung und Hintergründen des politischen Konzepts des sozialen Europas präsentiert. Der in einer speziellen „Wischtechnik“ gestaltete Film informiert locker und anschaulich, warum der Einsatz für ein demokratisch, sozial und nachhaltig gestaltetes Europa so lohnenswert ist.

Ebenfalls neu: Die E-Learning-Reihe „Kommunalpolitik und Sport“, die im Frühjahr Premiere feierte. Der modular strukturierte und multimedial aufbereitete Kurs mit dreiwöchiger Online-Lern- sowie zwei Präsenzphasen richtet sich an Kommunalpolitiker, Verwaltungsangestellte und

Aktive in Sportvereinen bzw. Sportinteressierte. Los ging's im Kölner Sport- und Olympiamuseum, wo in die Arbeitsweise des internetbasierten Lernens eingeführt wurde. Gleichzeitig bot die-



ses Treffen Gelegenheit, erste Themenschwerpunkte für die moderierte Online-Diskussion zu erarbeiten.

INFO
www.fes-kommcheckers.de

NORMALITÄT DES INGESPERRTSEINS

22. BAUTZEN-FORUM: 50 JAHRE MAUERBAU

Die ehemalige Mauer symbolisiere aus heutiger Sicht Stabilität und Untergang des SED-Regimes zugleich, resümierte der Potsdamer Zeithistoriker Prof. Christoph Klessmann in seinem Einführungsvortrag zu Beginn des 22. Bautzen-Forums der FES. Das Forum am 5. und 6. Mai stand unter der Überschrift „50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem ‚antifaschistischen Schutzwall‘“.

Klessmann untersuchte die Bedingungen und Folgen des Mauerbaus vom 13. August 1961. Die über Nacht betonerte deutsch-deutsche Grenze habe zwar die starke Abwanderung von Ostdeutschen in die Bundesrepublik verhindert, aber, so Klessmann, die militärische Sicherung der Grenze sei ausgesprochen kostspielig gewesen und habe zum ökonomischen Ruin der DDR mit beigetragen.

Die Mauer habe natürlich auch in besonderem Maße das Eingesperrtsein in der DDR symbolisiert. In den weiteren Beiträgen kehrte die Ambivalenz von „Mauer als Normalität“ und dem Gefühl des Eingesperrtseins immer wieder. Etwa in der Diskussion um die Folgen des Mauerbaus für das Leben in der DDR, mit Bundesminister

a.D. Wolfgang Tiefensee, der stellvertretenden Direktorin der Stiftung Berliner Mauer, Dr. Maria Nooke, dem Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig, Prof. Rainer Eckert sowie dem Journalisten Uwe-Karsten Heye, der 1961 als Korrespondent in Berlin war.

Um die Rolle der Bundesrepublik im Zusammenhang mit Entstehung und Existenz der Mauer, ging es in der Diskussion mit dem ehemaligen stellvertretenden Leiter der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, Dr. Hans-Jürgen Grasmann, sowie dem vormaligen Leipziger Oberbürgermeister Dr. Hinrich Lehmann-Grube.

Für einen Großteil der westdeutschen Bevölkerung seien die Mauertoten kein Politikum mehr gewesen, vielmehr habe man sich mit der bedauerlichen Situation mehr oder weniger abgefunden, so Lehmann-Grube. Anders die Erfassungsstelle in Salzgitter, die auf einer Initiative von Willy Brandt beruhte, und der es gerade darum ging, DDR-Unrechtshandlungen an der Mauer oder an der innerdeutschen Grenze zu sammeln und zu dokumentieren.

EUROPA UND DIE WELT

V E R N E T Z E N

Jubiläums-
veranstaltung

LEHREN FÜR DIE ZUKÜNFTIGE POLITIK

50 JAHRE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Was lässt sich aus 50 Jahren Entwicklungspolitik lernen? Die Friedrich-Ebert-Stiftung nahm das Jubiläum des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zum Anlass, mit der Veranstaltung „Von der Entwicklungshilfe zur Globalen Strukturpolitik“ die Vergangenheit der deutschen Entwicklungspolitik zu beleuchten und über zukünftige Aufgaben und Herausforderungen zu diskutieren.

Im Gespräch mit vier der sechs ehemaligen sozialdemokratischen Ministern des BMZ entlockte Petra Pinzler (DIE ZEIT) den früheren Amtsinhabern persönliche Erfahrungen, Herausforderungen und Erfolge. So gewann Erhard Eppler im Laufe seiner Amtszeit seit 1968 die Erkenntnis, dass sich „Entwicklung“ nur eigenständig entfalten könne. Er verglich dies mit „einer Blüte, die sich aus eigener Kraft aus einer Knospe entwickelt; so sollen sich auch Völker entwickeln“. Auch Rainer Offergeld machte die Erfahrung, dass sich Geberländer nicht von eigenen Vorstellungen

leiten lassen sollten, sondern sich eng an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer orientieren müssen.

Das Ansehen der Entwicklungspolitik müsse in den Augen der Bevölkerung „mobilisiert“ werden, so Egon Bahr, der 1974 Epplers Nachfolge antrat. Der zukünftigen Entwicklungspolitik riet er, Schritte zu ergreifen, um von dem Image einer „gnädigen, freundlichen Samariter-Hilfe“ wegzukommen und den Bürgern die Notwendigkeit von Entwicklungszusammenarbeit aufzuzeigen. Essenziell für die zukünftige Entwicklungspolitik Deutschlands sei eine enge Kooperation innerhalb der EU, um mit neuen, aufstrebenden Protagonisten etwas bewegen zu



Vier der sechs ehemaligen sozialdemokratischen Minister des BMZ: Egon Bahr, Rainer Offergeld, Heidemarie Wiczorek-Zeul und Erhard Eppler

können. In diesem Punkt waren sich auch die ehemalige Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und Eckhard Deutscher einig. Deutscher, der bis 2010 den Vorsitz des Entwicklungsausschusses der OECD innehatte, ist besorgt über den Trend der Re-Nationalisierung der deutschen Entwicklungspolitik. Wieczorek-Zeul sieht generell Chancen für eine europäische Entwicklungspolitik mit globalem Einfluss. Bei der Frage nach Global Governance forderte sie zudem die Einrichtung eines UN-Sicherheitsrats

für globale, ökonomische und soziale Fragen, „damit sich der Selbstlauf der Ungerechtigkeit nicht weiter fortsetzen kann“. Eppler resümierte, dass man in den 1970er Jahren schon viel weiter gewesen sei als heute. Dieser Einschätzung schloss sich der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Sascha Raabe, in einer abschließenden Stellungnahme an, indem er die Unterordnung der entwicklungspolitischen Ziele unter außenwirtschaftliche Interessen deutlich verurteilte.

MEHRWERT DEUTLICHER HERAUSTELLEN

Meinungsaustausch

GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK IM SCHATTEN DER KRISE

Der Vertrag von Lissabon verstärkt EU-Ambitionen und macht Erwartungen an eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) deutlich. Mit den Neuerungen waren die Hoffnung auf ein einheitliches Auftreten und mehr Effizienz und Kohärenz verbunden. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und der neu eingerichtete Europäische Auswärtige Dienst (EAD) sind die auffälligsten Merkmale dieser Neuerungen. Ein halbes Jahr nachdem der EAD seine Tätigkeit aufgenommen hat, erweist es sich jedoch als weitaus komplizierter, eine zukunftsorientierte Strategie für außenpolitische Herausforderungen zu entwickeln, als Unterstützer einer stärkeren und besser integrierten GASP und GSVP erwartet hätten. Die jüngsten Ereignisse – insbesondere die Antwort Europas auf den arabischen Frühling – lassen Zweifel aufkommen, ob dies in naher Zukunft möglich sein wird.

Das Europabüro der FES hatte Rolf Mützenich, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sven Biscop, Direktor am Egmont Institute in Brüssel eingeladen, um ihre Ansichten zu den jüngsten Veränderungen der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik mit Vertretern der Europäischen Institutionen, Denkfabriken und NGOs am 16. Juni zu diskutieren. Die Erwartungen an den EAD und die neuen Strukturen waren zu hoch, so stimmten Experten bei der Veranstaltung überein. Die Stärke der GASP/GSVP sei nach wie vor hauptsächlich vom Willen und den individuellen Interessen der 27 Mitgliedsstaaten abhängig. Es gehe nun darum, die bestehenden Strukturen mit europäischen Ideen zu unterfüttern. Statt Ängste in Zeiten der Krise und Globalisierung zu missbrauchen, müsse mehr und bessere Politik im Sinne der europäischen Ideen gemacht werden, unterstrich Mützenich. Sven Biscop schloss sich mit der Forderung an, den Mehrwert einer Europäischen Außenpolitik deutlicher herauszustellen.

INTERNATIONALE FÜHRUNGSROLLE NICHT ANGESTREBT?

Veranstaltungsreihe

DEBATTE ÜBER STRATEGIE „EUROPA 2020“

Mit „Europa 2020“ hat die Europäische Union eine Strategie formuliert, die ein intelligentes, nachhaltiges und allgemeines Wachstum fördern soll. Dabei wird ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Erfolg, ökologischem Verantwortungsbewusstsein und sozialer Gerechtigkeit angestrebt. Auch in den aufstrebenden Schwel-

lenländern werden Strategien für die nächsten fünf bis zehn Jahre formuliert. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Arbeitsgruppe Globale Fragen hatte das Europabüro der FES Experten aus den sogenannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien China) zu einer Debatte nach Brüssel eingeladen. Zentrale Fragestellung des

Austausches mit Vertretern der EU-Institutionen und Europäischen Interessensvertretungen war, welchen Einfluss die Strategie auf Europas Rolle im Zusammenspiel mit anderen globalen Akteuren hat.

Die internationalen Kommentatoren zeigten sich enttäuscht, dass „Europa 2020“ nur Ziele formuliert, die bereits in anderen Zusammen-

hängen genannt wurden. Beispielsweise wird in der Klimapolitik nur die bereits formulierte Reduzierung der CO₂-Emission bis 2020 aufgegriffen, eine internationale Führungsrolle wird nicht angestrebt. Auch weist die Strategie nur zurück zum System vor der Krise. Darüber hinaus werden aber keine Alternativen zum für die Krise verantwortlichen Finanzsystem aufgezeigt.

Informations-
programm

UNKOORDINIERT E AUSSEN POLITIK?

EUROPA MIT ZU VIELEN STIMMEN

Nicht erst angesichts der unterschiedlichen Haltungen der EU-Mitgliedsstaaten zur Lage in Libyen, stellt sich nicht nur für Europäer die Frage nach einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Auch hochrangige politische Gäste aus der SADC-Region (Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft) äußerten ihre Verwunderung über das scheinbar unkoordinierte Auftreten einzelner EU-Mitgliedsstaaten, als sie Ende Mai auf Einladung der FES-Brüssel die die EU-Außenbeziehungen diskutierten. In welchen Bereichen die Mitgliedsstaaten außenpolitisch eigenständig handeln, wann sie im Rahmen der EU agieren und wann innerhalb der NATO oder der UNO, ist auf ersten Blick nicht ersichtlich und scheint noch sehr entfernt von der kohärenten Außenpolitik, wie sie der Reformvertrag von Lissabon vorsieht.

Als umso wichtiger bewerteten die Gesprächspartner aus dem Europäischen Parlament die demokratische Ausgestaltung und Arbeitsfähigkeit des neugeschaffenen Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Miguel Martínez, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, unterstrich die Notwendigkeit, mit vereinten Kräften Europas Interessen in der Welt zu vertreten, da die einzelnen Mitgliedsstaaten international zunehmend an Gestaltungsmöglichkeit verlorener. Die politischen Entscheidungsträger sollten sich gerade in Zeiten fundamentaler Krisen auf die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung als größtes Friedensmodell der Geschichte zurückbesinnen. Die Europäische Union müsse durch eine verstärkte Politisierung der Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene unabhängiger von den Partikularinteressen der Mitgliedsstaaten werden.

Meinungsumfrage

EU WEITERHIN ATTRAKTIV FÜR DIE MEHRHEIT DER TÜRKEN

PRAGMATISMUS IN DER ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

Zu ihrer Meinung über die eigene Außenpolitik wurden im Dezember 2010 Türkinnen und Türken befragt. Die Ergebnisse dieser Befragung, durchgeführt von der türkischen Stiftung für wirtschaftliche und soziale Studien, einem langjährigen Partner der Friedrich-Ebert-Stiftung, wurden im Mai in Berlin öffentlich vorgestellt. Haben sich die Türken von Europa abgewandt? Diese Frage beschäftigt Türkei-Kenner angesichts der außenpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre schon länger. Vor diesem Hintergrund überraschte das Ergebnis der Studie, dass

69 Prozent der Befragten weiterhin den Beitritt der Türkei zur EU befürworteten. Allerdings glaubt ein Drittel nicht mehr an eine Realisierung dieses Vorhabens. Als Hauptgrund für das Stocken der Beitrittsverhandlungen nannten 22 Prozent der Befragten nicht der Zypern-Konflikt, sondern Xenophobie und Islamophobie. Die Hauptgründe für eine Befürwortung der Zugehörigkeit zur EU sind hingegen pragmatisch, denn es werden vor allem wirtschaftliche Vorteile aus dem EU-Beitritt erwartet.

EIN MARSHALLPLAN FÜR NORDAFRIKA?

EUROPA VOR SICHERHEITSPOLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN

Wie soll sich Europa angesichts der Revolutionen und Veränderungen in den arabischen Ländern verhalten? Wie kann eine neue Sicherheitsarchitektur der Europäischen Union aussehen? Kurz vor Beginn der polnischen EU-Präsidentschaft, organisierten die FES und das demosEuropa – Centre for European Studies, zu diesen Fragen eine eintägige Konferenz in Warschau.

Eine Verbesserung der internationalen Sicherheitspolitik werde durch mehr Kommunikation erreicht – zwischen den zivilen und militärischen Bereichen der EU, zwischen der EU und der NATO

und durch einen stärkeren Akzent auf Sicherheitspolitik innerhalb des Weimarer Dreiecks, so der polnische Verteidigungsminister Bogdan Klich. Maciej Popowski, der stellvertretende Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes, forderte einen verbesserten Zugriff auf militärische Mittel für europäische Sicherheitskräfte und verlangte von Europa den politischen Willen zum Handeln.

Europa müsse mit einer Stimme sprechen, gemäß der Idee des Lissaboner Vertrags.

Der ehemalige deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier forderte in Bezug auf Nordafrika eine Art Marshallplan, denn die sich gerade entwickelnden Demokratien dürften nicht durch Arbeitslosigkeit und Armut gefährdet werden.

Die EU konnte jedoch in Nordafrika noch nicht überzeugen. „Hinter den Kulissen“, so Steinmeier, „waren bislang die Amerikaner die treibende Kraft.“ Europa selbst brauche nichts so sehr wie eine europäische Führung. „Die EU muss ihre Hausaufgaben machen“, riet Dietmar Nietan, Mitglied des Ausschusses für EU-Angelegenheiten im Deutschen Bundestag. Schließlich könne man nicht Menschenverletzungen in Nordafrika verurteilen, wenn die arabischen Flüchtlinge im Mittelmeer von den EU-Staaten menschenunwürdig behandelt werden.



Plädierte für mehr Unterstützung der neuen Demokratien: Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frank-Walter Steinmeier

In der abschließenden Diskussionsrunde „Neue Chancen, neue Dilemmata – Zukunft der Zusammenarbeit zwischen der EU, NATO und Russland“ verwies Adam Balcer, Programmdirektor von demosEuropa auf die Annäherung zwischen NATO und Russland als positive Entwicklung der letzten Zeit.

STRATEGIEGESPRÄCHE

Seit 1999 veranstalten das Pariser Büro der FES und das französische Institut für Internationale und strategische Beziehungen IRIS, deutsch-französische Strategieggespräche mit hochrangigen Politikern, Diplomaten, Wissenschaftlern und Unternehmensvertretern. Die Strategieggespräche sind zu einem Forum für aktuelle außen- und sicherheitspolitische Themen geworden. Dies bewährte sich erst jüngst in der Libyen-Frage, bei der sich eine erhebliche Unstimmigkeit zwischen den beiden Ländern auftat. Hierüber und über die Folgen für die EU und deren Rolle bei den Umsturzwellen in der arabischen Welt referierten Günter Gloser, ehemaliger Staatsminister im Auswärtigen Amt und Alain Richard, ehemaliger Verteidigungsminister Frankreichs.

POLITIKDIALOG

Vertreter spanischer Think Tanks stellten im Mai anlässlich des zweiten polnisch-spanischen Politikdialogs der polnischen Hauptstadt einen Besuch ab. Eingeladen hatten die FES-Warschau und die Stiftung Amicus Europae. Auf der Agenda stand u.a. die Nachbarschaftspolitik der Union. Während sich Spanien stark auf den nordafrikanischen Raum konzentriert, ist Polen vor allem an einem Austausch mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion gelegen. Vergleichbar ist dennoch, dass die meisten Zielländer der Nachbarschaftspolitik nahezu ausschließlich an einer wirtschaftlichen Kooperation interessiert sind, für die EU-Länder jedoch immer auch eine Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen von Bedeutung ist.

Kurz notiert

DESPOTENDÄMMERUNG IN NORDAFRIKA

WÜNSCHE UND SEHNSÜCHTE DER AKTIVISTEN DES UMBRUCHS

Als sich im Dezember 2010 ein junger tunesischer Akademiker aus Perspektivlosigkeit selbst anzündete, begannen die Menschen im ganzen Land sich auf die Straße zu wagen. Innerhalb weniger Tage war Präsident Ben Ali Geschichte. Die Jugend Ägyptens schaute genau hin. Beflügelt von der Macht der Massen in Tunesien begannen

Gabriel und dem jemenitischen Wissenschaftler Ahmed Saif. Schnell wurde klar, dass neben einer Verbesserung der sozialen Situation mehr politische Teilhabe im Mittelpunkt ihrer Forderungen steht. Gabriel machte dabei keinen Hehl aus der ambivalenten Rolle, die der Westen gegenüber der Region jahrzehntelang gespielt hatte.

Zwar habe man demokratische Reformen eingefordert, gleichzeitig jedoch die alten Machthaber als scheinbare Stabilisatoren in einer unruhigen Region gestützt. Er verband mit dem Umbruch auch die Hoffnung, dass junge Menschen aus Tunesien, Ägypten und anderen Ländern der Region nach Europa kommen könnten, um sich hier das nötige Rüstzeug für den demokratischen Aufbau ihrer Hei-



Gleichzeitig im Saal und im Netz: Mehr als 2.000 Interessierte verfolgten die Live-Übertragung (Foto: Schicke)

die Menschen auch hier, für ein Ende von Korruption und Gewalt zu protestieren. Auch ihnen gelang, was kaum ein Experte für möglich gehalten hatte: Der „Pharao“ Mubarak musste seinen Sessel räumen.

Amine Sami Ben Sassi, Zyad El-Alimi, Nesma Tellema und Ahmed El Sayed waren auf den Straßen von Tunis und Kairo dabei, als aus Hunderten Hunderttausende wurden und die Sicherheitskräfte das Feuer auf die Unbewaffneten eröffneten. Aus erster Hand berichteten sie auf einem Diskussionsabend des Nahost- und Nordafrika-Referats der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin von ihren Erlebnissen, den Verletzten und dem Jubel über die Despotendämmerung.

Über ihre Wünsche und Sehnsüchte, die sie mit dem Umbruch verbinden, diskutierten die Aktivisten mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar

matländer zu erarbeiten.

Über 2000 Interessierte verfolgten die Debatte via Live-Übertragung im Internet. Genau wie die 500 meist jugendlichen Zuschauer in der Berliner Kalkscheune, erlebten sie junge Aktivisten, denen der Stolz auf das Vollbrachte anzusehen war. Dass bisher jedoch nur ein erster Schritt in Richtung Demokratie gemacht wurde, ist auch den jungen Tunesiern und Ägyptern klar. Ben Sassi brachte die Herausforderungen in beiden Ländern auf den Punkt, als er den europäischen Zuhörern etwas sehr Grundsätzliches zurief: „Kämpfen Sie für ihre Demokratie. Sie ist nicht selbstverständlich.“

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/international/nahost/inhalt/rueckbl.htm

DYNAMISCH UND UNÜBERSICHTLICH

ÄGYPTEN IM WANDEL

Seitdem die ägyptische Bevölkerung den langjährigen Präsidenten Husni Mubarak aus dem Amt gefegt hat, ist die politische Entwicklung in Ägypten äußerst dynamisch aber auch unübersichtlich. Offen ist z.B., wie der politische Übergang zur Demokratie gestaltet werden kann, etwa in Bezug auf die komplizierten Fragen der

Verfassungsgebung und der Gründung von neuen, demokratischen Parteien.

Der Vorsitzende der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, Martin Schulz, traf am 9. Juli im FES-Büro in Kairo mit Vertretern linker Parteien und gewerkschaftsnaher Organisationen zusammen.

Die ägyptischen Gesprächspartner brachten ihre Sorge zum Ausdruck, dass der politische Wandel bisher noch nicht tiefgreifend und zügig genug voranschreite. Sie kritisierten, dass der herrschende Militärrat weiter am Ausnahmezustand festhält und dass in vielen Bereichen noch kein Bruch mit dem alten System stattgefunden habe.

Schulz beschrieb die europäischen Erfahrungen in demokratischen Übergangsprozessen nach dem Ende der Militärdiktaturen in Spanien und Portugal sowie in den Staaten Mittel- und Osteuropas nach Fall des Eisernen Vorhangs. Er verwies ebenfalls auf die Gefahren einer Zersplitterung des demokratischen Parteienspektrums, von dem besonders rückwärtsgewandte und

religiöse Kräfte profitieren könnten. Konsens herrschte darüber, dass es in erster Linie davon abhängen wird, die soziale und wirtschaftliche Lage der armen Bevölkerungsmehrheit zu verbessern, um den demokratischen Umbruch in Ägypten zu festigen.



Traf mit Vertretern linker Parteien und gewerkschaftsnahe Organisationen Ägyptens zusammen: Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament

GEFÜHL DER BEDROHUNG

ISRAEL UND DER POLITISCHE ISLAM

Während die Ereignisse des arabischen Frühlings weltweit von den meisten Staaten begrüßt wurden, hat Israel diesen Prozess mit Sorge beobachtet. Auch die bald darauf folgende Ankündigung einer innerpalästinensischen Versöhnung zwischen Fatah und Hamas – von vielen Seiten als neue Chance für den Friedensprozess im Nahen Osten gewertet – hat in der israelischen Regierung Abwehrreflexe ausgelöst.

Es ist vor allem der politische Islam in seinen verschiedenen Erscheinungsformen wie der Muslimbruderschaft in Ägypten oder der Hamas in Gaza, der als Bedrohung für Israel und die Stabilität der Region wahrgenommen wird. Auf israelischer Seite herrscht insbesondere die Befürchtung, die Muslimbruderschaft werde in der zukünftigen ägyptischen Regierung offen oder verdeckt die Fäden ziehen – zum Nachteil Israels. Die Konferenz der FES Israel „Movements of Political Islam in the Middle East Region“ am 30. Mai in Tel Aviv zielte durch eine differenzierte Betrachtung verschiedener Organisationen des politischen Islam darauf ab, neue Chancen für Israels Rolle in der Region zu identifizieren.

Israelische, deutsche und türkische Experten suchten nach Maßstäben zur Bewertung muslimischer Bewegungen. Sind es ihre aktuellen Statements oder die verfassten Ideologien? Stellt eine „gewalttätige Ideologie“ bereits eine Bedrohung dar? Zvi Bar'el von der israelischen Tageszeitung Haaretz betonte, dass viele islamische

Organisationen inzwischen Teil des politischen Mainstreams seien. Auch Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin wies darauf hin, dass differenziert werden müsse. So befänden sich die in Gaza extremistischen Salafiten im Libanon oder in Kuwait im Mäßigungsprozess. Obgleich die israelischen Teilnehmer zum großen Teil skeptisch blieben, äußerten auch sie die Hoffnung, dass Regierungsbeteiligungen und Koalitionszwänge in Zukunft auch zur Pragmatisierung islamistischer Organisationen beitragen können.

WEGE ZUM MITEINANDER

Die Grundlage für ein friedliches Miteinander von Israel und seinen arabischen Nachbarn sieht Rudolf Dreßler, ehemaliger deutscher Botschafter in Israel, in der gegenseitigen Anerkennung. In der Kurt-Schumacher-Akademie warb Dreßler für mehr Verständnis für Israel. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Israel und der zunehmend explosiven sozialen Entwicklung in den Autonomiegebieten sieht Dreßler einen erheblichen Zeitdruck für eine friedliche Lösung. Auch eine Konferenz der FES und des Jewish-Arab Center der Universität Haifa über das Zusammenleben jüdischer und arabischer Bürger in Israel, war beherrscht von der Frage, ob Projekte, die ein friedliches Miteinander vorleben, Vorbild für die gesamte israelische Gesellschaft sein können.

Perspektivsuche

Kurz notiert

Studie

WIDERSPRÜCHLICHE IDENTITÄTEN

3. FES-JUGENDSTUDIE IN ISRAEL

Die junge Generation in Israel ist für Frieden mit den Palästinensern, aber gegen politische Zugeständnisse; sie versteht sich als demokratisch, hält aber starke Führungsfiguren für wichtig und ist bereit grundlegende Rechte einzuschränken. Diese Widersprüche zeigt die 3.FES Jugendstudie, zu der 1600 Israelis zwischen 15 und 24 Jahren befragt wurden.

Die widersprüchlichen Realitäten, unter denen Jugendliche in Israel leben, spiegeln sich in ihren politischen und persönlichen Ansichten wider. Ihre Einstellungen und Werte sind geprägt vom Leben in einem Land, das sich auch nach 62 Jahren staatlicher Existenz von seinen Nachbarn bedroht fühlt, das weiterhin weit von einem friedlichen Ausgleich mit den Palästinensern bzw. Arabern entfernt ist.

Für den Friedensprozess liefert die Studie wenig Anlass zur Hoffnung. Fast zwei Drittel der befragten jungen Menschen (63 Prozent) bezeichneten sich als politisch rechtsstehend. Nur jeder siebente gab an, dass ein demokratisches Israel für ihn Priorität habe. Mehr Bedeutung wurde

dem jüdischen Charakter des Staates beigemessen. Der Großteil der Jugendlichen befürwortet zwar Friedensverhandlungen mit der palästinensischen Seite, zieht jedoch den Status Quo jedem Kompromiss vor. Beinahe die Hälfte hält es für vertretbar, den arabischen Bürgern Israels das passive Wahlrecht zur Knesset abzuerkennen.

Die Ansichten der arabischstämmigen Israelis unterscheiden sich deutlich von denen ihrer jüdischen Altersgenossen. Junge Araber in Israel fühlen sich nicht in die Gesellschaft integriert und zeigen einen alarmierenden Grad der Entfremdung.

Die Studie zeigt auch, dass das Interesse jüdischer Jugendlicher in Israel am Holocaust wächst. Insgesamt 80,3 Prozent beschäftigen sich persönlich mit der Thematik, fast 20 Prozent mehr als im Jahr 1998. Die Jugendlichen unterscheiden dabei jedoch klar zwischen dem nationalsozialistischen und dem heutigen Deutschland. Die Bundesrepublik ist für sie eine „normale“ europäische Demokratie und ein verlässlicher Freund Israels.

Kurz notiert

CHRISTEN IN PALÄSTINA

Die rund 60.000 Christen in Ost-Jerusalem, Westjordanland und Gaza betrachten sich weniger als Minderheit, sondern vielmehr als wirtschaftlich, kulturell und sozial stark verankerter Teil der mehrheitlich muslimisch geprägten palästinensischen Bevölkerung. Mit Vertretern der lokalen christlichen Zivilgesellschaft diskutierten Ende Mai bei der FES Ost-Jerusalem, Brandenburgs Ministerpräsident, Matthias Platzeck (Bild) und der Leiter des Vertretungsbüros der Bundesrepublik Deutschland in Ramallah, Götz Lingenthal. Die zentralen Probleme seien



im israelisch-palästinensischen Konflikt zu verorten. Ministerpräsident Platzeck brachte seine Erfahrungen aus der Phase des Aufbruchs in den neuen Bundesländern in das Gespräch ein.

BESUCHER AUS MALTA

Über die Position der deutschen Sozialdemokratie zur Rettung Griechenlands informierten sich im Rahmen eines Deutschlandbesuchs der Vorsitzende der sozialdemokratischen Malta Labour Party (MLP) Joseph Muscat, der frühere Außenminister und derzeitige Internationale Sekretär der MLP, Alex Sceberras Trigona sowie der europapolitische Sprecher der MLP, Luciano Busuttill. Während des von der FES organisierten Besuchsprogramms kamen auch die Folgen des Arabischen Frühlings zur Sprache. Deutsche Nahost-Experten der SWP und der DGAP sowie der Staatssekretär für Europa im Auswärtigen Amt, Wolf-Ruthart Born, ließen sich über die Situation der libyschen Flüchtlinge auf Malta informieren. Höhepunkt des Programms war das Treffen mit dem SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel.

QUO VADIS UNGARN?

ÜBER DIE KEHRTWENDE EINES LANDES

20 Jahre nach der Demokratisierung und Unabhängigkeit der früheren real-sozialistischen Ostblockstaaten erlebt Europa in Ungarn einen Szenenwechsel: Die Republik wird von Ministerpräsidenten Viktor Orbán regiert, dessen national-konservative Partei Fidesz im neu formierten ungarischen Parlament eine Zweidrittelmehrheit besitzt. Die rechtsradikale Partei „Bewegung für ein besseres Ungarn“, kurz: Jobbik, stieg zur drittstärksten Kraft im Parlament auf, während die einst regierenden Sozialisten (MSZP) an politischer Glaubwürdigkeit und damit auch die Hälfte ihrer Wähler verloren haben und sich nunmehr mit nur noch wenigen Mandaten vor der Jobbik-Fraktion in einer äußerst schwachen Oppositionsrolle wiederfinden.

Seit Anfang 2011 ist das Interesse an den politischen Entwicklungen in Ungarn europaweit beträchtlich gestiegen. Grund dafür sind vor allem das äußerst umstrittene Mediengesetz und die neue Verfassung. Kritiker sehen in beidem eine deutliche Abkehr von europäischen Werten und Normen, denen sich Ungarn mit seinem Beitritt zur Europäischen Union 2004 verpflichtet hatte. Besorgniserregend ist außerdem die Verabschiedung von über 100 neuen Gesetzen unter Umgehung des parlamentarischen Rechts auf Aussprache und Anhörung.

Wie konnte aus diesem Land, das einst mit der Öffnung seiner Grenze zu Österreich das Ende der Teilung des europäischen Kontinents einläutete, ein Nährboden für rechtsradikales Gedankengut werden? Was sind die Folgen dieser politischen

Entwicklung für Ungarn und für ganz Europa?

Antworten darauf suchte die Podiumsdiskussion der FES: »Quo vadis Ungarn? Eine junge Demokratie auf dem Prüfstand«. Moderiert von Cathrin Kahlweit, Süddeutsche Zeitung, diskutierten Attila Mesterházy, Vorsitzender der MSZP und ihrer Fraktion im ungarischen Parlament, Paul Lendvai, der in Ungarn geborene, renommierte Journalist und Autor aus Wien, sowie Michael Roth (MdB), europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Mesterházy gestand ein, dass die Sozialisten während ihrer Regierungszeit die Wähler enttäuscht



Der demokratische Staat darf nicht scheitern: Einhellige Meinung in der Diskussionsrunde (Foto: Bollhorst)

hätten und das verlorene Vertrauen nur langsam wieder aufgebaut werden könne.

Paul Lendvai wies darauf hin, dass sich die Menschen von der Demokratie abwendeten und sich das Land zunehmend von der Europäischen Union entferne.

Nach Ansicht von Michael Roth bestehe insbesondere wegen der massiven Einschränkung der Medien- und Pressefreiheit durch die Orbán-Regierung Anlass zu großer Sorge. Alle auf dem Podium waren sich einig, dass der Rechtsstaat zwar bereits verloren sei, der demokratische Staat jedoch nicht scheitern darf.

GRUNDRECHTE NICHT DURCHGESETZT

UNGARISCHE JOURNALISTEN INFORMIEREN IN BRÜSSEL

Ein von der rechtskonservativen Regierung Ungarns einberufener Medienrat kann über die Inhalte der ungarischen Medien entscheiden. Beanstandet der Medienrat einzelne Berichte, können Geldstrafen über die Redaktionen verhängt werden. Aus Protest erschienen am Tage

des Inkrafttretens verschiedene ungarische Tageszeitungen mit weißer Titelseite, unter anderen die von der sozialistischen Partei finanzierte Népszava (Volksstimme).

Eine Delegation von Népszava-Journalistinnen und Journalisten war Mitte Juni auf Einladung

der FES nach Brüssel gekommen, um durch den Austausch mit EU-Entscheidungsträgern, Interessenvertretern der Medien, EU-Korrespondenten und Nichtregierungsorganisationen Lösungswege für die nun schwierige Situation oppositioneller Berichterstattung in Ungarn zu finden. Das Ergebnis war für sie allerdings eher ernüchternd, denn es wurde klar, dass es derzeit

kein EU-Medienrecht gibt, welches in das nationale ungarische Mediengesetz eingreifen kann. Ein EU-Beitritt wäre Ungarn heutzutage aufgrund des Mediengesetzes verweigert worden. Da Ungarn aber bereits Mitglied ist, hat die EU formal keine Handhabe mehr, und politisch greifen die überwiegend konservativ-liberalen Regierungen nicht ein.

Jubiläum

KONTINUITÄT DER ZUSAMMENARBEIT

FES SEIT 15 JAHREN IN SERBIEN

Im Jahr 1996 eröffnete die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre Vertretung in Belgrad. Die Mitarbeiterinnen wussten damals, dass sie ein großes persönliches Risiko eingingen. Für serbische Na-



Würdigte die Arbeit der FES in Serbien: Präsident Boris Tadic

tionalisten galt Deutschland als Feind Serbiens, und 1999 wurde Deutschland auch offiziell für 78 Tage zum Kriegsgegner. Zudem schufen Polizei, Geheimdienste, organisierte Kriminalität,

Paramilitärs und rechtsradikale Organisationen ein Klima der Unsicherheit – nur drei Straßenzüge vom Büro entfernt, im sogenannten Silicon Valley, wurden seit 1991 über 150 Morde verübt. Während des Kosovo-Krieges musste die deutsch-serbische Büroleiterin das Land verlassen, doch das Büro arbeitete weiter, trotz der Bombardierung Belgrads. Diese Kontinuität der Projektarbeit trotz Diktatur und Krieg hat bei den Partnern Vertrauen geschaffen – nicht zuletzt beim heutigen Präsidenten Boris Tadic, der 1998 ein Ausbildungszentrum der Demokratischen Partei gründete und damit einer der frühen Partner der FES war. Die Feier zum 15. Jahrestag der FES-Arbeit in Serbien eröffnete Boris Tadic mit einer Rede, in der er daran erinnerte, dass die politische Bildung und Ausbildung, wie die FES sie betrieb, das Erlernen der Demokratie nach 45 Jahren kommunistischer und 10 Jahren nationalistischer Diktatur erst möglich gemacht habe.

Kurz notiert

PRAGER DIALOGE

Im Rahmen der neuen „Prager Dialoge der Friedrich-Ebert-Stiftung“ fanden vom 19. bis 22. Juni verschiedene Veranstaltungen statt. Besonders die Beziehungen beider Länder innerhalb der Europäischen Union standen im Mittelpunkt von Diskussionsforen, TV-Talkrunden und Gesprächskreisen. Bei hochrangigen Gesprächen im Parlament und in der Zentrale des Gewerkschaftsdachverbandes CMKOS informierten sich Dr. Peter Struck, der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bild) und deren geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Dr. Roland Schmidt, über die Arbeit der FES in Tschechien und in der Slowakei. Anlässlich eines Empfangs zum 20. Jahrestag der FES in der Tschechischen Republik betonten der deutsche Botschafter in Prag,

Johannes Haindl, der Senatspräsident der Tschechischen Republik, Milan Stech und der Vorsitzende der tschechischen Sozialdemokraten, Bohuslav Sobotka, das hohe Ansehen der FES.



(Foto: Maly)

WELCHE ZUKUNFT FÜR DIE UKRAINE?

PERSPEKTIVEN DER ZUSAMMENARBEIT

Zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung sieht sich die außenpolitische Strategie der Ukraine noch immer hin- und hergerissen zwischen den Bestrebungen zum EU-Beitritt und einer breitgefächerten Anbindung an die GUS-Partner.

Nachdem Präsident Janukowitsch im vergangenen Jahr an die Macht kam, gab es eine deutliche Verschiebung vom früheren außenpolitischen Kurs. Mit der Aufkündigung der euro-atlantischen Integration und der Erklärung eines sogenannten blockfreien Status wurde eine Neuorientierung in Richtung Russland vollzogen. Derzeit gibt es Diskussionen über die Unterzeichnung eines Vertrages über ein Freihandelsabkommen mit der EU und über den Beitritt zur Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan: zwei sich gegenseitig ausschließende Optionen. Einige der innenpolitischen Entwicklungen, wie etwa die Verfolgung von Oppositionellen oder Einschränkungen der Redefreiheit zeigen, dass das Land sich kaum in Richtung EU-Mitgliedschaft bewegt. Unter europäischen Politikern und Experten gibt es eine wachsende Skepsis, ob das Land überhaupt in der Lage ist, substanzielle Fortschritte in der europäischen Integration zu

machen. Gleichzeitig herrscht in der Ukraine die Auffassung, Deutschland könnte und sollte eine viel wichtigere Rolle bei der Annäherung des Landes an die EU spielen.

In der Überzeugung, dass ein Dialog zwischen deutschen und ukrainischen Politikern, Beamten und Experten Perspektiven der Entwicklung der ukrainisch-deutschen Partnerschaft aufzeigen kann, organisierte die FES im Mai einen Besuch ukrainischer Politiker und Experten in Berlin. Auf der Tagesordnung standen Treffen mit Mitgliedern des Bundestages aus den Ausschüssen für Außenpolitik, EU-Angelegenheiten und Verteidigung, dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, dem Leiter der Abteilung für Außen- und Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt, der Leiterin der Abteilung für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien des Auswärtigen Amtes und anderen hohen Beamten.

Obwohl sich die Vertreter der verschiedenen politischen Kräfte nicht immer in ihrer Vision zur Zukunft der ukrainischen Außenpolitik einig waren, wurde ein gemeinsamer Konsens über das Ziel der europäischen Integration deutlich.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IM ÖSTLICHEN MITTELEUROPA

Die Länder des östlichen Mitteleuropa haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten tiefgreifende Wandlungsprozesse durchlaufen. Allein die Geschlechterverhältnisse sind nahezu unverändert geblieben. Über Strategien zur Durchsetzung von mehr Geschlechtergerechtigkeit diskutierten fünfzehn Politikerinnen aus Tschechien, Estland, der Slowakei und Polen im Rahmen des Workshops „Frauen in der Politik“ in Warschau. Organisiert hatte die viertägige Veranstaltung das polnische FES Büro in Kooperation mit dem Verein „Kongress der polnischen Frauen“. Im Mittelpunkt des Workshops stand die Kompetenzerweiterung der Teilnehmerinnen. „Frauen, die sich politisch durchsetzen wollen, müssen in der Regel dreimal so qualifiziert sein wie Männer“, bilanzierte die Bürgermeisterin der estnischen Gemeinde Kohtla.

SCHWÄCHEN IM SOZIALSYSTEM DER UKRAINE

Die Ukraine ist ein Sozialstaat – so steht es in der Verfassung. Aber Verfassungstext und Wirklichkeit liegen in der Praxis weit auseinander. Bei einer Konferenz der FES in Zusammenarbeit mit der Föderation der ukrainischen Gewerkschaften und der Kiewer National-Ökonomischen Universität am 26. Mai, bezeichneten die Teilnehmer die gegenwärtige soziale Entwicklung als nicht zufriedenstellend. Der demographische Wandel, die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich und die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Schwächen im Sozialsystem deutlich gemacht. Weil bisher eine einheitliche gewerkschaftliche Linie fehlt, verständigten sich die teilnehmenden Gewerkschaften darauf, eigene sozialpolitische Vorstellungen zu formulieren, um damit Einfluss auf den gegenwärtigen Reformprozess zu nehmen.

Kurz notiert

GRUNDLEGENDE REFORMEN NÖTIG

WEGE ZU EINEM ZUKUNFTSFÄHIGEN RUSSLAND

In Russland hat eine lebhaftere öffentliche Diskussion über die notwendige Modernisierung des Landes eingesetzt. Das Moskauer Institute for Contemporary Development – INSOR – erarbeitete bereits im Jahr 2010 Empfehlungen, wie ein modernes Russland politisch und wirtschaftlich gestaltet sein soll. Darauf aufbauend veröffentlichte INSOR im März dieses Jahres einen weiteren Bericht, in dem es 120 Reformschritte und damit ein Arbeitsprogramm für den nächsten russischen Präsidenten vorschlägt. Nach den Wahlen zur russischen Duma in diesem Jahr wählen die Russen im nächsten Jahr auch ein neues Staatsoberhaupt.

Die Diskussion über Reformprozesse findet auch in den russisch-europäischen Beziehungen ihren Niederschlag. So beschlossen Russland und die Europäische Union 2010 eine „Modernisierungspartnerschaft“, um die Kooperation u. a. in den Bereichen Wirtschaft und Handel, Wissenschaft und Forschung zu verstärken. Ihre Vorschläge für ein modernes und zukunftsfähiges

Russland präsentierten Igor Yurgens, Leiter von INSOR, und Evgeny Gontmakher, Vorstandsmitglied bei INSOR, im Rahmen eines von der FES-Moskau und Brüssel organisierten Expertengesprächs mit EU-Vertretern und Brüsseler Entscheidungsträgern. Neben politischen Reformen sprechen sich die beiden Wissenschaftler auch für eine wirtschaftliche Modernisierung, d.h. die Abkehr von der einseitigen, auf Rohstoffexport basierten Wirtschaft aus. Reformen, z.B. im Wirtschafts-, Arbeits- und Strafrecht, müssten einhergehen mit grundlegenden politischen Reformen, wie z.B. mehr Entscheidungskompetenz für regionale und kommunale Ebenen.

Eine umfassende Modernisierung sei nur mit einer Öffnung des politischen Systems Russlands möglich. Die Reform der Parteiengesetz-Gesetzgebung, mit der sich ein echtes Mehrparteiensystem entwickeln könne und die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Organisationen seien hier wichtige erste Schritte in die richtige Richtung.

NEUE AUFGABEN STEHEN BEVOR

DIE TÜRKEI HAT GEWÄHLT

Die Türkei hat am 12. Juni 2011 gewählt. Zum dritten Mal in Folge errang die konservative islamische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) die Mehrheit. Auch in Brüssel wird nun gespannt erwartet, wie Ministerpräsident Erdogan die bevorstehenden Herausforderungen angeht. Wie wird es nach den Wahlen mit der Erarbeitung der neuen Verfassung weitergehen und wie entwickelt sich die Situation der Kurden in der Türkei? In einer Vortragsveranstaltung stellten sich im Juni im FES Europabüro in Brüssel türkische und in Brüssel ansässige Experten diesen zentralen Fragen.

Auch in der Türkei wird die Reform der Verfassung als eine zentrale Aufgabe der neuen Regierung angesehen. In der neuen Verfassung müsse, so wurde im Expertengespräch unterstrichen, eine neue Definition des türkischen Staatsvolkes, die Reform und Dezentralisierung der türkischen Verwaltung sowie das Recht auf Bildung in der jeweiligen Muttersprache verankert werden. Diese

Aspekte verweisen auf die Problematik der Kurdenfrage. Die Wahlen haben gezeigt, dass die türkischen Kurden zunehmend nicht mehr an einer bewaffneten Auseinandersetzung, sondern an einer friedlichen, politischen Lösung des Konflikts interessiert sind. Sie sind zusehends besser politisch organisiert. Unterstützt von der Partei des Friedens und der Demokratie (BDP) konnten 36 unabhängige kurdische Kandidaten die 10 Prozenthürde überwinden. Die BDP fordert die sofortige Einstellung der Militäraktionen gegen die PKK, die Freilassung politischer Gefangener sowie mehr Kompetenzen für die autonomen Gebiete.

Vertreter der Europäischen Kommission versprochen den Prozess der Verfassungsreform sowie die Lage der Minderheiten in der Türkei weiter zu beobachten. Dennoch sind die Möglichkeiten der Kommission beschränkt, da innerstaatliche Konflikte nicht von der EU beeinflusst werden können.

STREBEN NACH FRIEDEN, STABILITÄT UND WOHLSTAND

TRIALOG AFGHANISTAN – INDIEN – PAKISTAN

In Südasien herrschen seit Jahrzehnten Krieg und Terror. Gewalttätige Auseinandersetzungen sowohl auf lokaler Ebene als auch zwischen den Staaten sind in hohem Maße dafür verantwortlich, dass Wirtschaftswachstum und sozialer Fortschritt weit hinter dem zurückbleiben, was notwendig wäre, um die massenhafte Armut zurückzudrängen und der rasch wachsenden Bevölkerung Aussicht auf eine bessere Zukunft zu geben. Dabei sind es vor allem zwei Konflikte, die sich zunächst unabhängig voneinander entwickelten: das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan und seit etlichen Jahren auch der

aus einflussreichen Vertretern aus Parlament, Militär, Think Tank sowie Medien zusammen. Ein besonderer Schwerpunkt der Gespräche lag auf der Rolle Indiens und Pakistans beim Wiederaufbau Afghanistans sowie auf der Kooperation zwischen Pakistan und Afghanistan bei der friedlichen Lösung des kriegerischen Konfliktes. Im Rahmen eines Expertengesprächskreises hatte die Runde in Brüssel die Möglichkeit, die Ergebnisse ihres Berliner Workshops vorzustellen. Nach Ansicht von EU-Vertretern ist eine Verbesserung der Sicherheitssituation eine wichtige Grundlage für wirtschaftlichen Wiederaufbau



Beitrag zur Stabilität in Südasien: Einflussreiche Vertreter dreier Länder kamen in Berlin zusammen (Foto: Zensen)

Kampf der Taliban gegen die afghanische Regierung und ihre westlichen Verbündeten.

Um die Vertrauensbildung und bessere Verständigung über sensible politische Themen, die die bilateralen Beziehungen sowie die innerstaatliche und regionale Stabilität in Südasien betreffen, zu fördern, veranstaltete die FES vom 8. bis 13. April einen Afghanistan-Indien-Pakistan-Trialog. Die 11-köpfige Runde setzte sich

und Handel in der Region. Wirtschaftliche Zusammenarbeit wird neben der prekären Sicherheitssituation vor allem durch ein Vertrauensdefizit und schwer kontrollierbarem informellen Handel erschwert. Es wurde angeregt die traditionellen Handelsrouten wieder zu beleben und auszubauen und die bereits vereinbarte Südasiatische Freihandelszone zu realisieren.

LÄSST SICH FRIEDEN VERHANDELN?

LÖSUNGSSUCHE FÜR KONFLIKTE IN AFGHANISTAN

Die NATO-Mission in Afghanistan steckt in einer Sackgasse. Mit militärischen Mitteln scheinen die Ziele der internationalen Gemeinschaft nicht realisierbar zu sein, andererseits droht das Land ohne internationale Hilfe erneut in die Hände radikaler Kräfte zu fallen. Unter diesen Vorzeichen erscheint eine friedliche Lösung der Konflikte wichtiger denn je.

Zu diesem Schluss kommt eine hochkarätig besetzte internationale Task Force im Auftrag der amerikanischen Century Foundation, die ihren Bericht „Afghanistan – Den Frieden verhandeln“ im Mai im Rahmen einer Podiumsdiskussion bei der FES in Berlin vorstellte. Diese friedliche Lösung sei möglich, wenn internationale Institutionen entschlossen zusammenarbeiten, betonte

Jeffrey Laurenti, Direktor und Forschungsleiter des Außenpolitik-Programms der Century Foundation. Der Ko-Vorsitzende der Task Force und frühere Sondergesandte der Vereinten Nationen für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, stellte anschließend den von der Task Force empfohlenen Fahrplan zu Friedensverhandlungen vor. Der Bericht favorisiert einen mit UN-Mandat ausgestatteten Vermittler, der die verschiedenen Konfliktbeteiligten in die Verhandlungen einbeziehen soll. Als Grundlage hierfür sollen alle beteiligten Parteien ohne Vorbedingungen den Verhandlungen beitreten.

Äußerst positiv, jedoch auch mit unterschiedlichen Interpretationen nahmen die Kommentatoren für die USA und Deutschland den Task Force-Bericht auf. James Dobbins, der ehemalige Sondergesandte der USA für Afghanistan und heutige Direktor des RAND International Security and Defense Policy Centers, wies darauf hin, dass sich die Vorschläge der Task Force in ein dreiteiliges Konzept der US-Regierung zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus ein-

fügen. In diesem Konzept nehmen neben diplomatischen Lösungen auch die Stärkung lokaler Partner und militärische Einsätze eine Rolle ein. Johannes Pflug, Vorsitzender der Afghanistan-Pakistan-Task Force der SPD-Bundestagsfraktion, unterstrich die Notwendigkeit eines von allen Seiten akzeptierten Friedensprozesses für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Es sei unverantwortlich, so der SPD-Abgeordnete, Afghanistan zu verlassen, ohne die afghanische Regierung bei der friedlichen Lösung des Konfliktes im Voraus zu unterstützen.

Aus dem Publikum wurde der vorgeschlagene Verzicht auf Vorbedingungen für Verhandlungen hinterfragt. Speziell die Menschenrechtsverletzungen und die prekäre Lage der Frauen seien nicht akzeptabel. James Dobbins verdeutlichte jedoch die Position, dass man erst Frieden herstellen müsse, ehe man sich um soziale Missstände kümmern könne: „Friedensverträge schließt man mit seinen Feinden, nicht mit seinen Freunden.“

Trainingsprogramm

STABWECHSEL DER GENERATIONEN

YOUNG LEADERS FORUM (YLF) IN AFGHANISTAN

Die „Young Leaders“ sind eine Gruppe von 20 jungen Afghaninnen und Afghanen zwischen 17 und 25 Jahren. Jedes Jahr wählt die FES aus einer Vielzahl von Bewerbungen 20 junge Leute aus, die ein ganzjähriges, englischsprachiges Trainingsprogramm absolvieren. Die Idee des seit acht Jahren laufenden Programms ist es, junge Leute für den Einstieg in die Politik vorzubereiten. Mittlerweile hat sich daraus ein Netzwerk in Politik und Gesellschaft entwickelt. 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Young-Leaders Forums waren im Juni zu einem Austausch zwischen den älteren und jüngeren Mitgliedern zusammen ge-

kommen. Auch einer der Gründer des Programms war dabei, der heute Sprecher des Präsidenten ist. Die Reden der neuen YLF Generation zeugten von einem Optimismus und einer Tatkraft, die vergessen lassen konnten, wie schlecht derzeit die Lage besonders für junge Menschen ist. Über 60 Prozent der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt. Aber es gibt keine berufliche Ausbildung, die Hochschulen sind überfüllt und verfügen längst nicht über die Qualität, zukunftsfähige Abschlüsse zu garantieren. Viele bemühen sich daher um Stipendien im Ausland oder suchen Arbeit in benachbarten Ländern. Wenige sehen ihre Zukunft in einem Land, das seit etwa fünf Jahren wieder zurückmarschiert in alte Zeiten. So werden Mädchen angepöbelt, wenn sie ihr Kopftuch nicht korrekt tragen oder nach Einbruch der Dunkelheit auf der Straße sind.

Die Teilnehmer des Young-Leaders Forums beklagen die oftmals extrem traditionalistischen Unterrichtsinhalte an den Schulen und wollen sich mit dem YLF-Programm für eine aktive Beteiligung am Aufbau einer besseren und gerechteren Gesellschaft rüsten.



Die neu eingestellten Projektkoordinatorinnen aus verschiedenen YLF-Generationen: Ein tatendurstiges Team, das sich einen sehr guten Ruf erworben hat.

KEINE GARANTIE FÜR ERFOLG

SICHERHEITSPOLITISCHES FORUM NRW ÜBER AFGHANISTAN

„Wir dürfen keine Ruine hinterlassen!“ Mit diesen Worten fasste Botschafter Steiner, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan/Pakistan seine Position zusammen.

Zuvor hatte er am 8. Juni in Bonn vor rund 300 Teilnehmern mit Johannes Pflug, MdB sowie Mathias Mogge, Deutsche Welthungerhilfe e.V. und Generalleutnant Bruno Kasdorf, Stellvertretender Inspekteur des Heeres und zuvor Chef des Stabes der ISAF in der Reihe Sicherheitspoli-

tisches Forum NRW die Frage „Wie weiter in Afghanistan?“ diskutiert.

Weitgehend einig war sich das Podium in der moralischen Verpflichtung dem Land und den Menschen zu helfen und in der Hoffnung, dass die aktuelle Strategie der ISAF hierbei erfolgreich sein kann – Einigkeit herrschte aber auch in der Einschätzung, dass es hierfür keine Garantie gibt. Steiner betonte, dass nur eine politische Lösung tragfähig sein wird.

ZWEI STAATEN SUCHEN IHRE ZUKUNFT

DER SUDAN NACH DER TEILUNG

Mit einer überwältigenden Mehrheit von fast 99 Prozent hat sich die südsudanesische Bevölkerung im Januar dieses Jahres für einen eigenen Staat ausgesprochen.

Die offizielle Teilung des Sudans, die am 9. Juli 2011 vollzogen wurde, wird sowohl erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige wirtschaftliche und politische Entwicklung der beiden neuen Staaten als auch ihre bilateralen Beziehungen haben. Dennoch ist in so wichtigen und durchaus konfliktreichen Fragen wie der Aufteilung der Ressourcen und Öleinnahmen, des Grenzverlaufs oder der Staatsangehörigkeit bisher noch keine Einigung erzielt worden. Diesen Problemen widmeten sich Vertreter des Nord- und Südsudan mit der EU-Sondergesandten für den Sudan, Rosalind Marsden und der Europaabgeordneten und Leiterin der EU-Wahlbeobachtungskommission, Véronique De Keyser im Mai bei der FES-Brüssel. Sowohl Qutbi El Mahdi von der nordsudanesischen National Congress Party als auch Francis Nazario, Leiter des südsudanesischen Verbindungsbüros in Brüssel, betonten, dass sich Nord- und Südsudan zur Umsetzung des Friedensabkommens verpflichtet sehen und trotz bestehender Streitpunkte gute nachbarschaftliche Beziehungen anstreben.

Das Friedensabkommen sei zwar von der sudanesischen Zivilgesellschaft begrüßt worden, zivilgesellschaftliche Organisationen hätten aber darin keinen Platz gefunden, bemängelte die Leite-

rin des Gender Centre for Research and Training in Khartum, Niemat Kuku. Die Einhaltung von Menschenrechten, die Demokratisierung und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in politische Entscheidungsprozesse seien in beiden Landesteilen bisher unzureichend entwickelt.

Sowohl Rosalind Marsden als auch Véronique De Keyser zeigten sich mit dem Verlauf des Referendums sehr zufrieden und betonten, dass die EU ihr politisches und finanzielles Engagement in beiden Staaten fortsetzen werde.

Auch während einer Diskussionsrunde in Berlin wies die ehemalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin auf lösungsbedürftige Streitpunkte zwischen Nord und Süd hin. Der ehemalige Premierminister des Sudans, Al Sadig Al Mahdi, betonte, dass die derzeitige Situation im Sudan weitaus bedrohlicher sei, als dies bisher eingeräumt wird. Neben den Nord-Süd-Konflikten gebe es in beiden Staaten eine Vielzahl interner Auseinandersetzungen. Al Mahdi forderte für den Norden eine ausgewogenere Verteilung der Macht zwischen Zentrum und Peripherie.



Analysierten die neue Lage im Sudan: Die EU-Sondergesandte Rosalind Marsden und die Leiterin des Gender Centre for Research and Training in Khartum

VERFASSUNGSDISKUSSION MIT HOHER KOMPETENZ

EU-SONDERGESANDTE FÜR DEN SUDAN IM KHARTUMER FES-BÜRO

Die Vorbereitungen für den Beschluss einer Verfassung für den Nord-Sudan standen im Fokus eines Treffens, in dessen Rahmen das FES-Büro Khartum zum ersten Mal Vertreter der sudanesischen Zivilgesellschaft mit der EU-Sondergesandten für den Sudan, Rosalind Marsden, zusammengebracht hat.

Zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Universitätsprofessoren und Anwälte arbeiten derzeit an einem eigenen Verfassungsvorschlag. Der größte Dissens besteht im Umgang mit der Religion: Welche Rolle soll ihr in der Verfassung zugesprochen werden? Eine Trennung von Religion und Staat nach „westlichem“ Vorbild

scheint kaum mehrheitsfähig zu sein. Deshalb wird nun um Kompromissformulierungen gestritten.

Rosalind Marsden zeigte sich beeindruckt von dem hohen Grad an Expertise und Koordination, mit der die sudanesischen Zivilgesellschaft eine eigene Verfassungsdiskussion anstößt. Sie betonte, dass Äußerungen der internationalen Gemeinschaft zu den Inhalten der Verfassung problematisch seien, da dies von der Regierung als Einmischung in innere Angelegenheiten angesehen würde. Dennoch wolle sie sich für einen partizipativen und transparenten Prozess einsetzen.

WEM GEHÖRT DIE SAHARA?

MALI ZWISCHEN INTERNATIONALEM TERRORISMUS, TUAREG-KONFLIKT UND ORGANISIERTER KRIMINALITÄT

Im September 2010 wurden sieben Arbeiter der französischen Firma Areva, darunter fünf Franzosen, ein Togolese sowie ein Madagasse aus einer Uranmine bei Arlit im nördlichen Niger entführt. Vier der Geiseln befinden sich bis heute in der Gewalt von Al Qaida au Maghreb Islamique (AQMI) – Al Qaida im islamischen Maghreb, einer Gruppe, die seit einigen Jahren vor allem durch Entführungen und auch Tötung von Ausländern in der Sahara auf sich aufmerksam macht. Eine italienische Touristin, die im Februar dieses Jahres im Süden Algeriens von AQMI entführt wurde, bleibt weiter verschwunden. Vermutlich wird sie in der Grenzregion zwischen Mali, Algerien und Niger festgehalten.

Auf Grund durchlässiger Grenzen ist es AQMI gelungen, sich in den an die Sahara angrenzenden Staaten auszubreiten. Teile von Mali, Algerien, Niger und Mauretanien sind dadurch zu einem rechtsfreien Raum geworden. AQMI kontrolliert neben Entführungen vor allem die Schmuggelrouten für Drogen, Waffen und Menschen durch die Sahara. Mit zunehmend verschwimmenden Grenzen zwischen organisierter Kriminalität und Terrorismus hat der Konflikt in der Zentralsahara Ausmaße angenommen, die die Stabilität der Anrainerstaaten – allen voran Malis,

eines der ärmsten Länder der Welt – bedrohen. Dies behindert die dringend erforderliche wirtschaftliche Entwicklung im Norden Malis. Diese Gegend leidet bis heute unter den Folgen der Tuareg-Rebellionen, die seit den 1960er Jahren immer wieder aufflammten, und bietet wenig ökonomische Perspektiven für die Bevölkerung. Mit der wachsenden Präsenz der AQMI ist zudem eine wichtige Einnahmequelle, der Tourismus, fast völlig zum Erliegen gekommen.

Da AQMI nicht rein militärisch besiegt werden kann, ist eine neue Strategie des malischen Präsidenten, die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung in den Nordregionen zu beschleunigen, eine hoffnungsvolle Reaktion. Armut, Arbeitslosigkeit gerade bei Jugendlichen und wirtschaftliche Unterentwicklung bieten einen Nährboden für fundamentalistisches Gedankengut. Bisher unterstützt die große Mehrheit der malischen Bevölkerung AQMI jedoch nicht.

Für eine Lösung dieser Probleme brauchen das Parlament Malis, die politischen Parteien und die Medien entsprechende sicherheitspolitische Kompetenzen. Die FES hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, den Dialog über diese Konflikte zu fördern, ihre Partner mit sicherheitspolitischen

Fragestellungen vertraut zu machen, sie bei ihrer Strategiebildung zu unterstützen und somit eine demokratische Gestaltung der Sicherheitspolitik zu ermöglichen.

Nationale Ansätze allein können den Herausforderungen jedoch nicht gerecht werden. Nur eine regionale Kooperation, die sich über Nord- und Westafrika erstreckt, wird einen langfristigen und nachhaltigen Frieden in der Sahara erreichen können.

PUBLIKATION

Annette Lohmann:
Who owns the Sahara? Old Conflicts,
New Menaces: Mali and the Central Sahara
between the Tuareg, Al Qaida and
Organized Crime
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/nigeria/08181.pdf>

ZWISCHEN DEMOKRATIE UND GEWALT

Delegations-
besuch

NIGERIAS WAHLKOMMISSION IN DEUTSCHLAND

„Perfekt waren die Wahlen nicht – aber wir arbeiten daran, dass auch die letzten Probleme beseitigt werden“, versicherte Attahiru Jega, seinen deutschen Gesprächspartnern. Der nigerianische Gewerkschafts- und Demokratieaktivist steht seit Sommer 2010 der unabhängigen nigerianischen Wahlkommission vor. Unter seiner Führung wurden, da sind sich nigerianische und internationale Beobachter einig, im April diesen Jahres die ersten weitgehend freien und fairen Wahlen in Afrikas größtem Land durchgeführt. Was früher die Regel war – ein manipuliertes Wählerregister, gewalttätige Banden, parteiische Sicherheitskräfte und systematische Fälschungen – war dieses Jahr die Ausnahme. Ein wichtiges Signal für die Demokratie in Afrika.

Für diesen Erfolg werden vor allem der Staatspräsident und die Wahlkommission verantwortlich gemacht. Letztere hat in weniger als einem Jahr ein neues Wählerregister aufgebaut, Nigerias Sicherheitskräfte koordiniert und den logistischen Alptraum der Präsidentschafts-, Gouverneurs- und Parlamentswahlen trotz verfallener Infrastruktur und praktisch ohne öffentliche Stromversorgung bewältigt. Vor allem aber hat sie ihre Unabhängigkeit gegen politische Widerstände bewahrt.

Auf Einladung der FES reiste eine Delegation der Wahlkommission im Mai 2011 für vier Tage nach Deutschland, um die politische Situation in Nigeria nach den Wahlen zu diskutieren. Jega und seine Mitarbeiter tauschten sich in Berlin mit Vertretern des Außen- und Innenministeriums,

mit Bundestagsabgeordneten, dem Bundeswahlleiter sowie der Landeswahlleiterin in Berlin aus. Eine öffentliche Veranstaltung wurde von Peter Eigen, dem Gründer von Transparency International, in der Humboldt-Viadrina School of Governance in Berlin moderiert.

Die Erfolge der Wahlkommission beeindruckten die deutschen Gesprächspartner – insbe-



Die ersten weitgehend freien und fairen Wahlen in Nigeria: Ein Erfolg der unabhängigen Wahlkommission

sondere die Neuregistrierung von 70 Millionen Wählern innerhalb weniger Monate mit Fingerabdrücken und digitalem Foto. Über 200.000 Laptops mussten dafür beschafft werden. Die nigerianische Delegation zeigte Interesse am deutschen Mehrheitswahlrecht, an der politischen Unabhängigkeit des Bundeswahlleiters, an der Gewaltenteilung in Deutschland – und an der Frage nach einem elektronischen Wahlsystem, die in Deutschland zugunsten des Stimmzettels entschieden wurde. In Nigeria glauben viele Bürgerinnen und Bürger, ein elektronisches Wahlsystem würde Fälschungen unmöglich machen – doch die Zweifel aus Deutschland führten dazu,

dass die Wahlkommission ihre bisherige Position überdenkt.

Der Erfolg der April-Abstimmungen hat derweil die Diskussion über Wahlen in Nigeria angeporrt: Die Kommission wertet ihre Arbeit aus; es wird über die Amtszeit des Präsidenten diskutiert und bereits Ende des Jahres steht die näch-

ste Gouverneurswahl an. Kaum einer glaubt, dass die Wahlen im Jahr 2015 unter den gleichen gesetzlichen und technischen Rahmenbedingungen ablaufen werden wie 2011. Denn auch zwölf Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur befindet sich Nigerias politisches System immer noch im Übergang.

*Auslandsbüros
stellen sich vor*

GEGENSÄTZE ZIEHEN AN

**ZWEI BÜROS, ZWEI PROJEKTE, EIN TEAM:
FES NIGERIA & FES REGIONALBÜRO ABUJA**

Wenn Mister Monday morgens in das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Abuja kommt, begrüßt ihn meist das sonore Wummern des Dieselgenerators. Strom aus dem Netz ist rar in Nigeria, obwohl das Land reich an Öl und Gas ist. Bisweilen gibt es sogar Engpässe in der Benzinversorgung. Mehrstündige Wartezeiten vor Tankstellen ist Fahrer Monday daher gewohnt in Nigeria,

Auch Mister Monday hat schließlich schon viel erlebt in 50 Jahren der Unabhängigkeit Nigerias: Bürgerkriege und eine Reihe von brutalen Militärdiktaturen, bis 1999 das Militär abdankte. Seitdem unternimmt das Land den vierten Versuch, eine Demokratie zu etablieren. Die FES unterstützt diesen Prozess, indem sie der Zivilgesellschaft hilft, die Budgets auf Länder- und

Kommunal-Ebene zu kontrollieren, den Dialog zu politischen Themen im Land fördert und demokratische Wahlprozesse stärkt. Dass sie seit 1976 auch in schwierigen Zeiten die Arbeit im Land fortsetzte, wird ihr hoch angerechnet. Wichtigster Partner



Vor dem Büro in Abuja posieren links die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regionalbüros, rechts die des Landesbüros, flankiert von den beiden Büroleitern Sebastian Sperling und Thomas Mättig.

dem siebtgrößten Öl-Exporteur der Welt. Das Land ist voll solcher Gegensätze. Zwischen dem muslimischen Norden und dem christlichen Süden. Zwischen den wenigen extrem Reichen und den vielen Armen. Zwischen dem eigenen Anspruch – Nigeria möchte bis zum Jahr 2020 zu den 20 größten Industrienationen der Welt zählen – und der ernüchternden Wirklichkeit des mit etwa 150 Millionen Einwohnern bevölkerungsstärksten afrikanischen Landes, in dem mehr als die Hälfte von weniger als einem Dollar am Tag lebt, das Bildungs- und Gesundheitssystem darniederliegt und die Korruption floriert. Aber auch dem Gegensatz zwischen dieser Wirklichkeit und der ungebrochenen Zuversicht vieler Nigerianerinnen und Nigerianer.

waren dabei stets die Gewerkschaften, die nicht nur in den Betrieben, sondern auch in der Politik als Opposition auftreten – und wesentlichen Anteil am Ende der Militärdiktatur hatten.

„Um mit den Gewerkschaften arbeiten zu können, müssen wir weiterhin in Lagos präsent sein, denn Lagos bleibt unser wirtschaftlich-kulturelles Zentrum“, begründet Remi Ihejirika, warum die FES seit 2003 zwei Büros in Nigeria unterhält. Mit der Gewerkschaftsexpertin sind auch Buchhalterin Cornelia Cole und zwei weitere Mitarbeiter im Büro Lagos präsent. Ihre elf Kolleginnen und Kollegen arbeiten seit 2003 hingegen im neuen politischen Zentrum Abuja. Auch das ein krasser Gegensatz: Dort die chaotische, pulsierende Megastadt Lagos, hier die am Reißbrett geplante und eher beschauliche

Hauptstadt. Im vermeintlich ruhigen Abuja wächst allerdings nach einer Serie von Bombenanschlägen das Unsicherheitsgefühl. Polizei- und Militärkontrollen auf den Zufahrtsstraßen verlängern den Anfahrtsweg Mister Mondays und seiner Kollegen zum Büro auf oftmals über zwei Stunden.

Nigeria kann es sich allerdings kaum leisten, sich ausschließlich auf die internen Konflikte und Spannungen zu konzentrieren. Als eine wirtschaftliche und militärische Macht auf dem Kontinent wird das Land als Motor regionaler Integration gebraucht. Die FES fördert daher auch den außenpolitischen Dialog - Nigeria ist schließlich nicht nur größter Truppensteller für UN-Friedensmissionen in Afrika, sondern vor allem auch ein wichtiger Spieler in der Afrikanischen Union und das unangefochtene Führungsland in der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS. Es ist insofern kein Zufall, dass die Institutionen dieser Regionalorganisation ebenfalls in Abuja angesiedelt sind. Und dementsprechend auch das FES-Re-

gionalbüro, welches die Zusammenarbeit mit der ECOWAS gestaltet und die regionale Arbeit der FES zu den Themen Wahlprozesse und vor allem Sicherheitspolitik in Westafrika koordiniert. Das Regionalbüro ist dabei gut vernetzt mit anderen FES-Büros weltweit, die zu sicherheitspolitischen Themen arbeiten, z.B. in Berlin, New York, Maputo und Addis Abeba, und kooperiert sehr eng mit den sechs FES-Länderbüros in Westafrika. „Wir sind daher viel unterwegs, was in Westafrika bisweilen beschwerlich ist. Außerdem müssen wir immer zweisprachig arbeiten, Englisch und Französisch“, sagt Projektmanager Simon Asoba, selbst ein frankophoner Beniner. Schließlich ist nicht zu allen Länderbüros der Draht so kurz wie zum Länderbüro Nigeria, mit dem sich das Regionalteam nicht nur ein Gebäude und viele Verwaltungsfunktionen teilt: „Egal ob national oder regional, letztlich sind wir hier alle ein gut eingespieltes Team“, fasst Mister Monday zusammen.

MEHR TRANSPARENZ IN BOTSWANA

Im Februar jeden Jahres gibt der Finanzminister Botswanas in einer Rede im Parlament das Budget für das folgende Jahr bekannt. Auch wenn die Rede sowie der Haushalt Auswirkungen auf die Gesundheits- und Bildungspolitik haben, gibt es wenige öffentliche Diskussionen zur sozialen Ausgewogenheit des Staatshaushalts. In Ermangelung einer schlagkräftigen Opposition unterstützt die FES die Zivilgesellschaft dabei, die Regierung zur Rechenschaft über ihre Ausgaben zu ziehen. Das fünfte Jahr in Folge hat der botswanische Dachverband der NGOs (BOCONGO) in Partnerschaft mit der FES daher Dialogforen unter dem Titel „Budget for Social Justice“ in verschiedenen Teilen von Botswana abgehalten.

ROLLE VON WAHLKOMMISSIONEN

„Die meisten Konflikte in Afrika entstehen aus dem Streit um Wahlergebnisse.“ Mit diesen Worten eröffnete der amtierende Präsident Botswanas, Ian Khama, die fünfte Global Electoral Organisation Conference in Gaborone. Die Veranstalter, ein loser Zusammenschluss von Wahlkommissionen und Think Tanks organisieren seit 1999 den Austausch zwischen Praktikern und

Experten über das Management von demokratischen Wahlen. Zum ersten Mal fand dieses Großereignis in Afrika statt. Das Botswana Büro der FES organisierte gemeinsam mit dem Verband der Wahlkommissionen des Südlichen Afrikas eine parallele Diskussionsrunde über die Rolle von Wahlkommissionen zwischen den Wahlen.

MEDIENPROJEKT IN AFRIKA

Um die Forderungen nach einem freien Zugang zu Informationen zu bekräftigen, unterstützt das Medienprojekt der FES in Afrika die Arbeitsgruppe der Windhoek+20 Campaign, ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen aus afrikanischen Ländern. Im Juni traf sich diese Arbeitsgruppe mit Vertretern der Kommission der Afrikanischen Union (AU) in Addis Abeba, um für eine afrikaweite Deklaration für freien Zugang zu Informationen zu werben. Zwar beinhaltet die Charta für Menschen- und Völkerrecht der AU bereits eine solche Verpflichtung, eine Deklaration mit verbindlicherem Charakter existiert bislang jedoch nicht. Vertreter der AU und der Arbeitsgruppe kamen überein, einen entsprechenden Entwurf für ein AU-Experten-treffen Ende 2011 vorzulegen.

Kurz notiert

REFORMEN GEGEN WIDERSTÄNDE

PARAGUAYS STAATSPRÄSIDENT BEI DER FES IN BERLIN

Lange Zeit galt Paraguay als das vergessene Land Südamerikas. Als Folge einer dramatischen historischen Entwicklung war das Land ökonomisch und politisch ins Abseits geraten.

Seit der Wahl des ehemaligen Bischofs Fernando Lugo zum Staatspräsidenten im April 2008 wird Paraguay etwas stärker auf der interna-

Auf einer Vortragsveranstaltung im Berliner Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen seines Staatsbesuchs in Deutschland, zog er eine Bilanz seiner bisherigen Regierungszeit. Mit fast 15 Prozent hatte Paraguay im Jahre 2010 das drittgrößte Wirtschaftswachstum weltweit. Der Präsident hob die Fortschritte im Bereich der

Gesundheitspolitik und im Kampf gegen die Korruption hervor und nannte als wichtigsten Erfolg die Überarbeitung des Abkommens mit Brasilien über das gigantische Wasserkraftwerk Itaipu. Dadurch konnte nicht nur ein langjähriger Konflikt ausgeräumt, sondern auch die Position Paraguays in der Nutzung dieser Ressourcen gestärkt werden. Die Agrarreform, das wichtigste Reformvorhaben der Regierung, käme dagegen nur langsam

voran, so Lugo, nicht zuletzt, weil die Regierung, die im Kongress keine eigene parlamentarische Mehrheit besitzt, immer auf die Zustimmung der Opposition angewiesen ist.

Das Staatsoberhaupt würdigte die Arbeit der FES in seinem Land, die den Reformprozess unterstützt und dabei den Schwerpunkt auf die Schaffung eines modernen Parteienwesens sowie die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen gelegt hat.



Zug Bilanz seiner bisherigen Regierungszeit: Fernando Lugo, Staatspräsident von Paraguay (Foto: Schicke)

tionalen Bühne wahrgenommen. Die Wahl des politischen Outsiders beendete die über 60-jährige Herrschaft der Colorado Partei – darunter die 38-jährige Diktatur des Generals Alfredo Stroessner – und öffnete die Möglichkeit für demokratischen Wandel und sozialen Fortschritt. Seitdem versucht Lugo gegen den erbitterten Widerstand der traditionellen Bastionen der Macht – Militärführung, Oberster Gerichtshof, Agroindustrie – dringend benötigte Reformen auf den Weg zu bringen.

Internationales Seminar

SUCHE NACH DEM RICHTIGEN WEG

INTEGRATION IN SÜDAMERIKA

Nur schwer nachvollziehbar sind die „Wege der Integration in Südamerika“. Ein internationales Seminar der FES am 3. Mai in Buenos Aires hatte sich zum Ziel gesetzt, die Spreu vom Weizen zu

trennen und die Bedeutung der verschiedenen Integrationsansätze zu gewichten. Es existieren zwar zahlreiche Integrations- und Kooperationsansätze, viele haben jedoch wenig strategische Relevanz.

Zentrale Beiträge lieferten der ehemalige Mercosur-Repräsentant und vormalige argentinische Vizepräsident Carlos Chacho Álvarez, sowie der neue Hohe Vertreter des Mercosur, der ehemalige brasilianische Minister für strategische Fragen, Samuel Pinheiro Guimarães.

Rasch verständigten sich die Teilnehmer darauf, dass vor allem zwei Ko-



Welche Kooperationsprojekte haben eine Zukunft? Ein internationales Seminar in Buenos Aires untersuchte die vorhandenen Ansätze.

operations- und Integrationsprojekte Zukunft und Perspektive haben. Zum einen der seit 20 Jahren bestehende Mercosur, der weiterhin, trotz Krisen und Defiziten, als das wichtigste „klassische“ Integrationsprojekt Südamerikas gilt. Und zum anderen Unasur, ein Zusammenschluss aller südamerikanischen Länder, mit einem stärkeren politischen Ansatz. Diese bei-

den Projekte unterscheiden sich in ihrer Anlage deutlich von anderen Kooperationen mit einer eher ideologischen Ausrichtung, so wie das von dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez geförderte „antiimperialistische“ Alba-Projekt oder der vor kurzem von eher konservativ ausgerichteten Regierungen aus der Taufe gehobene Pazifik-Pakt.

WO STEHT VENEZUELA HEUTE?

BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit 1999 regiert Hugo Chávez in Venezuela und hat mit dem „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ die Politik nicht nur in seiner Heimat nachhaltig verändert. In ganz Lateinamerika scheinen sich linke Politiker entscheiden zu müssen, ob sie sich ideologisch eher an Hugo Chávez binden oder die Nähe zum ehemaligen Präsidenten Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, suchen. Chávez war angetreten um das politische System radikal zu verändern. Die Partizipation und Inklusion der bis dahin ausgeschlossenen Gesellschaftsschichten sollten über direkt-demokratische Mechanismen und staatliche Transferprogramme

realisiert werden. Schnell zeigte sich aber, dass die Politik von Chávez mehr und mehr autoritäre Züge annahm. Erst mit den Parlamentswahlen 2010 hat sich ein breites politisches Spektrum mit dem Ziel zusammengeschlossen, Präsident Hugo Chávez bei den Wahlen 2012 abzulösen. Über diese politische Entwicklung berichtete der Politikwissenschaftler Demetrio Boersner in der FES. Hugo Chávez wurde einst gewählt, weil die Bevölkerung mit dem alten Parteiensystem gebrochen hatte. Die Opposition muss nun glaubhaft vermitteln, dass sie nicht für eine Rückkehr zu alten politischen Strukturen steht.

*Zustands-
beschreibung*

GENDERPROJEKTE IM NETZ

Auf dem neuen zentralen Internetportal aller genderpolitischen Projekte der FES in Lateinamerika und der Karibik, erscheinen die über den nationalen Rahmen hinausgehenden Aktivitäten und Informationen sowie die Links zu den genderpolitischen Seiten der Web-Auftritte aller FES-Büros in Lateinamerika. Ferner gibt es eine über 100 NGO, Forschungszentren und Frauengruppen umfassende Linkliste: www.fesgenero.org

CHINA IN DER WTO

Zehn Jahre der Mitgliedschaft Chinas in der in Genf ansässigen Welthandelsorganisation, WTO waren für das Internationale Zentrum für Handel und nachhaltige Entwicklung, die Chinesische Gesellschaft für organisierte Welthandelstudien und die FES-Vertretung in Genf Anlass genug sich das Engagement der neuen Supermacht in der WTO genauer anzuschauen. Fazit: China ist 2011 eine Wirtschaftssupermacht, die mit Europa und den USA ökonomisch in der gleichen Liga spielt, den beiden anderen großen

aufstrebenden Mächten Indien und Brasilien weit voraus. Und durch die Mitgliedschaft China im multilateralen Welthandelssystem hat dieses an Bedeutung gewonnen.

20 JAHRE IN VIETNAM

Anlässlich des 20-jährigen Engagements der FES in Vietnam wurde 2010 das Zentrum für deutsches Recht (ZdR) an der Rechtshochschule Hanoi gegründet. Im April fanden nun bereits zum zweiten Mal die „Deutsch-Vietnamesischen Rechtstage“ statt, die federführend von der FES und der Rechtshochschule organisiert werden. In Fachkolloquien und Dozentengesprächen wurde an die auch vom XI. Parteitag der Kommunistischen Partei im Januar, angestoßene Debatte über die bisherigen Entwicklungen angeknüpft. Das vietnamesische Justizministerium möchte die Beratungsleistungen des ZdR in Zukunft noch stärker mit aktuellen Gesetzesvorhaben und der angestrebten Justizreform verknüpfen.

Kurz notiert

NEUE PUBLIKATIONEN DER FES

WWW.FES.DE/SETS/S_PUB.HTM

INTERNATIONALE ARBEIT

INTERNATIONALE POLITIKANALYSE

Becker, Frans; Cuperus, René – Die Sozialdemokratie in den Niederlanden: drei Zukunftsoptionen
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08256&ty=pdf

Buntenbach, Annelie – Solidarity in the economic crisis: challenges and expectations for European trade unions

Busch, Klaus; Hirschel, Dirk – Europa am Scheideweg (auch in Englisch)

Busch, Klaus – Das Korridormodell: ein Konzept zur Koordinierung wohlfahrtsstaatlicher Politiken in der EU

Decker, Frank; Best, Volker – Sozialdemokratische Koalitionsstrategien in Europa: Herausforderungen und Perspektiven am Beispiel des neuen deutschen Fünfparteiensystems
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08150&ty=pdf

Kugel, Alischa – Anzug statt Blauhelm: politische Missionen als Instrument des VN-Sicherheitsrats zum zivilen Konfliktmanagement

Kupchan, Charles A. – Enmity into amity: how peace breaks out

Malkoutzis, Nick – Griechenland – ein Jahr in der Krise: Analyse der sozialen und politischen Auswirkungen eines beispiellosen Sparprogramms

Marks, Stephen P. – The politics of the possible: the way ahead for the right to development

Netzer, Nina – Ein weltweiter Green New Deal: Krisenmanagement oder nachhaltiger Paradigmenwechsel? (auch in Englisch)

Mottini, Roger; Saaler, Sven – Ist Japan noch zukunftsfähig?: Aktuelle Probleme der Arbeits- und Sozialpolitik in Japan
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08334&ty=pdf

Osei-Boateng, Clara – Engendering social security and protection: the case of Africa

Pusch, Toralf – Lohnpolitische Koordinierung in der Eurozone (auch in Englisch)

Sterk, Wolfgang; Luhmann, Hans-Jochen; Mersmann, Florian – How much is 100 billion US dollar? Climate finance between adequacy and creative accounting

Stern, Jan – Vorsorgende Qualitäten des französischen Sozialstaats: wegweisende Beispiele aus Frankreichs Familien- und Arbeitsmarktpolitik

Traub-Merz, Rudolf – Lohnstreiks und Gewerkschaften in China: Ende der Niedriglohnpolitik? (auch in Englisch)

Utz, Britta – Update oder Upgrade? Eine Bilanz zur Revision der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen

Wehling, Elisabeth – Der gedankliche Abbau sozialdemokratischer Werte: zur Sprache der Sozialpolitik in Großbritannien, Italien, Österreich und Deutschland

Würtz, Julia – Sozialdemokratische Europawahlprogramme im Vergleich: ein Beitrag zur Debatte um ein Grundsatzprogramm für die SPE

PERSPEKTIVE

Dalichau, Oliver – Angola: ungelöste innenpolitische Herausforderungen verhindern den Aufstieg zur politischen Regional- und Kontinentalmacht
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08251&ty=pdf

Delpla, Jacques; von Weizsäcker, Jakob – Eurobonds: das Blue Bond-Konzept und seine Implikationen
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08209&ty=pdf

Dirksen, Uta – Benin: Musterdemokratie a.D.: Eine Wahlfarce in drei Akten

Die Gewerkschaftsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Europa (auch in Englisch)

Ehrke, Michael – Serbien: Mladic und der Kandidatenstatus
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08163&ty=pdf

Hacker, Björn – MS Europa steuern oder Schiffchen versenken? Der deutsche Krisenkurs birgt ökonomischen und politischen Sprengstoff für die EU (auch in Englisch)

Hettmann, Jens-U. – Côte d'Ivoire: nach der militärischen Durchsetzung des Wahlsiegs – Ouattara zwischen Aussöhnung und Siegerjustiz

Haug, Jutta – Der mehrjährige Finanzrahmen 2014 - 2020 : eine Bewertung des Vorschlags der Europäischen Kommission
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08281&ty=pdf

Jobelius, Matthias – Wirtschaftsliberalismus in Georgien (auch in Englisch)

Koch, Florian – Gefahr für den Frieden oder Chance für die Demokratie? Kenia und der Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08355&ty=pdf

Lenz, Rainer – Die Krise in der Eurozone: Finanzmanagement ohne Finanzpolitik
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08168&ty=pdf
 Version in englischer Sprache:
 Crisis in the Eurozone: financial management without a financial policy
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08169&ty=pdf

Lodenus, Anna-Lena; Wingborg, Mats – Radikale rechtspopulistische Parteien in den Nordischen Ländern: Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Erklärungsansätze.

Mättig, Thomas – Afrikas Riese meldet sich zurück: Nigerias demokratischer Aufbruch 2011

Murthy, Changavalli Siva Rama – India as a non-permanent member of the UN Security Council in 2011-12

Naumann, Reinhard – Krise bringt Wende in Portugal: unerwartete große Niederlage der Sozialisten
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08164&ty=pdf

Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika – „Nein zum Dialog mit Assad“? Die syrische Opposition im Dilemma
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08283&ty=pdf

Schneider, Marcus – Tomislav Nikolic positioniert sich in Europa: Bündnis mit Österreichs Rechtspopulisten?
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08290&ty=pdf

Serrao, Oliver – South Africa in the UN Security Council 2011 – 2012

Thabrany, Hasbullah – Social security for all: a continuous challenge for workers in Indonesia
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08152&ty=pdf

Vogt, Achim – Jemen : Machtvakuum nach dem Anschlag auf Präsident Saleh
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08170&ty=pdf

Wachendorfer, Achim – Paraguay: eine durchwachsene Halbzeitbilanz der Regierung Lugo: Lugos Wahlsieg: eine politische Zäsur
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08161&ty=pdf

STUDIE

Brahimi, Lakhdar – Afghanistan: den Frieden verhandeln; Bericht der Internationalen Task Force für Afghanistan

Hughes, Gerard – Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU: der Fall Irland (auch in Englisch)

Clark, Nick; Hardy, Jane – Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU: der Fall Großbritannien (auch in Englisch)

Eschment, Beate – Wasserverteilung in Zentralasien: ein unlösbares Problem?

Georgis, Anddebrhan Welde – Nation building, state construction and development in Africa: the case Eritrea

Saxer, Marc – Thailand im Taumel des Wandels: wie kann das Land seine Krise überwinden? (auch in Englisch)

Schroeder, Frank – Rückenwind für den Klimaschutz? Neue Wege zur Einhaltung internationaler Finanzzusagen

BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Rüdiger Zimmermann – „Er machte dann Mitteilung über die erfolgte Hausdurchsuchung des Gewerkschaftshauses durch die Organe der NSDAP“: Protokolle der Versammlungen des Bezirks 1 (NW) des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer vom 7. Juni 1932 bis 14. März 1933

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Bloch, Max – Wir müssen aus dem Turm heraus!: Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907 – 1959
Archiv der Sozialen Demokratie

Ruck, Michael; Dauderstädt Michael – Zur Geschichte der Zukunft: sozialdemokratische Utopien und ihre gesellschaftliche Relevanz
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08402&ty=pdf

GESELLSCHAFTSPOLITISCHE INFORMATION

LANDESBÜRO NIEDERSACHSEN

Ulrich, Matthias – Zukunft der Staatsfinanzen: Perspektiven für einen demokratischen Sozialstaat

STUDIENFÖRDERUNG

Axer-Dämmer, Gerda – Reader der Fachtagung „Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt und Entwicklungspolitik“

Borgwardt, Angela – Bologna 2010/2011: Hochschulen im Umbruch – eine Zwischenbilanz

Mehrmann, Christian – Eine Art Aufruhr: aktuelle Kunst in Position zur Politik; Ausstellung des stipendiatischen AK Kultur

Wernstedt, Rolf – Allgemeinbildende Privatschulen: Impulsgeber für das Schulsystem oder Privatisierung von Bildung?

POLITISCHE AKADEMIE

Börnsen, Arne – Digitales Deutschland 2020: Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung

Lernen für Soziale Demokratie: politische Bildung in der Friedrich-Ebert-Stiftung, 3. Aufl.

Matuschek, Katrin; Lange, Valérie; Niesyto, Johanna – Politische Mitgliederorganisationen zukunftsfähig gestalten: aktive Mitglieder und Freiwillige für Parteien und Gewerkschaften gewinnen und binden

Schulz, Wolfgang; Dreyer, Stephan; Hagemeyer, Stefanie – Machtverschiebung in der öffentlichen Kommunikation
[/www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08342&ty=pdf](http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08342&ty=pdf)

Weigand, Mirjam – Auf dem Weg in die Postdemokratie

Weigand, Mirjam – Reformbaustelle Volkspartei: Berufspolitiker- oder Mitgliederpartei?

POLITISCHER DIALOG

FORUM BERLIN

Engels, Barbara – Virtuelle Vernetzung des Rechtsextremismus: was tun?
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08349&ty=pdf

Häusler, Alexander – Die „PRO-Bewegung“ und der antimuslimische Kulturrassismus von Rechtsaußen

Langenbacher, Nora – Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08337&ty=pdf

Szynka, Peter – Community organizing: ein Weg zu mehr Beteiligung

FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT

Arnold, Nina – Sprichst du Politik? Ergebnisse des Forschungsprojekts und Handlungsempfehlungen
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08234&ty=pdf

Degele, Nina/ Caroline Janz – Hetero, weiß und männlich? Fußball ist viel mehr!

Miethke, Gundula A. – Jetzt reden wir! Perspektiven und Interessen älterer Zuwanderinnen und Zuwanderer im bürgerschaftlichen Engagement
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08210&ty=pdf

Oestreich, Heide – Jung, modern, muslimisch

Wehr, Nicole – Mehr Partizipation wagen!
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08330&ty=pdf

LANDESBÜRO BRANDENBURG

Sewohl, Alexander; Dörr, Nikolas R.; Cecere, Fabio – Gründung und Aufbau der SPD Brandenburg

LANDESBÜRO THÜRINGEN

Eichenhofer, Eberhard – Sozialumbau – Chancen und Risiken des Sozialstaats
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08182&ty=pdf

MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Deubel, Ingolf – Zukunftsinvestitionen trotz Schuldenbremse?

Kolwitz, Kai – Flexibilisierung und Employability: Schlüsselbegriffe für die Arbeitswelt im Wandel

Mayer, Florian; Velten, Carlo – Nachhaltiges Wachstum finanzieren: Strategien und Finanzierungsinstrumente für eine Green Economy.

Paul, Stephan; Neumann, Sascha – Finanzmarktregulierung: Einführung einer

Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer auf deutscher und europäischer Ebene
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08246&ty=pdf

Schunke, Philip – Industrieland Deutschland - gemeinsam Fortschritt gestalten. Dokumentation der Podiumsdiskussion des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung des Verbandes der Chemischen Industrie vom 11. Mai 2011
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08245&ty=pdf

WISO DISKURS

Backes, Gertrud M.; Wolfinger, Martina; Amrhein, Ludwig – Geschlechterpolitik zu Pflege/Care: Anregungen aus europäischen Ländern: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08222&ty=pdf

Bäcker, Gerhard – Erwerbsminderungsrente: Reformnotwendigkeit und Reformoptionen

Bäcker, Gerhard – Progressive Sozialversicherungsbeiträge: Entlastung der Beschäftigten oder Verfestigung des Niedriglohnssektors?

Bäcker, Gerhard – Rente mit 67? Argumente und Gegenargumente

Beicht, Ursula; Granato, Mona – Prekäre Übergänge vermeiden, Potenziale nutzen: junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund

an der Schwelle von der Schule zur Ausbildung; Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08224&ty=pdf

Bormann, René – Reform des Personenbeförderungsgesetzes: Perspektiven für ein nachhaltiges und integriertes Nahverkehrsangebot

Christe, Gerhard – Notwendig, aber reformbedürftig! Die vorberufliche Bildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Ehrentraut, Oliver – Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns

Ganz, Walter – Dienstleistungen in der Zukunftsverantwortung: ein Plädoyer für eine (neue) Dienstleistungspolitik

Greifenstein, Ralph – Perspektiven der Unternehmensmitbestimmung in Deutschland: ungerechtfertigter Stillstand auf der politischen Baustelle?

von Hauff, Michael – Nachhaltigkeit – ein Erfolgsfaktor für mittelständische Unternehmen: Anforderungen an Politik, Gewerkschaften und Unternehmen; Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08225&ty=pdf

Illing, Gerhard – Zentralbanken im Griff der Finanzmärkte: umfassende Regulierung als Voraussetzung für eine effiziente Geldpolitik; Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08230&ty=pdf

Knopf, Brigitte – Der Einstieg in den Ausstieg: energiepolitische Szenarien für einen Atomausstieg in Deutschland; Studie im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08340&ty=pdf

WISO DIREKT

Dauderstädt, Michael – Der Fortschritt ist bezahlbar
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08167&ty=pdf

Dauderstädt, Michael; Keltok, Cem – Globale Ungleichheit: 50:1 für die Reichen!

Evans, Michaela; Hilbert, Josef; Mickley, Birgit – Soziale Gesundheitswirtschaft: mehr Gesundheit, gute Arbeit und qualitatives Wachstum
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08211&ty=pdf

Fischer, Michael; von Hayek, Stephanie – Welche Politik brauchen die Verbraucher?
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08336&ty=pdf

Kaltenborn, Bruno – Arbeitsmarktpolitik: Instrumentenreform 2012
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08403&ty=pdf

Kranzusch, Peter; Richter, Michael – Soloselbstständige in der Insolvenz: zwischen Stigmatisierung und Neustart
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08157&ty=pdf

Kopp, Daniel – Zwischen Patientenwohl und Gewinnstreben: die Interessen der Akteure des Gesundheitswesens und ihre Auswirkungen auf die Einführung integrierter Versorgungsprogramme; Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08227&ty=pdf

Matysik, Alexander; Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg – Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland: aktuelle Instrumente, Programme und Konzepte; Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08414&ty=pdf

Mehrens, Klaus; Stracke, Stefan; Wilke, Peter – Die finanzielle Mitarbeiterbeteiligung praxistauglich weiterentwickeln; Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08397&ty=pdf

Priewe, Jan – Die Weltwirtschaft im Ungleichgewicht: Ursachen, Gefahren, Korrekturen; Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08171&ty=pdf

Riedmüller, Barbara; Schmalreck, Ulrike – Eigenständige Alterssicherung von Frauen: Bestandsaufnahme und Handlungsbedarf

Schettkat, Ronald – Des Wachstums verschlungene Wurzeln: Produktivität und Beschäftigung; Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08220&ty=pdf

Schneider, Guntram; Uslucan, Haci-Halil – Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen

Schrattenstaller, Margit – Vermögensbesteuerung – Chancen, Risiken und Gestaltungsmöglichkeiten

Matysik, Alexander; Rosenthal, Peer; Sommer, Jörg – Öffentlich geförderte Beschäftigung: Plädoyer für eine konzeptionelle Neuausrichtung
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08368&ty=pdf

Pfaller, Alfred; Fink, Philipp – Standortpolitik für soziale Demokratie: Eckpunkte einer Agenda für Deutschland

Schwan, Patrick – Die Chance für den fairen Handel?: Verbraucherkenntnis und -akzeptanz von Sozialstandards im Lebensmittelsektor
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08341&ty=pdf

Stiegler, Barbara; Engelmann, Dirk – Zeit und Geld für pflegende Angehörige: Eckpunkte für eine geschlechtergerechte Gestaltung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege
www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08192&ty=pdf

Vogt, Walter – Wir eG statt Ich AG: solidarische Ökonomie hat Zukunft



Bettina Luise Rürup / Beyhan Şentürk (Hg.)

Mittenmang

Bürgerschaftliches Engagement – Zuwanderung – Alter
20 Porträts

Mit einem Vorwort von Klaus Wowereit

128 Seiten, Broschur

22,00 Euro

ISBN 978-3-8012-0413-6

Sie stammen aus den verschiedensten Ländern dieser Welt und leben seit Jahrzehnten in Deutschland: 20 Seniorinnen und Senioren, die sich mit viel Schwung und Herzblut in Gesellschaft und Politik engagieren. Der Grimme-Preis-Träger Justus Boehncke hat ihre Geschichten notiert, der Fotograf Luca Vecoli hat sie porträtiert.

Es gibt viele Gründe, warum sich ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ehrenamtlich engagieren. Einige wollen die Welt ein wenig verbessern, andere ihrem Leben Sinn und Struktur geben. Ebenso vielfältig sind die Formen des bürgerschaftlichen Engagements. Das Buch ermöglicht den Blick auf eine Bevölkerungsgruppe, über die viele Menschen wenig wissen. Es zeigt, wie diese Seniorinnen und Senioren zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu einer lebendigen Demokratie beitragen.

Die Porträts sind auf deutsch und in der jeweiligen Muttersprache der vorgestellten Menschen zu lesen.

Bettina Luise Rürup

geb. 1963, Politikwissenschaftlerin, Leiterin des Referats »Forum Politik und Gesellschaft« der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin

Beyhan Şentürk

geb. 1976, Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, Referentin für Seniorenpolitik und bürgerschaftliches Engagement in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin